Heft 173
Ausgabe 5 | 2009

ISSN 0170-461
K 53 61
5,00 Euro

spw

Kurzarbeit – und dann?

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gegen die Wirtschaftskrise

Claudia Bogedan, Alexander Herzog-Stein
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Wirtschaftskrise

Jürgen Kromphardt
Arbeitszeitverkürzung

Klaus Dörre
„Bringing (Anti-)Capitalism back in!" – Neue Landnahme und ökosozialer New Deal

Interview mit Ingeborg Baldauf
Lösungen unterstützen, die aus Afghanistan selbst kommen

Kurzum | von Felix Welti

Die meisten Menschen in Deutschland wollen allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Sie wollen dabei sozialen Ausgleich zwischen arm und reich und Risikoausgleich zwischen gesund und krank. CDU/CSU wissen das auch. Den Krankenversicherungsbeitrag auf eine Kopfpauschale umzustellen, haben sie nicht mehr ins Wahlprogramm 2009 geschrieben. Nach der Finanzkrise glauben nicht mehr viele, dass jetzt ein privates kapitalgedecktes Krankenversicherungssystem gebraucht wird. Nur die FDP fordert das vor dieser Wahl. Die Privatversicherung ist in Deutschland längst nicht mehr das Ideal, ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Privilegien werden als anachronistisches Ärgernis wahrgenommen. Barack Obama und die Demokraten nehmen einen neuen Anlauf für mehr allgemeine und öffentliche Versicherung in den USA. Und auch unter den deutschen Ärztinnen und Ärzten wächst im Angesicht privater Krankenhausketten die Skepsis gegen Privatisierung und Deregulierung.

Kurzum: Eigentlich sind Zeit und Stimmung gut für die sozialdemokratische Forderung nach einer Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege.

Fast alle gesetzlich Versicherten zahlen heute nach dem gleichen Beitragssatz und können im Kern die gleichen Leistungen beanspruchen. Die Leistungen sind seit 2005 leicht ausgeweitet worden, neue Zuzahlungen hat es nicht gegeben. Der Wechsel in die Privatversicherung ist durch eine Frist von drei Jahren, in der man die Pflichtversicherungsgrenze überschreiten muss, deutlich erschwert worden. Die Versicherungspflicht ist fast lückenlos, auch die Privatversicherung muss mit dem Basistarif dazu beitragen und das Bundesverfassungsgericht hat nichts dagegen. Zwischen den Krankenkassen soll nun – durch den Gesundheitsfonds – nach Krankheitslast ausgeglichen werden.

Felix Welti ist Professor für Sozialrecht und Verwaltungsrecht an der Hochschule Neubrandenburg und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

Kurzum: Die Gesundheitspolitik der großen Koalition hat sich in Richtung Bürgerversicherung bewegt.

Die erste Krankenkasse muss nun einen Zusatzbeitrag als Kopfpauschale von acht Euro monatlich erheben. Sie hat nicht „schlecht gewirtschaftet", sie hatte zwei Bluter als Versicherte. Eigentlich war es wohl gewollt, dass Zusatzbeiträge erst nach der Wahl erhoben werden müssen. Der Vorbote macht deutlich, was Wettbewerb in der Krankenversicherung immer auch sein kann: Wettbewerb um Gesunde, Anreiz, Kranke auszugrenzen. In die gleiche Richtung weisen Wahltarife für Versicherte, die keine Leistungen brauchen.

Kurzum: Ob der Weg weiter zur Bürgerversicherung geht, ist offen.

Fünfzehn Jahre Wettbewerb der öffentlichen Kassen haben sie nicht effizienter gemacht. Marketing macht nicht gesund. Das private US-System ist konkurrenzlos teuer. Die Bürgerversicherung ist so populär, dass auch versucht werden könnte, die Pflicht zur Privatversicherung für alle und die Privatisierung der Solidarkassen unter ihrem Etikett zu verkaufen. InteressentInnen dafür gibt es nicht wenige.

Kurzum: Diese Wahl entscheidet auch über die Ausgangslage im weiteren Streit für die Bürgerversicherung. Geführt werden muss er auf jeden Fall. ■

Inhalt

■ Meinung

Mit Cheenji doch noch zum Erfolg? | Kai Burmeister und Stefan Stache 4

Ist die „Schuldenbremse“ unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit gerechtfertigt? | Rudolf Zwiener 5

Gerechte Steuerpolitik gegen die Kosten der Krise | Wolfgang Rhode 6

✚ Pro: Bologna-Prozess | Andreas Keller 7

▬ Contra: Die flexible Sackgasse: Bologna-Prozess | Wolf-Dieter Narr 8

Lösungen unterstützen, die aus Afghanistan selbst kommen | Interview mit Ingeborg Baldauf 9

■ ■ Im Fokus

Einleitung zum Schwerpunkt | Claudia Bogedan, Kai Burmeister, Stefan Stache und Till van Treeck 11

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Wirtschaftskrise | Claudia Bogedan und Alexander Herzog-Stein 15

Arbeitszeitverkürzung | Jürgen Kromphardt 21

Beschäftigungsaufbau durch soziale Dienstleistungen | Martin Beckmann 28

„Bringing (Anti-)Capitalism back in!” Neue Landnahme und ökosozialer New Deal | Klaus Dörre 34

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Auto | Gesa Rünker 46

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Inflationsängste und Deflationsgefahren | Arne Heise 47

Liberalisierung der Elektrizitätswirtschaft: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit | Heinz-J. Bontrup und Ralf-M. Marquardt 49

Rezension: Ulrich Brand / Nicola Sekler (Hrsg.)Postneoliberalism – A beginning debate | Cordula Drautz und Thilo Scholle 54

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Deutsche Wirklichkeit verändern. Jusos unterwegs | Franziska Drohsel 56

Meldungen: In eigener Sache, Wanderausstellung 56

5 Fragen an ... Jessika Wischmeier 58

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspel (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:
Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Stefan Stache

Abo-/Verlagsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Müllerstraße 163, 13353 Berlin
Telefon 030 - 4 69 22 35
Telefax 030 - 4 69 22 37
redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:
Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit sieben Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461 - K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2009.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:
www.photocase.de; © ffwd!

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, September 2009

Mit Cheenji doch noch zum Erfolg?

von Kai Burmeister und Stefan Stache

Kai Burmeister (links) ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv. Foto: privat

Stefan Stache (rechts) ist Chefredakteur der spw. Foto: Thilo Nass

Erstens, kommt es anders, zweitens als Umfragen es vor Wahlen prognostizieren. Was bedeuten die Wahlergebnisse vom August für die Perspektiven der SPD? Bei Licht betrachtet stellt sich nach der Wahlparty zunächst Ernüchterung ein: 24,5, 18,5 und 10,4 Prozent sind objektiv kein Anlass, um eine Trendwende glaubhaft verkünden zu können. Der neue Optimismus der Sozialdemokratie speist sich aus drei Quellen:

Erstens aus den unerwartet blamablen Verlusten von Müller und Althaus, die die CDU insgesamt treffen. Wenn es die Konkurrenz viel härter trifft, dann erscheint das eigene Ergebnis gleich viel besser. Zweitens bieten die Wählervoten seit langer Zeit wieder die Möglichkeit einer positiven Interpretation. Die entmutigende Europawahl konnte mit keiner Argumentationsakrobatik als Erfolg verkauft werden. Drittens kommt das erweiterte Parteienspektrum ins Spiel. Es sind paradoxerweise die Stimmengewinne von Die Linke. Nur durch die lange geschmähte Partei ergibt sich überhaupt die rechnerische Möglichkeit des Regierungswechsels in zwei Ländern, die für den Bund ausgeschlossen wird. Anders gesprochen: Ohne die linke Konkurrenz ist eine Perspektive im Bund jenseits des Juniorpartners auf absehbare Zeit – so hat Franz Müntefering seine Bewertung der Partei befristet – sehr unwahrscheinlich.

Die „Erfolge" an der Saar und in Thüringen sowie die Rückeroberung von wichtigen Rathäusern in NRW machen deutlich, dass das marktliberale Lager keineswegs von einem Siegeszug zum anderen eilen kann. Der schwarz-gelbe Block besitzt nicht per se die immer behauptete Mehrheit. Genau diese Erkenntnis ist die Chance im Wahlkampf. Nun scheint das von vielen verloren gegebene Rennen wieder offen. Dafür spricht: Merkel und Westerwelle dürften bereits ihr Wählerpotential ausgeschöpft haben, während dieser Prozess auf der politischen Linken noch aussteht.

Daher wird der 27. September sich an der Fähigkeit zur eigenen Mobilisierung entscheiden. Vieles wird sich da nicht über Nacht ändern können. Es geht aber um politische Angebote für soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Nur eine polarisierte Richtungsentscheidung wird die Anhänger einer sozial-ökologischen Politik an die Urnen bringen. Die SPD-Linke sollte den gefühlten Rückenwind für die linken Eckpfeiler des Wahlprogramms nutzen: Gute Arbeit, ökologische Modernisierung, Energiewende und Chancengleichheit in der Bildung haben Ausstrahlungskraft und sind mehrheitsfähig.

Dass eine solche Ausrichtung erfolgreich sein kann, zeigt Japan. Im Land der aufgehenden Sonne hat die wirtschaftliche Krise die politischen Verhältnisse zum tanzen gebracht. Japans Bevölkerung hat sich für Cheenji ausgesprochen, unter dieser Losung findet sich eine für japanische Verhältnisse klare linke Antwort auf die Krise.

Am 27. September wird ausgezählt. Wenn es bei der Bundestagswahl eine linke Mehrheit geben sollte, so muss diese politische Option eingefordert werden. Es wäre freilich besser, erst einmal an der inhaltlichen Fundierung des fortschrittlichen Blocks zu arbeiten und auf 2013 zu orientieren. Aber es kommt eben oft auch anders als gedacht. ■

Ist die „Schuldenbremse“ unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit gerechtfertigt?

von Rudolf Zwiener

Dr. Rudolf Zwiener ist Wissenschaftler am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung

Foto: © Olaf Döring

In der öffentlichen Debatte zur Schuldenbremse wird diese häufig mit ihrer vermeintlichen Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen begründet. Im Kern wird dabei argumentiert, dass ein Verzicht auf zusätzliche Verschuldung, wie er mit der Schuldenbremse verfassungsmäßig erzwungen werden soll, den künftigen Generationen nützen würde, weil diese dann nicht für die Zinslast dieser Verschuldung aufkommen müssten. Es wird dabei so getan, als würde (und könnte) die derzeitige Generation ihr Wohlfahrtsniveau auf Kosten zukünftiger Generationen einfach dadurch erhöhen, dass sie Staatsausgaben jedwelcher Art auf Pump und nicht über Steuern finanziert. Während wir heute durch zusätzliche Kredite über unsere Verhältnisse lebten, müssten später unsere EnkelInnen diese Schuldenlast abtragen oder zumindest die Zinsen dieser Schulden durch dann vergleichsweise höhere Steuern tragen, ohne dass sie in den Genuss der Ausgaben gekommen wären. Eine Ungerechtigkeit, die jeder sofort einsieht und die es abzustellen gilt.

Ist es aber wirklich so? Unstrittig ist, dass der Staat bei einer zunehmenden Staatsverschuldung eine höhere absolute Zinslast in die Zukunft schiebt. Dieser Zinslast steht aber immer auch ein Kreis von Zinsempfängern gegenüber. Solange die zusätzliche Staatsverschuldung weitgehend im Inland finanziert wird, gibt es später auch Personen, die ein höheres Einkommen dank staatlicher Zinszahlungen haben. So ist die gestiegene Staatsverschuldung der letzten Jahre auch darauf zurückzufahren, dass die Steuern für Reiche gesenkt worden waren. Deren EnkelInnen dürften von den staatlichen Zinszahlungen besonders profitieren. Sie können und sollten deshalb auch zur Besteuerung herangezogen werden. Noch wichtiger sind allerdings die gesamtwirtschaftlichen Effekte.

Würde der Staat in der gegenwärtigen Krise nicht massiv mit Konjunkturprogrammen gegenhalten, dann würde diese Krise noch stärker ausfallen, mit mehr Arbeitlosen und mit einem stärkeren Rückgang des Produktionspotentials. Es würde anschließend länger dauern, bis wieder das alte Wohlstandsniveau erreicht würde. Wir vererben unseren EnkelInnen aber nicht nur die Staatsverschuldung mit ihrer Zinslast, sondern auch ein gesamtwirtschaftliches Produktionspotential, wozu nicht nur der Kapitalstock in den Unternehmen, sondern auch Straßen, Schulen, gute Ausbildung, viele Arbeitsplätze und eine saubere Umwelt gehören. Je höher dieses Produktionspotential und je besser es ausgelastet ist, umso höher ist auch unser Volkseinkommen. Daraus kann eine gestiegene Staatsverschuldung von den EnkelInnen sogar leichter über Steuern finanziert werden als in einer schlechteren Wirtschaftssituation.

Die Schuldenbremse wird verhindern, dass der Staat in Zukunft in der Lage ist, auf Wirtschaftskrisen gesamtwirtschaftlich vernünftig zu reagieren, weil sie seinen Handlungsspielraum zu sehr einengt. Staatliche Ausgaben wie Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Umwelt sind aber gut angelegt und erhöhen unseren Wohlstand dauerhaft. Sie sind - obwohl Kredit finanziert - keine Belastung für die EnkelInnen. ■

Gerechte Steuerpolitik gegen die Kosten der Krise

von Wolfgang Rhode

Wolfgang Rhode ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Foto: www.igmetall.de

Die Wirtschaftslage stabilisiert sich. Wenn die Krise auch noch längst nicht überwunden ist, so wird es doch Zeit, den Blick auf die fiskalischen Kosten zu richten. In der Krise brechen die Steuereinnahmen ein und die Ausgaben steigen. Die Bundesregierung hat der Versuchung widerstanden, diesen Kosten hinterher zu sparen. Das war richtig, die Folgekosten wären ungleich größer gewesen.

Wer trägt die Lasten der Krise? Im Wahlkampf spielt dies erstaunlicherweise keine Rolle. Die meisten Parteien verweigern schlichtweg die Antwort auf die Frage der Finanzierung. Schwarz-Gelb verspricht sogar Steuersenkungen. Doch vor dem Hintergrund der Krisenbewältigung brauchen wir alles in allem höhere Staatseinnahmen! Wachstumsbedingte Mehreinnahmen reichen dabei nicht aus. Die Steuerpolitik ist gefordert.

Heute sind die Beschäftigten der Lastesel der Nation. Bei der Lohn- und Einkommensteuer geht es deshalb darum, die Belastungen gerechter zu verteilen. Durch den Mittelstandbauch steigt die Steuerprogression gerade für untere Einkommen stark an. Mit einer Anhebung des Grundfreibetrages und einem linear-progressiven Tarifverlauf werden untere und mittlere Einkommen entlastet. Durch eine kräftige Erhöhung des Spitzensteuersatzes – der dann aber nicht schon bei einem Einkommen von etwas über 50.000 Euro fällig werden darf – kann eine solche Reform ohne Aufkommensverluste gestaltet werden.

Unternehmen konnten sich in den letzten Jahren der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben immer mehr entziehen. Der Satz der Körperschaftsteuer lag zu Kohls Zeiten bei 45 Prozent, heute beträgt er gerade noch 15 Prozent. Viel Luft also, um auch unter den Bedingungen eines internationalen Steuerwettbewerbs zumindest die letzte Absenkung wieder rückgängig zu machen. Die Besteuerung von Unternehmen ist vor allem eine Besteuerung des Gewinns. Erleiden Unternehmen Verluste, belastet sie die Erhöhung der Steuern kaum, da sie vor allem Verlustvorträge produzieren.

Das Aufkommen vermögensbezogener Steuern beträgt in Deutschland 0,9 Prozent des BIP, weniger als die Hälfte des OECD-Durchschnitts. Die seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer muss in verfassungsgemäßer Form wieder erhoben, die Erbschaftsteuer so reformiert werden, dass sie ein relevantes Aufkommen erzielt und Zins- und Kapitaleinkünfte stärker besteuert werden.

Mit einem solchen Konzept lassen sich Mehreinnahmen von bis zu 60 Mrd. Euro realisieren. Das schafft Spielraum, die Kosten der Krise zu bewältigen und gleichzeitig dringend nötige Zukunftsinvestitionen (Bildung & ökologischer Umbau) zu schultern. DIW-Chef Zimmermann hat gewissermaßen das Gegenmodell in die politische Debatte eingebracht. Die Mehrwertsteuer wird auf 25 Prozent erhöht, der Rest wird durch eine radikale Sparpolitik in den öffentlichen Haushalten aufgebracht.

Eine solche Vorgehensweise bürdet den Opfern der Krise die Kosten auf! Sie führt auch ökonomisch in die Sackgasse. Der private Konsum würde stark belastet, ein Rückschlag der Konjunktur wäre zu erwarten. Die Gewerkschaften werden eine solche Politik gegen die Interessen ihrer Mitglieder nicht widerstandslos hinnehmen. Steuerpolitik ist ein Schlüssel für mehr Gerechtigkeit! ■

✚ Pro: Bologna-Prozess

von Andreas Keller

Nein, so kann es nicht weitergehen. Statt Mobilität zu fördern und die Studienbedingungen zu verbessern, erschweren die neuen Studienstrukturen den Studienortwechsel, steigern in vielen Studiengängen die Abbrecherquoten. Eine falsch verstandene Modularisierung der Studiengänge führt zur Verschulung des Studiums und Verdichtung der Curricula. Statt die Betreuung der Studierenden zu verbessern, sorgt die Studienstrukturreform für ein Übermaß an „Workload" – sowohl für die Studierenden, als auch für die in Lehre und Verwaltung tätigen KollegInnen.

Auch dagegen sind im Juni 2009 im bundesweiten Bildungsstreik SchülerInnen, Studierende und Beschäftigte auf die Straße gegangen – zu Recht und mit Unterstützung der Bildungsgewerkschaft GEW. Sind wir deshalb „gegen Bologna"? Gegen die in der Bologna-Erklärung geforderte „soziale Dimension" des europäischen Hochschulraums, mit deren Umsetzung sich die meisten der 46 Unterzeichnerstaaten so schwer tun? Gegen das Bologna-Ziel des „lebenslangen Lernens", das eine Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte und die Anrechnung ihrer außerhochschulischen Qualifikationen verlangt? Gegen die Internationalisierung von Forschung, Lehre und Studium, gegen die Erleichterung der grenzüberschreitenden Mobilität von Lehrenden und Lernenden?

Die Bologna-Erklärung fordert weder eine Quote noch eine Note beim Übergang vom Bachelor zum Master – der freie Zugang zum Masterstudium ist Bologna-konform, wie ein Blick in die benachbarten Niederlande zeigt. Die „besonderen Zulassungsvoraussetzungen" für das Masterstudium sind vielmehr eine Erfindung der deutschen Kultusministerkonferenz. In welchem Bologna-Kommuniqué steht geschrieben, dass in Vorlesungen die Anwesenheit kontrolliert und Referate durch

Dr. Andreas Keller, Politikwissenschaftler, ist seit 2008 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und zuständig für Hochschule und Forschung.

Foto: privat

Klausuren und mündliche Prüfungen ersetzt werden müssen? Hierfür ist allein die überpenible deutsche Bürokratie verantwortlich – in Ministerien, Rektoraten und Akkreditierungsagenturen.

Die Bewegung „gegen Bologna" muss sich daher zu einer Bewegung „gegen Bonn" weiterentwickeln. Dort haben die Kultusministerkonferenz, die Hochschulrektorenkonferenz und der Akkreditierungsrat ihren Sitz – sie sind für den deutschen Weg im Bologna-Prozess verantwortlich, der für Verdruss bei Lehrenden und Lernenden sorgt. Bonn sitzt nicht nur zentrale Bologna-Ziele wie die „soziale Dimension" schlicht aus, sondern instrumentalisiert den Bologna-Prozess für die Durchsetzung des eigenen uralten bildungsökonomischen Programms: Einsparungen, Kapazitätsbegrenzungen, administrative Studienzeitverkürzungen.

Statt „gegen Bologna" auf die Straße zu ziehen, sollten wir daher die Versprechen von Bologna beim Wort nehmen und ihre Einlösung verlangen: eine Studienreform, die endlich die Studierenden ins Zentrum rückt und die Qualität von Studium und Lehre tatsächlich verbessert. Das setzt einen radikalen Kurswechsel der Bonner Variante des Bologna-Prozesses voraus: im Sinne einer uneingeschränkten Durchlässigkeit beim Übergang zum Masterstudium, einer umfassenden Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium und einer Sicherung der Studierbarkeit der neuen Studiengänge und der Studierfreiheit der Studierenden. ■

Contra: Die flexible Sackgasse: Bologna-Prozess

von Wolf-Dieter Narr

Informationsgesellschaft, Wissensgesellschaft hallt es aller Orten. Kommunikationstechnologien, ihre Informationen halten die auch darum sich weiter globalisierende und im Gegensinn spezialisierende, atomisierende und Gewalt stauende Welt zusammen.

Konsequenz wenigstens rudimentär vernünftiger Bildungspolitik und ihrer Einrichtungen: Bürgerinnen und Bürger soweit irgend möglich au fond fähig zu machen, die quantitativ und qualitativ überbordenden und überbürdenden Informationskomplexe zu verstehen; sie grenzenbewusst, grenzenüberschreitend urteilsfähig zu sozialisieren. Nur dann sind „Demokratie" und universelle „Menschenrechte" mehr als herrschaftsgewitzt verpasste Illusionen. Stattdessen entfesseln die EU-Staaten, erstickt in ihrer „zivilisatorischen Arroganz" am Beginn des neuen Saeculum ein perverses Bildungsprogramm. Sie tun dies in globaler Konkurrenz mit anderen, ansonsten kapitalistisches Wachstum über alles zwangsnötigenden demokratischen Minimalisten.

Bildung verkehrt wird von EU-Staaten von oben bis zum letzten formierten Jungendlichen verordnet. Bildung verkehrt wird an hohlen Graden und Titeln vereinheitlichend festgemacht. Prokrustes vor Neid blass. Bildung verkehrt verpackt fragend, problematisierend, Urteilschancen im personenzentrierten Lehr-, Lernprozess zu erwerbendes Wissen in antisokratische Paukpakete toten Scheinwissens. Man nennt sie Module. Bildung verkehrt schafft Bildungsklassen. Sie vertieft zweiter Natur, unwortig „leistungsgerecht". Als wäre die horrende Ungleichheit zwischen arm und reich, Halbbildung und keiner, nicht weltquerbeet eine Hauptquelle aller aktiven und passiven, individuellen und kollektiven Gewalt. Bildung verkehrt formiert ihre Zöglinge – und damit die (Er-)Ziehenden –, viele VerliererInnen und wenige fixierte GewinnerInnen im Spießrutencurriculum durch den NATO-Draht der Prüfungen. Bildung verkehrt betreibt in Summa die Einübung in die Banalität des Bösen. Man tut kopflos das zu memorieren Vorgeschriebene. Im atomisierten Konkurrenzgetümmel ist man gehalten, die soziale Phantasie für eigenes Tun und das anderer zu verlieren.

Die bolognaprotzige europäische Politik hat sich als Antipolitik gehäutet, die in bildungs-, nämlich sprach- und wirklichkeitsfähige europäische Bürgerinnen und Bürger zu verhindern ausgeht. Ihr Eigensinn ist ihr Selbstverlust: das meist nur oberflächlich apostrophierte Demokratiedefizit bis ins Denkvermögen sklerotisiert.

Bundesdeutsch besonders bedrückend, dass die vielen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nicht nur merkten, wie ihre eigenen Felle wegschwimmen. Sie haben denn welche. Dass sie insgesamt in ungleich weniger riskanten Zeiten von ihren Vorgängern nichts gelernt haben. Der 7.4.1933 ist als Dauermenetekel zu erinnern. Viele waren seinerzeit uneinig mit der systematischen Diskriminierung deutscher KollegInnen, nolens volens zu Juden im Nazisinne promoviert. Statt ohne existentielle Gefährdung öffentlich zu protestieren, zogen sie „machtgeschützte Innerlichkeit" vor.

Bundesdeutsch und an anderen Orten beglückend, dass Studierende, SchülerInnen schon aufmucken. Der anarchische Lerntrieb zur Ekstase aufrechten Gangs ist nicht auszurotten. ■

Dr. Wolf-Dieter Narr ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Lösungen unterstützen, die aus Afghanistan selbst kommen

Interview mit Ingeborg Baldauf

Foto: Humboldt-Universität Berlin

spw: Die Invasion der NATO in Afghanistan dauert nun fast acht Jahre, ein Ende ist – trotz zahlreicher Forderungen – nicht abzusehen. Sind die Herzen und Köpfe der Afghanen mit dieser Invasion überhaupt zu gewinnen?

I.B.: Der Ausspruch über die „hearts and minds" jedenfalls ist ähnlich lächerlich wie der mit der „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch". Gemeint ist vermutlich, dass man keine Befriedung und keinen Aufbau an der Bevölkerung vorbei machen möchte, was grundsätzlich eine lobenswerte Absicht ist. Überzogen wäre es jedoch, wenn die ausländischen Mächte dafür geliebt werden wollen. Hat in Deutschland jemand die USA für den Marshall-Plan geliebt? Statt Liebe oder Dank zu erwarten, sollten man sich vielleicht besser an die eigene Nachkriegserfahrung erinnern. Anerkennung ist vielleicht das Höchste, das man erreichen kann, und darum sollte man sich bemühen.

spw: Hat die NATO, hat Deutschland die Chance auf diese Anerkennung nicht schon verspielt?

I.B.: Nein, Anerkennung für den friedlichen Teil der Intervention ist weit verbreitet. Natürlich gibt es Leute, die gegen diese Form der Entwicklung sind und nicht wollen, dass ein breiterer Teil der Bevölkerung das Positive daran wahrnimmt und erlebt. Denn damit wäre evident, dass sie selbst nichts Positives leisten, sondern weiterhin Krieg spielen mit der Bevölkerung. Die Interventionisten tun das nicht, denn im Prinzip wird sehr, sehr viel geleistet. Besonders positiv erwähnenswert sind von deutscher Seite Aufforstungsprogramme, denn das ist nachhaltig. Wälder und Obstbäume sind als Lebensgrundlage und auch für weitere Verarbeitung durch Handwerk oder Brennmaterial dort seit dem frühen 20. Jahrhundert konsequent verloren gegangen. Solche Projekte können gar nicht hoch genug bewertet werden, doch wird darüber nicht berichtet. In den hiesigen Medien und der allgemeinen Wahrnehmung scheint das Ganze mittlerweile völlig aufs Militärische reduziert zu sein.

spw: Muss die internationale Gemeinschaft ihre bisherigen Schwerpunkte überdenken?

I.B.: Das kommt auf die eigenen Prioritäten an. Wenn man die Intellektuellen in Afghanistan begeistern möchte, dann kann man den bisherigen Kurs getrost weiterfahren – abgesehen von den Militärschlägen. Wenn man kleinere Händler und die breite Bevölkerung ansprechen möchte, muss man sich etwas Anderes einfallen lassen. Dafür müsste man Arbeitsplätze schaffen, um Wohlstand zu ermöglichen und das Geschäft am Laufen zu halten. Man muss Lösungen unterstützen, die aus Afghanistan selbst kommen, aber dort nicht allein umgesetzt werden können und das weit verbreitete Problem der Landlosigkeit angehen. Afghanistan erlebt gerade eine dramatische Bevölkerungsexplosion. Von diesen Menschen kann jedoch nur ein kleiner Teil ein Leben aus Subsistenzwirtschaft führen, wie man das vor den Kriegen kannte. Verstärkt wird dieses Problem durch die zurückkehrenden Flüchtlinge, auf deren Land sich in der Zwischenzeit natürlich andere Familien angesiedelt haben. Man braucht Programme, die andere Formen von Arbeit schaffen, z.B. durch Handwerk oder Kleingewerbe. Gerade Handwerk genießt großes Ansehen, und es gibt einen großen Bedarf an Artikeln aller Art, die lokal hergestellt werden könnten. ►

spw: Warum mangelt es an solchen Projekten?

I.B.: Ich vermute, dass man sich mit solchen Kleinstprojekten nicht schmücken kann. Man braucht dafür einen langen Atem, den große Geberprogramme nicht haben. Dabei würde man es den Entwicklungsgegnern viel schwerer machen, wenn man dezentraler arbeiten würde. Dies wäre auch eine geeignete Strategie gegen den Feind im Inneren, dem man in Form sensibler Großprojekte viel Angriffsfläche bietet. Man muss sich darauf einstellen, dass man mit einem Guerillakrieg anders umgehen muss als mit einem Frontalkrieg, so dass man ihm mit einer ebenso solchen Guerillataktik Kleinstprojekte entgegensetzen muss. An einigen Orten in Afghanistan sieht man solche Ansätze, aber das sind bisher nur Tropfen auf den heißen Stein.

spw: Fragt die Bundesregierung die hier existierende Afghanistan-Expertise zu wenig ab?

I.B.: Ich gehe nicht davon aus, dass die Regierung naiv, leichtfertig oder desinteressiert ist. Ich nehme an, dass es viel Expertenwissen im Hintergrund gibt. Aber es gibt in Deutschland zu viele bürokratische Instanzen und getrennte Ressorts. Jedes Ministerium für sich tut sicherlich sein Bestes, nur wäre es viel effizienter, wenn man sich über die Grenzen dieser Ressorts besser vernetzen würde. Dieses Monitum hat die Arbeitsgemeinschaft Afghanistan (AGA), in der ich mich engagiere, vielfach vorgetragen, nicht alle Parteien haben sich jedoch damit auseinander gesetzt.

spw: Wie waren die Reaktionen der verschiedenen Parteien?

I.B.: Von der SPD gab es großes Interesse, auch bei den Grünen gab es Rückmeldungen. Von der Links-Partei kam gar nichts, aber das ist nicht überraschend angesichts der Art, wie dort mit dem Thema Afghanistan Politik gemacht wird. Ich finde es schäbig, wie eine deutsche innenpolitische Defizienz auf dem Rücken eines Landes wie Afghanistan ausgetragen wird. Dass Afghanistan sich nicht am eigenen Schopf aus der Misere ziehen kann, ist schon nach dem Rückzug der Sowjetunion erkennbar geworden. Jetzt die NATO-Truppen aus Afghanistan abzuziehen, würde bedeuten, das Land wieder über Nacht dem Bürgerkrieg zu überlassen. Diese Forderung ist verantwortungslos. Sicher, die Intervention bringt auch Unglück über das Land. Aber dieses Unglück wiegt nicht so schwer wie das Unglück, das ohne die Anwesenheit der Interventionstruppen im Land herrschen würde.

spw: Wie bewerten Sie die Präsidentschaftswahlen angesichts der Vorwürfe über massiven Wahlbetrug?

I.B.: Viele Menschen haben mit den Wahlen in den letzten fünf Jahren sehr positive Erfahrungen gemacht. Zum ersten Mal in ihrem Leben warben Kandidaten um ihre Stimme. Es hat ihren Selbstwert gesteigert, dass ihre Stimme genauso viel wert ist wie die eines jeden anderen. Die Hoffnung, dass ein anderer Präsident besser wäre, ist begrenzt. Am größten ist die Enttäuschung vermutlich in politisch gebildeten Kreisen. Mit der gleichen Zustimmung wie damals konnte Karzai wegen seiner vielen bekannten Verfehlungen also nicht rechnen. Aber Anerkennung erfährt er weiterhin in weniger gebildeten Kreisen, dort sieht man ihn geradezu als König, dem man zugute hält, dass es unter ihm keinen wirklichen Krieg und keine wirkliche Hungersnot gab. Dies ist mehr als man von allen früheren Herrschern sagen könnte. Wenn sich zusätzlich noch ein bekannter lokaler Machthaber für Karzai ausspricht, vertrauen die einfachen Menschen auf die Meinung dieses unmittelbaren politischen Vorbildes. Die Zustimmung zu Karzai ist daher häufig eine mittelbar abgeleitete. ■

Dr. habil. Ingeborg Baldauf ist Professorin am Zentralasien-Seminar der Humboldt-Universität Berlin.

Das Interview führte Inken Wiese

Kurzarbeit – und dann? Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gegen die Wirtschaftskrise

Einleitung zum Schwerpunkt

von Claudia Bogedan, Kai Burmeister, Stefan Stache und Till van Treeck

„Krise muss woanders sein!", äußerte jüngst ein Frankfurter Investmentbanker im Einklang mit Kollegen in einer Fernsehreportage. Zumindest in der Finanzwelt scheint zwischen Börse und Afterwork-Party die Stimmung angesichts wieder steigender Aktienkurse und neuer Milliardengewinne der Großbanken glänzend. Auch weite Teile der Politik versuchen mit Blick auf den Wahltag das Bild des „Das Schlimmste liegt hinter uns. Jetzt geht es wieder aufwärts!" zu zeichnen. Auf den Wirtschaftsseiten finden sich zunehmend Beiträge, die auf wieder steigende Aufträge und eine wieder anziehende Konjunktur hinweisen.

Ist es also das berühmte blaue Auge, mit dem die größte Wirtschaftskrise seit 80 Jahren nahezu schmerzfrei überwunden werden wird? Kann anstelle von Schreckensmeldungen vom Arbeitsmarkt im Feuilleton bald der Frage nachgegangen werden, warum die Deutschen so notorisch pessimistisch sind?

Vorsicht ist an dieser Stelle angebracht. Wenn die Bestellungen Monat für Monat im zweistelligen Bereich zurückgehen, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Tiefpunkt erreicht wird und es auf niedrigem Niveau zu einer Stabilisierung kommt. Die rasante Talfahrt ist zwar gestoppt, aber von einem sich selbst tragenden Aufschwung ist man noch weit entfernt. Unabhängig davon, ob die Prognose von minus sechs Prozent beim Wirtschaftsprodukt sich bewahrheitet oder nicht: Das Jahr 2009 wird als das Jahr mit dem größten Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik gewertet werden müssen. Die Bodenbildung erfolgt vor dem Hintergrund einer Schrumpfung von beachtlicher Größe!

Gegenüber dem Ist-Stand hätte es freilich schlimmer kommen können. Der drastische Einbruch bei den Ausfuhren und bei den Ausrüstungsinvestitionen konnte durch eine alles in allem stabile Nachfrage der privaten Haushalte und gesteigerte Staatsausgaben abgemildert werden. Vor allem die Abwrackprämie hat offensichtlich einen solchen Reiz ausgelöst, dass sich viele trotz der ansteigenden Unsicherheit zu der Großausgabe Neuwagenkauf entschlossen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt fest, die Wucht der Wirtschaftskrise habe bisher auf den Arbeitsmarkt in Deutschland wenig durchgeschlagen. Tatsächlich haben die Verbesserung der Kurzarbeitergeldregelungen und zaghafte öffentliche Investitionen bisher die Auswirkungen der Krise abgemildert. Dabei ist hervorzuheben: Anders als stets behauptet ist eine Politik der Konjunkturstabilisierung möglich!

Doch die bisherigen Stabilisierungsanker werden jetzt allmählich auslaufen oder ihre Tragkraft verlieren. Aufgrund der Schwere und Länge der Krise ist demnach zu befürchten, dass das Beschäftigungsrisiko noch längst nicht gebannt ist. Nach Einschätzung der OECD steht in Deutschland bis zum Jahr 2010 ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 11,6 Prozent bevor. Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute geht für das nächste Jahr von einem Anstieg der registrierten Arbeitslosen auf rund fünf Mio. aus. Angesichts dieser ökonomischen Konstellation muss Beschäftigungssicher-

Foto: www.fotolia.com, © mgraubner

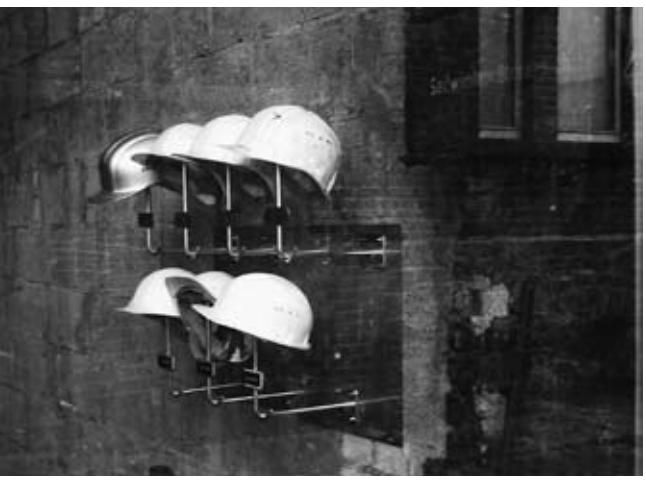


Foto: www.photocase.de, © ffwd!

ung und Beschäftigungsaufbau in den Fokus fortschrittlicher Politik gerückt werden.

Bislang haben sich die Unternehmen mit der Ankündigung von Massenentlassungen zurückgehalten. Dies dürfte teilweise mit einem taktischen Kalkül der Arbeitgeber vor der anstehenden Richtungsentscheidung bei der Bundestagswahl im Zusammenhang stehen, wie neulich die Financial Times Deutschland von mehreren Spitzenmanagern erfuhr. Vor allem ist es entscheidend, dass die weltwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven angesichts der massiven „globalen Ungleichgewichte" und der hohen Verschuldung im Privatsektor der bisherigen Konjunkturlokomotiven wie den USA, Großbritannien oder Spanien auf mittlere Sicht mager bleiben.

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise zeigt sich, dass die restriktive Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik ins Leere läuft. Die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre war falsch ausgerichtet und beförderte bewusst folgende Tendenzen: Seit vielen Jahren ist das sozialversicherungsgesicherte Normalarbeitsverhältnis unter Druck, und die atypische Beschäftigung hat sich immer weiter ausgebreitet. Gleichzeitig wurde das soziale Sicherungsniveau gesenkt. Dies führt – mit zunehmender Tiefe und Dauer der Krise – dazu, dass selbst für die Mittelschichten die sozialen Sicherungssysteme keinen ausreichenden Schutz mehr bieten. Die soziale Prekarität hat sich verstetigt, Armutslagen haben sich weiter verfestigt. Mittlerweile ist die Zahl der Beschäftigten mit Niedriglöhnen auf 6,5 Millionen Menschen angewachsen, so das Institut für Arbeit und Qualifikation. Ein Umsteuern ist daher nicht nur unter dem Aspekt der aktuellen Beschäftigungssicherung angebracht, sondern wird bereits seit Jahren als Antwort auf die veränderte Arbeitswelt gefordert (siehe Beitrag Bogedan/Herzog-Stein).

Welchen Verlauf die künftige Entwicklung der Beschäftigung nimmt, hängt zentral von der Frage ab, ob ein stabiler binnenwirtschaftlicher Wachstumspfad beschritten werden kann. Kommt es hingegen zu einer Stagnation, so sind mittelfristig mehrere Millionen Arbeitsplätze bedroht. In diesem Heft rücken neben kurz- und mittelfristig umsetzbaren Instrumenten wie überbetriebliche Transfergesellschaften, Qualifizierung statt Entlassung, Beschäftigungsbrücken durch Altersteilzeit oder die Verlängerung des Arbeitslosengeldes auch langfristige arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Strategien in den Mittelpunkt. Dabei geht es zum einen um eine gesetzliche Lohnuntergrenze sowie eine individuelle und freiwillige Förderung und Arbeitsvermittlung. Zum anderen geht es um die Nutzung des Beschäftigungspotentials der (öffentlichen) sozialen Dienstleistungen wie zum Beispiel im Gesundheitssektor. Darüber hinaus greift dieser Schwerpunkt die in den Hintergrund geratene Debatte um die Potentiale von Arbeitszeitverkürzung wieder auf.

Claudia Bogedan und Alexander Herzog-Stein stellen drei notwendige Kernelemente einer solidarisch-emanzipatorischen Beschäftigungspolitik in den Vordergrund: **1. Beschäftigung sichern, 2. Beschäftigung schaffen und 3. Arbeitslosigkeit sozial absichern.** Sie halten den alten Ruf nach einer koordinierten Beschäftigungspolitik, die Konjunktur-, Struktur-, Arbeitsmarkt- sowie Sozial- und Bildungspolitik im

Zusammenspiel mit der betrieblichen Personalpolitik vor dem Hintergrund einer anzustrebenden neuen Verteilung von Lebens- und Arbeitszeit zusammenfasst, für aktueller denn je.

Die breite Nutzung der Kurzarbeit beweist, dass Arbeitszeitverkürzung als Mittel der Beschäftigungssicherung wirkt. Die Krise als Chance zu nutzen, könnte daher heißen, Arbeitszeitverkürzungen und eine größere Zeitsouveränität wieder zum Thema zu machen. Soll Arbeitszeitverkürzung über seine aktuelle Funktion als Kriseninstrument hinaus angewendet werden, ist zunächst eine breite Debatte in den Betrieben und auch innerhalb des fortschrittlichen politischen Lagers unverzichtbar. Um diese konzeptionelle Baustelle zu bearbeiten, setzt sich Jürgen Kromphardt in seinem Beitrag mit den Grundgedanken und Widersprüchen der Arbeitszeitverkürzung auseinander. Dabei gilt es zu bedenken, dass für viele Beschäftigte derzeit kaum ein Interesse an Arbeitszeitverkürzung besteht, wenn hierdurch weitere Lohneinbußen in Kauf zu nehmen sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht versucht werden sollte, gezielt die Arbeitszeit dort zu verkürzen, wo eine Chance dazu besteht. Für die nächsten Monate stellt sich damit die Aufgabe, die Debatte um die Potentiale der Arbeitszeitverkürzung zu vertiefen.

Strategisch stellt sich neben der Frage der künftigen Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik auch die Frage der sozialen Lastenverteilung. Hier lassen der Beschluss der Schuldenbremse und die Deregulierungskonzepte aus dem Wirtschaftsministerium den Schluss zu, dass marktliberale politische Kräfte nach den Bundestagswahlen wieder an ihrer Politik der strikten Haushaltskonsolidierung, Arbeitsmarktderegulierung und Steuersenkungen für Vermögende anknüpfen wollen. In diesem Fall würden die Kosten der Krise und des Strukturwandels besonders auf prekäre, schlecht qualifizierte und weibliche Beschäftigte abgewälzt werden – die sozialen Disparitäten durch Niedriglöhne, Unsicherheit und vermehrte Armut würden auch gesamtgesellschaftlich weiter wachsen.

Die Sparpolitik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass die öffentlichen Investitionen weit unter dem europäischen Niveau liegen. Die Folge ist ein großer Investitionsstau und Personalmangel in Schulen und Hochschulen, der Kinderbetreuung, der sozialen Arbeit sowie den Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen. Im Vergleich zu den skandinavischen Ländern ist die Lücke im Bereich qualifizierter sozialer Dienstleistungen besonders augenfällig. Martin Beckmann nimmt die Forderung von ver.di nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm und besseren sozialen Dienstleistungen in den Blick und verdeutlicht, dass allein im Gesundheitssektor bis zu eine Million Arbeitsplätze entstehen können. In diesem Kontext muss es nicht nur um eine quantitative, sondern um eine qualitative Entwicklung der Arbeitsverhältnisse gehen. Beschäftigungssicherheit, qualifikationsgemäße tarifliche Vergütung sowie Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten müssen Bestandteile guter Arbeit in den sozialen Dienstleistungen sein.

Foto: www.photocase.de, © coresince84

In den spw-Ausgaben „Zeit für einen neuen New Deal“, „Linke Hegemonie?“ und „Anschluss

verpasst?“ wurden Defizite der internationalen Regulierung der Finanzmärkte, der Konjunkturpolitik, der Fiskalpolitik sowie im Bereich der Qualifizierung bzw. Weiterbildung aufgegriffen und die Perspektiven eines sozial-ökologischen Umbaus, einer Re-Regulierung des Finanzsystems und einer Strategie der öffentlichen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und ökologische Technologien diskutiert. Eine solche Strategie wäre in der Mehrheit der gesellschaftlich-politischen Lager mehrheitsfähig und könnte die Basis für eine progressive Politik bilden.

In diesem Schwerpunkt beschäftigt sich Klaus Dörre mit einer grundsätzlich kapitalismuskritischen Einordnung der ökonomischen Entwicklung und knüpft damit an einen früheren Beitrag von Michael Krätke (vgl. spw 169, 1/2009) an. Dörre untersucht die Privatisierung von öffentlichen Gütern, soziale Prekarisierung und die Finanzmarktkrise im Zusammenhang mit der Disziplinierung der abhängig Beschäftigten. Diese „Landnahme“ sei aber politisch beeinflussbar. So habe die Politik diese durch Arbeitsmarktgesetze gefördert, statt z.B. die Re-Kommodifizierung des Arbeitsmarktes einzuhegen. Nach der Annäherung der Sozialdemokratie an ein marktzentriertes Kapitalismusmodell stelle sich die Frage eines glaubwürdigen neuen Projekts. Ein ökosozialer New Deal könne ein solches Projekt umreißen, besitze jedoch nur eine Chance auf Realisierung, wenn das Legitimationssystem des Finanzmarktkapitalismus grundsätzlich in Frage gestellt würde.

Aus dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) wird seit einigen Jahren die Forderung nach einer makroökonomischen Neuorientierung erhoben, deren Kernelemente die Forcierung einer expansiveren Lohnentwicklung und einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung sowie langfristig steigende öffentliche Investitionen mit Ausgabenpfaden bilden. Eine solche konjunktur- und wachstumspolitische Strategie legt den Grundstein für die Erschließung neuer Beschäftigung in Zukunftsbereichen der genannten Dienstleistungen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass ein Beschäftigungswachstum in den sozialen Dienstleistungen mit einem großflächigen Verlust von Arbeitsplätzen im industriellen Bereich einhergehen wird. Das Gegenteil ist der Fall. Der starke industrielle Kern in Deutschland ist vor allem eine Chance und nicht als Modernisierungsrückstand zu begreifen. Die industriellen Kerne der Bundesrepublik stellen sich daher neben den Sozial-, Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen weiterhin als wichtige Tragpfeiler der weiteren ökonomischen Entwicklung dar. Gleichwohl müssen auch hier die Bruchpunkte in den Blick genommen werden.

Drei alternative Szenarien, die das IMK kürzlich in einer Analyse vorstellte, umreißen mögliche makroökonomische Pfade und stehen zugleich für unterschiedliche Politikmodelle. Erstens ein Weg des „weiter so“ mit einer Fortsetzung der Exportorientierung, zweitens eine noch „aggressivere Exportstrategie“ mit verstärktem Druck auf die Löhne und weiter geschwächter Binnennachfrage sowie drittens ein „balanciertes Wachstum“ mit einer Stärkung der Binnenwirtschaft. Nur im dritten Szenario wird sich ein nachhaltiges Wachstum einstellen, während in den anderen eine mehr oder weniger ausgeprägte Stagnation zu erwarten ist. Es wird entscheidend von den künftigen politischen Mehrheitskonstellationen abhängen, welcher Pfad beschritten wird. ■

Claudia Bogedan ist Sozialwissenschaftlerin und verantwortet das Forschungsreferat „Arbeitsmarktpolitik“ am WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf. Sie ist Mitglied der spw-Redaktion.

Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

Till van Treeck ist Referent für allgemeine Wirtschaftspolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Wirtschaftskrise

von Claudia Bogedan und Alexander Herzog-Stein

1. Der deutsche Arbeitsmarkt in der Krise

Die derzeitige Wirtschaftskrise hat ein Ausmaß und eine Tiefe erreicht, wie sie seit der Weltwirtschaftkrise 1929 nicht mehr zu beobachten war. Gleichzeitig ist bislang die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt moderater verlaufen, als aufgrund des Einbruchs der Produktion von Gütern und Dienstleistungen in Deutschland und im Rest der Welt zu erwarten gewesen wäre. Nach Berechnungen von Eurostat ist im Euro-Raum die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres um einen Prozentpunkt auf 9,3 Prozent im zweiten Quartal 2009 angestiegen, während in Deutschland im selben Zeitraum die Arbeitslosenquote lediglich um 0,3 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent zugenommen hat.[1] Es scheint, dass bislang das Kurzarbeitergeld im Zusammenspiel mit anderen Konjunkturmaßnahmen erfolgreich einen „Schutzschirm" für den Arbeitsmarkt gegen die unmittelbaren Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise bildete. Es steht allerdings zu befürchten, dass mit zunehmender Dauer der Krise dieser „Schutzschirm" dem wachsenden Druck nicht standhalten kann. Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine Ausweitung auch auf bislang wenig betroffenen Branchen ist ab der zweiten Jahreshälfte 2009 und im kommenden Jahr zu erwarten und, es ist nicht auszuschließen, dass zum Jahreswechsel 2010/2011 wiederum mehr als fünf Millionen Menschen in Deutschland registriert arbeitslos sein werden.[2]

Der deutsche Arbeitsmarkt wird allerdings zu einem Zeitpunkt von der Wirtschaftskrise getroffen, zu dem er sich infolge der Reformen der vergangenen Jahre nach wie vor im Umbruch befindet. Auch aus diesem Grund sind Maßnahmen dringend geboten, die geeignet sind Phasen von Arbeitslosigkeit nicht zur Bedrohung für die Einzelnen werden zu lassen. Die fatalistische Auffassung, nach der neben den beschlossenen Konjunkturmaßnahmen nichts Grundsätzliches gegen die Krise getan werden kann, darf nicht die Meinungsführerschaft gewinnen. Die richtige Alternative besteht vielmehr darin, mittels einer koordinierten Beschäftigungspolitik, ergänzt um die richtigen makroökonomischen Maßnahmen, alles zu tun, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt einzugrenzen.

Foto: www.fotolia.com, © Birgit Reitz-Hofmann

Dem weiteren Verschieben des Machtungleichgewichts durch Prekarisierung von Beschäftigung und dem zunehmenden Drohpotenzial gegenüber den verbleibenden Arbeitskräften in den Betrieben infolge steigender Arbeitslosigkeit sollte durch eine Beschäftigung erhaltende und schaffende Politik sowie eine Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik entgegengewirkt werden. Dabei wird bei den nachfolgenden Vorschlägen unterschieden zwischen einerseits eher kurz- und mittelfristig umsetzbaren Maßnahmen und andererseits Politiken, die als „Bahnbrecher" im Sinne einer generellen Umsteuerung in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wirken. Ziel ist eine weitere Polarisierung der Gesellschaft zu ver-

1 Hierbei handelt es sich um saisonbereinigte Werte der von Eurostat veröffentlichten harmonisierten Arbeitslosenquoten, die einen Vergleich zwischen verschiedenen Ländern und Gebietsständen erlauben.

2 Siehe beispielsweise Gemeinschaftsdiagnose (2009) „Im Sog der Weltwirtschaft – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr".

hindern und Wachstum mit einem Mehr an sozialer Sicherheit zu verbinden. Dabei könnte die Krise genutzt werden, um notwendige Korrekturen in der Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik zu vollziehen.

2. Beschäftigungsbrücke weiter ausbauen

In einer konjunkturellen Abschwungphase ist die Sicherung der bestehenden Beschäftigungsverhältnisse zunächst die zentrale arbeitsmarktpolitische Aufgabe der Stunde. Dabei geht es um den Aufbau einer Beschäftigungsbrücke, der bildlich gesprochen die Funktion zukommt, bei der Überbrückung des temporär bestehenden Konjunkturtals zu helfen. Im ersten Jahr der Wirtschaftskrise hat die Beschäftigungsbrücke in Deutschland gehalten, und die drei Pfeiler Kurzarbeitergeld, Arbeitszeitkonten und betriebliche Arbeitszeitverkürzungen haben bislang ihre Tragfähigkeit bewiesen. Im Hinblick auf den weiteren Verlauf der Krise muss es nun aber darum gehen, diese Beschäftigungsbrücke weiter auszubauen und ihre Tragfähigkeit zu erhöhen, so dass sie möglichst viele Beschäftigte über das Konjunkturtal trägt. Hierzu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. **Entwicklung und Förderung beschäftigungssichernder Arbeitszeitverkürzungsmodelle:** Um Beschäftigte auch nach Auslaufen einer Kurzarbeiterregelung im Betrieb zu halten, sollten betriebs- oder branchenspezifische Arbeitszeitverkürzungsmodelle entwickelt und staatlich gefördert werden, indem die Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten – analog zur Regelung beim Kurzarbeitergeld – (zeitlich befristet) auf das Niveau vor der Arbeitszeitreduktion aufgestockt werden.

Foto: Christian Kiel

Betriebliche Anstrengungen zur Beschäftigungssicherung durch soziale Absicherung der Betroffenen erleichtern: Unter der Vorraussetzung einer Beschäftigungsgarantie durch den Betrieb sollte für Beschäftigte, die aufgrund beschäftigungssichernder betrieblicher Maßnahmen oder aufgrund von Kurzarbeit ein Einkommen erzielen würden, das den Haushalt zum Bezug von Arbeitslosengeld II berechtigen würde, für die Dauer von bis zu zwei Jahren (oder bis zum Sommer 2011) die vermögensbezogene Bedürftigkeitsprüfung und die Anrechnung des Einkommens der Partnerin oder des Partners ausgesetzt werden.

2. **Den Ansatz „Qualifizieren statt Entlassen" ausbauen:** Um Beschäftigten in der aktuellen Krise die Möglichkeit zum Nachholen einer Berufsausbildung oder einer höher qualifizierenden Ausbildung zu geben, sollte das Kurzarbeitergeld auf 36 Monate ausgedehnt und in diesen Fällen mit der Möglichkeit einer Absenkung der Arbeitszeit auf Null eine Freistellung mit Lohnersatz geschaffen werden. Mittelfristig könnte davon ausgehend – wie von Prof. Dr. Gerhard Bosch (Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen) seit Jahren gefordert – ein Erwachsenen-Bafög eingeführt werden, um die Beteiligung an (abschlussbezogener) Weiterbildung zu stärken.

3. **Überbetriebliche und branchenspezifische Transfergesellschaften ermöglichen:** Zum einen sollte – analog zum Kurzarbeitergeld – das Transferkurzarbeitergeld auf 36 Monate ausgedehnt und

zum anderen die Schaffung überbetrieblicher und branchenspezifischer Transfergesellschaften ermöglicht werden, um so im Zusammenspiel mit überbetrieblichen Weiterbildungsmöglichkeiten Übergänge aus einer Beschäftigung in eine andere Beschäftigung zu schaffen.

4. **Förderung der Beschäftigung von Berufseinsteiger/innen und älteren Beschäftigten:** Für die Dauer der Krise sollte mit Hilfe von zeitlich befristeten Lohnkostenzuschüssen die Übernahme oder Einstellung von Berufseinsteiger/innen nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung gefördert werden. Zudem sollte die Einführung einer echten Altersteilzeitregelung (statt der Möglichkeit der Blockregelung) Älteren einen gleitenden Ausstieg aus dem Erwerbsleben bei gleichzeitiger Wiedereinstellung eines/einer jungen Beschäftigten ermöglichen.

3. Beschäftigte sichern

Da der Einbruch der Konjunktur sich mit einem tief greifenden und bereits länger anhaltenden sozioökonomischen Strukturwandel verbindet, ist davon auszugehen, dass in bestimmten Branchen die Beschäftigungsbrücke nicht alle Beschäftigten wird tragen können und nach der Krise weniger Personen in diesen Sektoren beschäftigt sein werden. Dieser Wandel von Teilarbeitsmärkten erfordert eine Neujustierung der Ziele und Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik:

Erstens muss sichergestellt werden, dass durch die Krise nicht in großem Umfang die Beschäftigungsfähigkeit der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen zerstört und gleichzeitig - notwendig - die Beschäftigungsfähigkeit auch gerade in der Krise erhöht wird. Die als „passiv" abqualifizierte soziale Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit sollte daher im Gegensatz zur derzeitigen sanktionsbewehrten Vermittlungsberatung als Bestandteil einer

Foto: www.photocase.de, © Helgi

Aktivierungsstrategie verstanden werden, die Qualifikationen schützen und ausbauen helfen soll, im Sinne einer befähigenden Arbeitsmarktorientierung. Eigenverantwortung und Selbstbestimmung gehören untrennbar zusammen. Eine gute soziale Absicherung gepaart mit einer passgenauen Aktivierung (z.B. durch ein gutes Profiling) kann dazu beitragen, dass Arbeitssuchende leichter in den Arbeitsmarkt wieder einsteigen können.

Zweitens ist es notwendig sicherzustellen, dass nicht ausschließlich aufgrund der Tiefe und Dauer der aktuellen Wirtschaftskrise eine große Anzahl von Personen nach bereits zwölf Monaten Arbeitslosigkeit in das Arbeitslosengeld II abrutschen. Dies hätte aufgrund der daraus resultierenden Einkommens- und Vermögensverluste nicht nur verheerende soziale Folgen, sondern auch entsprechende negative Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur.

Deshalb sollten unter anderem folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. **Rolle des Arbeitslosengeldes als Schutzschirm in der Wirtschaftskrise stärken:** Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes sollte auf einheitlich 24 Monate angehoben und die Rahmenfrist verlängert werden. Die Verlängerung des Arbeitslosen-

geldes sollte einhergehen mit einer frühen Aktivierung und einer Stärkung der Rechte auf Erhalt einer (selbst gewählten) Förderung oder Weiterbildung.

2. **Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors:** Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor sollte zum einen durch temporäre Bereitstellung von Ersatzarbeitsplätzen, deren Entlohnung auf tariflichem oder ortsüblichen Niveau erfolgen muss, mithelfen, die infolge der Wirtschaftskrise auftretenden Beschäftigungstäler zu überbrücken. Zum anderen können in diesem Rahmen bestimmte Zielgruppen gefördert werden. Absolutes Ziel muss dabei sein, im Aufschwung für die darin Beschäftigten wieder reguläre Arbeitsplätze zu finden.

Foto: Christian Kiel

3. **Schaffung einer nachhaltigen Finanzierungsgrundlage für die Arbeitslosenversicherung:** Zunächst muss es darum gehen, einen unmittelbaren Beitragsanstieg in der Arbeitslosenversicherung aufgrund des krisenbedingt entstehenden finanziellen Defizits zu vermeiden. Kurzfristig ist daher eine Beitragssatzgarantie sicherzustellen, indem die Rückzahlung der notwendigen Darlehen ausgesetzt und stattdessen wieder eine Defizithaftung des Bundes eingeführt wird. Mittel- und langfristig sollte die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auf mehrere Säulen gestellt werden, zu denen neben einem nachhaltigen Beitragssatz die Verbreiterung der Finanzierungsbasis und die Steuerfinanzierung von gesamtgesellschaftlich wünschenswerten Leistungen gehören. Eine solche nachhaltige Finanzierung der Arbeitslosenversicherung bietet die Grundlage für den anzustrebenden Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung, die sowohl das Einkommensrisiko bei Arbeitslosigkeit als auch bei riskanten Übergängen im Erwerbsverlauf sichert und darüber hinaus Gelegenheitsstrukturen für neue berufliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet.

Ein in der aktuellen Wirtschaftskrise besonders verwundbarer Personenkreis sind die Hilfebedürftigen im System der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Sie partizipierten aufgrund ihrer schlechteren Perspektiven am Arbeitsmarkt schon nur begrenzt am vergangenen Aufschwung, und mit der zunehmenden Eintrübung der Lage am Arbeitsmarkt werden sich ihre Beschäftigungschancen massiv verschlechtern. Hinzu kommt, dass diese Personengruppe auch in Bezug auf ihre finanzielle Situation schlecht vorbereitet mit der schwersten Wirtschaftskrise seit der Gründung der Bundesrepublik konfrontiert wird. Diesen Umständen sollte Rechnung getragen werden durch:

4. **Ein höheres beziehungsweise bedarfsgerechteres Arbeitslosengeld II:** Eine Erhöhung des Regelsatzes des Arbeitslosengeldes II ist geboten, weil die derzeitige Berechnungsgrundlage fragwürdig ist und die Funktion der Grundsicherung neben der materiellen Absicherung auch in der Gewährung der soziokulturellen Teilhabe besteht. Daneben kommt insbesondere in einer akuten Wirtschaftskrise den Sozialeinkommen eine gewichtige Rolle für die konjunkturpolitische Zielsetzung zu, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren, da ihre Empfänger ausgabenseitig beschränkt sind und deshalb eine hohe Konsumneigung haben.

Wenn zusätzlich Arbeitslosigkeit nicht nur individuell verstanden wird, sondern auch die

Probleme auf Seiten der Arbeitsnachfrage gesehen werden und wenn hinderliche Strukturen ebenfalls von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bearbeitet werden, bestehen auch in der Krise bzw. im nächsten Aufschwung gute Möglichkeiten, beispielsweise ältere Beschäftigte besser zu integrieren und regionale Disparitäten auszugleichen.

4. Mittel- und langfristige Ziele einer neuen Regulierung von Beschäftigung

Die Notwendigkeit eines Umsteuerns in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik resultiert nicht allein aus der Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern ist notwendig, da die vergangenen Reformen das Risiko Arbeitslosigkeit zunehmend „privatisiert" und den Status des sozialen Staatsbürgers geschwächt haben. Derzeit treten problematische Entwicklungen der letzten Jahre wie in einem Brennglas zutage. Aus der Krise könnte daher die Chance erwachsen, diesen nun entgegenzuwirken:

1. **Eine Neuordnung des Arbeitsmarktes:** Arbeitsmarktflexibilität ist bislang zu einseitig an den Wünschen und Interessen der Arbeitgeber orientiert gewesen. Eine Neuordnung des Arbeitsmarktes muss auf die Abkehr von der Arbeitgeberflexibilität hin zu einer Arbeitnehmerflexibilität mit sozialer Sicherheit abzielen. Notwendig ist in diesem Zusammenhang ein verändertes Arbeitszeitregime durch den Ausbau und die Stärkung der individuellen Optionalität der Arbeitszeit, die Einführung eines allgemeinen, branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohns sowie die Stärkung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung durch eine Reform der Minijobregelungen als Bausteine einer Förderung existenzsichernder Beschäftigung.

2. **Eine Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik:** Bei einer Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik muss es darum gehen die Elemente des emanzipatorischen Potentials der deutschen Arbeitsmarktpolitik wieder freizulegen. Notwendig ist eine Arbeitsmarktpolitik, die die Zeitsouveränität der Beschäftigten stärkt und Raum für Weiterentwicklung bietet. Statt der Beschränkung auf den Risikofall Arbeitslosigkeit sollten flexible Erwerbsübergänge sozial abgesichert und gefördert werden. Weiterbildung ist ein weiterer zentraler Baustein in der Rejustierung der Arbeitsmarktpolitik. Die bisherigen mangelhaften Bemühungen der Betriebe im Bereich der Weiterbildung trotz angemahnten Fachkräftemangels verdeutlichen, dass ein stärkeres staatliches Engagement notwendig ist, um die gewünschten gesamtgesellschaftlichen Verbesserungen zu realisieren und mit den künftigen Arbeitsmarktanforderungen pro-aktiv umzugehen. Denn Weiterbildung verbindet betriebliche Notwendigkeiten und individuelle Statussicherungs- und Aufstiegsperspektiven.

3. **Geschlechtergerechte Arbeitsmarkt-, Arbeitszeit- und Beschäftigungspolitik:** Der Veränderung in den Geschlechterverhältnissen muss nicht nur durch eine generelle Gleichstellungspolitik von Frauen und

Foto: www.photocase.de, © lixmedia

Männern Rechnung getragen werden, die unter anderem gleichen Zugang zu Beschäftigung sowie Entgeltgleichheit sichert. Auch der wachsenden ökonomischen Bedeutung des weiblichen Einkommens für die finanzielle Situation der Haushalte ist Rechnung zu tragen, indem Frauen nicht länger als bloße Zuverdienerinnen zum Haushaltseinkommen behandelt werden.

5. Umsteuerung in der Wirtschaftspolitik

Die beschriebenen arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen bedürfen einer entsprechenden makroökonomischen Flankierung, damit sie die oben beschriebene Brückenfunktion in der aktuellen Wirtschaftskrise wahrnehmen und mittel- und langfristig beschäftigungsschaffende Wirkung erzielen können. Aus diesem Grund ist ein Umsteuern in der Wirtschaftspolitik notwendig.

Neben der Wiederherstellung eines funktionierenden Finanzsystems bedarf es einer europäischen Geldpolitik, die die Deflationsgefahr ernst nimmt und bekämpft sowie einer Fiskalpolitik, die konjunkturpolitisch das zur Überwindung der Krise notwendige leistet und mittelfristig, nach Überwindung der Krise, eine makroökonomisch rationale Konsolidierungspolitik als Alternative zur beschlossenen Schuldenbremse bietet.

Darüber hinaus bedarf es einer Abkehr von der Politik einer übertriebenen Lohnzurückhaltung. Lohnsteigerungen sollten sich wieder am langfristigen Produktivitätspfad und dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank orientieren und nicht länger krampfhaft dem Diktat der Lohnkostensenkung im Interesse einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft unterworfen sein. Gleichzeitig ist eine Wirtschafts- und Strukturpolitik, die Beschäftigungsaufbau in zukunftsträchtigen Beschäftigungssegmenten etwa der „green Jobs" oder der Gesundheitswirtschaft fördert, sowie der Ausbau von sozialen Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege) im öffentlichen oder Dritten Sektor vonnöten.

6. Fazit

Auch wenn die Forderung nach einer Flexibilisierung von Arbeitszeiten im Interesse der Beschäftigten, nach einem Ausbau der Weiterbildungsbemühungen und einer Stärkung der Sozialversicherung nicht neu sind, so treten vor dem Hintergrund der Krise einige der Problemlagen deutlicher zutage als zuvor, wenn beispielsweise qualifizierte Facharbeiter (und ihre Familien) nach einem Jahr Arbeitslosigkeit vor der Notwendigkeit stehen, ihr Erspartes aufzubrauchen, weil schlicht die Arbeitsnachfrage fehlt, oder wenn niedrige Löhne dazu führen, dass in der Kurzarbeit das Einkommen unter das Existenzminimum rutscht.

Das Kurzarbeitergeld darf daher nicht alleiniges arbeitsmarktpolitisches Mittel zur Abwehr der Wirtschaftskrise bleiben, sondern gefragt ist die intelligente Kombination von Maßnahmen, die soziale Sicherheit gewähren, Arbeitsförderung wirtschafts- und strukturpolitisch flankieren und eine abschluss- und aufstiegsorientierte Qualifizierung ins Zentrum stellen. ■

■ Der Beitrag ist eine Kurzfassung des WSI Diskussionspapiers Nr. 167, August 2009: Vom Schutzschirm zum Bahnbrecher – Anforderungen an die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Wirtschaftskrise von Claudia Bogedan, Alexander Herzog-Stein, Christina Klenner und Claus Schäfer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf (Download unter www.wsi.de)

Claudia Bogedan ist Sozialwissenschaftlerin und verantwortet das Forschungsreferat „Arbeitsmarktpolitik" am WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf. Sie ist Mitglied der spw-Redaktion.

Dr. Alexander Herzog-Stein ist Ökonom und verantwortet das Referat „Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitforschung" am WSI.

Arbeitszeitverkürzung

von Jürgen Kromphardt

Zur Sicherung der Beschäftigung in der Krise werden zurzeit zwei bestimmte Formen gezielter Arbeitszeitverkürzung in Deutschland in großem Umfang herangezogen: Es sind derzeit deutlich mehr als eine Million ArbeitnehmerInnenInnen in Kurzarbeit versetzt.[1] Dabei sinkt ihr Einkommen dank des Kurzarbeitgeldes deutlich weniger als ihre Arbeitszeit. Zuvor mussten viele ArbeitnehmerInnen ihre auf Jahresarbeitskonten angesammelten Guthaben in Anspruch nehmen: Ihre tatsächliche Arbeitszeit wurde reduziert (als Korrektur vorangegangener Arbeitszeitverlängerung), ihr Einkommen aber floss unberührt weiter.

Beide Formen interner Flexibilität durch gezielte Arbeitszeitverkürzung und ihr positiver Effekt auf den Beschäftigungsstand werden in der öffentlichen Diskussion uneingeschränkt begrüßt.

Da jedoch vielfach die Guthaben auf den Jahresarbeitskonten bald aufgebraucht sein dürften und die Zuschüsse zur Kurzarbeit zeitlich (bis Ende 2010) begrenzt sind, stellt sich die Frage, ob eine generelle Arbeitszeitverkürzung oder andere Varianten gezielter Arbeitszeitverkürzung an ihre Stelle treten sollten, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit abzubremsen. Mit diesem Problem befasst sich dieser Beitrag.

Voraussetzungen erfolgreicher genereller Arbeitszeitverkürzung

In den frühen 1980er Jahren, als die IG-Metall die 35-Stunden-Woche propagierte und erste Schritte in dieser Richtung in den Tarifverhandlungen vereinbarte, entbrannte eine heftige Diskussion darüber, ob eine solche Arbeitszeitverkürzung (im folgenden: AZV) wirklich günstig für die Beschäftigung sei. Die verschiedenen Positionen sind gut nachzulesen in dem von Peter Hampe herausgegebenen Sammelband „Zwischenbilanz der Arbeitszeitverkürzung“[2]. Es wäre schön, wenn sich diese Frage empirisch klar beantworten ließe. Eine eindeutige Antwort ist jedoch schwierig, weil – jedenfalls in Deutschland – die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit in vielen kleinen Schritten Jahr für Jahr abläuft[3] und in einen Prozess des wirtschaftlichen Wachstums eingebunden ist, sodass die Entwicklung der Beschäftigung von sehr vielen Faktoren abhängt und der Effekt der Arbeitszeitverkürzung sich kaum isolieren lässt.

Deshalb soll zunächst theoretisch abgeleitet werden, unter welchen Voraussetzungen ein positiver Beschäftigungseffekt eintreten kann. Dafür stelle man sich eine Volkswirtschaft mit konstanter Erwerbsbevölkerung, gegebener durchschnittlicher Jahresarbeitszeit und konstantem Preisniveau vor. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst dank steigender Arbeitsproduktivität je Stunde gleichmäßig und die Stundenlöhne steigen im Ausmaß der Arbeitsproduktivität. Dadurch steigt das Einkommen der Beschäftigten proportional zum BIP an, sodass (bei konstanter Konsumquote der ArbeitnehmerInnenhaushalte) auch der private Konsum mit dem BIP mitwächst. Die Lohnstückkosten und die Lohnquote bleiben konstant. Daher bleibt das Land international wettbewerbsfähig und die Exporte können mit dem BIP steigen. Dank guter Wachstumsaussichten erhöhen die Unternehmen ihre Investitionen ebenfalls parallel zum BIP, sodass die durch die Produktivitätssteigerung mögliche Mehrproduktion auch nachgefragt wird. Allerdings sei dieser Wachstumsprozess mit einer

1 Laut Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) könnten im Jahresdurchschnitt 2009 rund 450 000 ArbeitnehmerInnen als KurzarbeiterInnen beschäftigt sein, mit einem Arbeitsausfall je KurzarbeiterIn von 40 Prozent (IAB-Kurzbericht Nr. 6/2009, Tabelle A2).

2 Peter Hampe, Zwischenbilanz der Arbeitszeitverkürzung. München (V. Hase & Koehler), 1993.

3 Laut Berechnungen des IAB ist – wie auch früher in West-Deutschland – die durchschnittliche Jahresarbeitszeit weiter Jahr für Jahr gesunken, und zwar von 1993 bis 2006 um 0,2 bis 1,2 Prozent gesunken (im Durchschnitt ca. 0,5 Prozent). 2007 und 2008 gab es keine Veränderung mehr (Zahlen ab 2000 im IAB-Kurzbericht 6/2009)

unerwünschten hohen Arbeitslosigkeit verbunden.

Kann in dieser Wirtschaft durch eine generelle AZV die Arbeitslosigkeit reduziert werden? Für die Antwort gehe ich von einer AZV aus, durch die die Arbeitszeit genau um soviel verkürzt wird, wie die Stundenproduktivität steigt, sodass die Monatseinkommen der ArbeitnehmerInnen zunächst unverändert bleiben. Produktivität und Löhne pro Stunde steigen z.B. um 2,5 Prozent, die bezahlte Arbeitszeit reduziert sich entsprechend, die Lohnsumme der bisher Beschäftigten bleibt konstant.

Auf der Kostenseite ergeben sich keine grundsätzlichen Probleme: Die Lohnkosten bleiben konstant, die Kapitalstückkosten, die bei verringerten Laufzeiten der Maschinen steigen dürften, können durch Entkopplung von individueller Arbeitszeit und Betriebszeit konstant gehalten oder sogar gesenkt werden. Eine solche Entkopplung besteht z.B. in allen Kaufhäusern und in produzierenden Betrieben bei Zwei- oder Drei-Schichten-Betrieb.

Kein dauerhaftes Wachstum ohne steigende Lohneinkommen

Damit eine steigende Produktion auch nachgefragt wird, reicht auf Dauer eine konstante Lohnsumme nicht aus; denn es müsste entweder die Sparquote der ArbeitnehmerInnen ständig zurückgehen oder die Exportüberschüsse bzw. das Staatsdefizit relativ zum BIP ständig steigen. Folglich muss in einer wachsenden Volkswirtschaft bei wegen der AZV konstanten Stundenlöhnen die Beschäftigung ansteigen. Dazu müssen die Unternehmen zusätzliche Beschäftigte einstellen. Sie tun dies, wenn sie – wie in der Zeit vor der AZV – eine steigende Nachfrage erwarten. Wenn die Unternehmen im Durchschnitt eine im Ausmaß der Produktivitätserhöhung steigende Nachfrage erwarten und ein entsprechend höheres Produktionsvolumen geplant hatten und weiterhin planen, hätten sie bei unveränderter Arbeitszeit weder

Foto: www.photocase.de, © willma

Entlassungen noch Neueinstellungen vorgenommen. Bei AZV müssen sie dagegen zusätzliche Arbeitskräfte einstellen, um die geplante Mehrproduktion realisieren zu können.

Die noch offene Frage lautet: Veranlasst AZV die Unternehmen zu einer Revision ihrer Produktionsplanung oder nicht?[4] *Für* eine Planrevision wird folgende Überlegung angeführt: Wenn die beschäftigten ArbeitnehmerInnen statt einer Lohnerhöhung im Ausmaß der Produktivitätssteigerung, die bei unveränderter Arbeitszeit ihre Monatsverdienste erhöht hätten, eine AZV vereinbaren, die ihre Monatsverdienste unverändert lässt, dann bleibt die Steigerung der Lohnsumme der beschäftigten ArbeitnehmerInnen aus. Dementsprechend muss damit gerechnet werden, dass ihre Konsumgüternachfrage ebenfalls nicht steigt. Hatten die Unternehmer ohne AZV mit steigendem Konsum gerechnet und revidieren nun diese Erwartung nach unten, so hat die AZV *keinen* Beschäftigungseffekt in der Konsumgüterindustrie: Die Produktionsplanung wird im Ausmaß der AZV heruntergefahren, und die Unternehmer benötigen wegen der verringerten Produktion trotz der AZV keinen zusätzlichen ArbeitnehmerInnen im Vergleich zur Situation ohne AZV.

4 Dieser Unterabschnitt stützt sich stark auf die entsprechenden Ausführungen in: Jürgen Kromphardt, Arbeitslosigkeit und Inflation, Eine Einführung in die makroökonomischen Kontroversen. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht), 1998, S. 256 ff.

Von dieser Planrevision würden auch die Zuliefererbetriebe betroffen; ob die Investitionsgüterindustrie tangiert würde, hängt von vielen Faktoren ab und lässt sich nicht generell festlegen (einige Überlegungen dazu finden sich bei Vorkötter[5]). Nicht betroffen wäre die gerade für Deutschland so wichtige Exportgüterindustrie, deren Absatz nicht von der inländischen Nachfrage abhängt. Rückwirkungen auf die Staatsnachfrage wären denkbar, da die Steuereinnahmen zurückgehen bzw. weniger steigen als ohne Planrevision.

Die befürchtete Planrevision würde also nicht in allen Sektoren erfolgen und mithin nicht überall dazu führen, dass die AZV keinen Beschäftigungseffekt hat. Vor allem aber gibt es mehrere Argumente gegen eine Planrevision:

a) Manche private Haushalte, die in der Vergangenheit ihren Konsum kontinuierlich ausgeweitet haben, werden dies – wenn durch die AZV ihr Monatseinkommen unverändert bleibt – auf Kosten ihrer Sparquote auch weiterhin tun.

b) Mehr Freizeit löst neue Konsumanreize aus und ermöglicht mehr zeitaufwendigen Konsum (Tennis, Segeln etc. etc.).

c) Die AZV erfolgt in fast allen Industriestaaten (mit Ausnahme Frankreichs)[6] mittels branchenbezogener Tarifvereinbarungen und nicht einheitlich für alle Bereiche. Daher kann der einzelne Unternehmer nicht von einer AZV in *seiner* Branche auf einen allgemeinen Stillstand bei den Einkommen der ArbeitnehmerInnenhaushalte schließen.

d) Die Überlegung, die zur Planrevision führt, gilt nur, wenn jeder einzelne Unternehmer davon ausgeht, dass alle anderen Unternehmer, also auch die Unternehmen der Exportwirtschaft, ihre Pläne ebenfalls nach unten revidieren. Ohne diese Reaktion ergäbe sich ein positiver Beschäftigungseffekt der AZV mit der Folge, dass die von ihnen ausgezahlte Lohnsumme genau so ansteigt wie ohne AZV; denn die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden gehen ohne Planrevision nicht zurück. Der private Konsum könnte zwar trotz dieser Entwicklung der Lohneinkommen langsamer steigen, weil die zusätzlich beschäftigten Personen auch während ihrer Nichterwerbstätigkeit konsumiert und dies aus Arbeitslosenunterstützung oder anderen Quellen finanziert hatten. Da der einzelne Unternehmer jedoch nicht weiß, wie seine Konkurrenten handeln, ist es eher unwahrscheinlich, dass er seine Produktionsplanung im Ausmaß der AZV reduziert.

Ein Indiz für die Erwartung, dass die möglichen Planrevisionen unterbleiben und die AZV die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöht, kann darin gesehen werden, dass die Arbeitgeberverbände in den Auseinandersetzungen des Jahres 1989 überwiegend anders argumentierten als in den Auseinandersetzungen um den ersten Einstieg in die 35-Stunden-Woche am Anfang der 1980er Jahre. Sie wandten nämlich jetzt gegen die AZV ein, die damit verbundene höhere Nachfrage nach Arbeit könne nicht befriedigt werden, vor allem, weil es an den zusätzlich benötigten FacharbeiterInnen fehle. So schreiben Husmann/Neifer-Dichmann (vom Deutschen Arbeitgeberverband)[7]: „Die mit den jüngsten AZV angestrebte Umverteilung von Arbeit auf

5 Uwe Vorkötter (1982), Auswirkungen einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften, Frankfurt etc. (Lang), S. 142ff.

6 Nur in Frankreich wurde im Jahre 2000 von der damaligen Regierung eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit (auf 35 Stunden) per Gesetz vorgeschrieben. Dies wurde mit einer Erhöhung des Mindestlohns (SMIG) und einer Verringerung der Sozialabgaben für Bezieher niedriger Erwerbseinkommen verbunden, damit deren verfügbare Monatseinkommen sich nicht verringern. Außerdem wurden Unternehmen begünstigt, die die Wochenarbeitszeit rasch verkürzten. (Vgl. zu diesem (und anderen) Teilen der Arbeitsmarktpolitik in Frankreich Gustav Horn u.a., Frankreich: Ein Vorbild für Deutschland? Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn. IMK Report Nr. 31, September 2008, sowie zu den (deutlich positiven) Wirkungen Camille Logeay und Sven Schreiber, Testing the Effectiveness of the French Work-sharing Reform: A Forecasting Approach. „Applied Economics", Vol. 38 (2006), S. 2053-68.

7 J. Husmann/ E. Neifer-Dichmann, Arbeitszeitverkürzungen – Ein Beschäftigungspolitischer Fehlschlag, In: Peter Hampe, Zwischenbilanz der Arbeitszeitverkürzung. V. Hase & Koehler, 1993, S. 63.

mehr Köpfe funktioniert in der Realität nicht, weil die Arbeit nicht beliebig teilbar ist, sich der Mangel an qualifizierten ArbeitnehmerInnen weiter verschärft und dadurch auch die Beschäftigung anderer ArbeitnehmerInnengruppen verhindert wird, angebotene und nachgefragte Qualifikationen nicht übereinstimmen, so dass das ausgefallene Arbeitsvolumen der Beschäftigten nicht ohne weiteres durch Arbeitslose ersetzt werden kann."

Fehlende Grundlagen für eine Durchsetzung genereller Arbeitszeitverkürzung

Eine wichtige Grundlage dafür, dass generelle AZV durchgesetzt werden, ist die Bereitschaft von ArbeitnehmerInnenn und Gewerkschaften, sich in den Tarifverhandlungen für diese Maßnahme zu engagieren. Damit ist jedoch nicht zu rechnen, wenn die Monatseinkommen durch die AZV zurückgehen. Deshalb muss sich die Lohnentwicklung an den Produktivitätssteigerungen orientieren und die Stundenlöhne mit der Stundenproduktivität ansteigen. Dann können die ArbeitnehmerInnen im Durchschnitt trotz AZV ein unverändertes Monatseinkommen beziehen; sie verzichten zugunsten der bislang Arbeitslosen allerdings auf sonst mögliche Zuwächse.

An der Produktivität orientierte Lohnsteigerungen hat es – nach einem Zurückbleiben der Lohneinkommen in den 1980er Jahren in West-Deutschland – bei konjunkturell bedingten Abweichungen nach oben und nach unten in Deutschland von 1991 bis zum Jahre 2003 annähernd gegeben. In dieser Zeitspanne entwickelten sich dementsprechend auch die ArbeitnehmerInnenentgelte und die Unternehmer- und Vermögenseinkommen weitgehend parallel. Dies ändert sich schlagartig ab 2004. Seitdem haben sich diese beiden Größen drastisch auseinander entwickelt: Die ArbeitnehmerInnenentgelte stiegen nur noch um wenige Prozente, wohingegen die Unternehmer- und Vermögenseinkommen bis 2008 um ca. 40 Prozent hochschossen. Spiegelbildlich dazu ist die (Brutto)Lohnquote von 70,8 auf 65,2 zurückgegangen[8], die um den steigenden Anteil der ArbeitnehmerInnen bereinigte Lohnquote sogar von 67 auf 61 Prozent.[9] Preisbereinigt, also real, sind die ArbeitnehmerInnenentgelte sogar zurückgegangen, und zwar sowohl brutto als auch netto (d.h. nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben).[10]

Es ist den ArbeitnehmerInnenn also nicht mehr gelungen, eine mehr als geringfügige Beteiligung am Produktionsfortschritt durchzusetzen. Die Schwächung der ArbeitnehmerInnenseite ist wohl vor allem auf die verringerte Bindungskraft der Flächentarifverträge zurückzuführen (u.a. wegen der zunehmenden Tarifflucht der Arbeitgeber), auf die Zunahme von betrieblichen Öffnungsklauseln und auf die Maßnahmen der Agenda 2010, die die ArbeitnehmerInnen veranlassen, für den Erhalt der Arbeitsplätze in ihren Betrieben Konzessionen bei der Bezahlung zu machen.

Die direkte gesamtwirtschaftliche Folge dieser Lohnentwicklung ist die schwache Entwicklung der privaten Konsumausgaben: Während das nominale BIP in 2008 um 15,1 Prozent höher lag als 2003, stiegen die privaten Konsumausgaben nur um 9,3 Prozent. Sie stiegen dabei noch etwas schwächer als das verfügbare Einkommen aller privaten Haushalte (+9,8). Dies verwundert angesichts der strukturellen Verschiebungen innerhalb dieses Aggregats wenig: Die nominalen Nettolöhne und -gehälter stiegen nur um 9 Prozent, die monetären Sozialleistungen sanken sogar um 1 Prozent. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erhöhten sich dagegen um 23,8 Prozent. Dazu passt die Zunahme der Ersparnisse der privaten Haushalte um 22,1 Prozent.[11] Die

8 Jahresgutachten des Sachverständigenrats, 2008/9, S. 505 sowie Wirtschaft und Statistik, 1/2009, S.21. Für eine detailliertere Analyse siehe die Untersuchung von K. Brenke im DIW-Wochenbericht 33/2009, die auch die enttäuschende Netto- und Reallohnentwicklung darstellt und kommentiert.
9 K. Brenke, Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig. DIW-Wochenbericht 33/2009, S.558.
10 K. Brenke, aaO, S.552
11 Zahlen der VGR aus Wirtschaft und Statistik, 1/2009, S.23 und Statistisches Jahrbuch 2008.

zögerliche Konsumentwicklung dämpft auch die Investitionen in diesem Bereich. Das Ergebnis ist eine schwache Entwicklung der Binnennachfrage; diese kann weder in Deutschland noch in vergleichbaren Volkswirtschaften durch den positiven Einfluss der zurückbleibenden Löhne auf die Exporte ausgeglichen werden, wie empirische Studien zeigen. [12]

Trotz dieser Analysen hängen die meisten Nationalökonomen, – vor allem die in medienwirksamen Gremien wie dem Sachverständigenrat und den Wirtschaftsforschungsinstituten Tätigen – dem neoklassisch geprägten Glauben an, Lohnzurückhaltung führe zu mehr Beschäftigung. Dies gilt verständlicherweise auch für die meisten einzelwirtschaftlich denkenden Unternehmer. Darüber hinaus sind den ArbeitnehmerInnenn in den Betrieben und ihren Interessenvertretern meistens die eigenen Arbeitsplätze wichtiger als die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, also die Tatsache, dass die Lohnzurückhaltung, indem sie die verfügbaren Einkommen der ArbeitnehmerInnenhaushalte abbremst, die Konsumgüternachfrage langsamer steigen lässt als die Arbeitsproduktivität und damit in diesem größten Bereich der Wirtschaft (und indirekt auch in anderen Bereichen) Arbeitsplätze überflüssig werden lässt.

Solange die realen Stundenlöhne der ArbeitnehmerInnen wegen dieser Lohnzurückhaltung nicht ansteigen, kann nicht erwartet werden, dass die ArbeitnehmerInnen sich für eine Kampagne einer generellen Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit gewinnen lassen. Schon deshalb wäre es ein schlechter Rat, Gewerkschaften aufzufordern, hier eine neue Front zu eröffnen – sie sollten sich auf die Lohnentwicklung konzentrieren, die wieder an der mittelfristigen Produktionsentwicklung orientiert werden muss. Dies wird schwierig genug sein: Der Arbeitgeberpräsident Hundt spricht schon davon, eine Senkung der Tariflöhne sei „aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht" angemessen (Süddeutsche Zeitung vom 29.07.09). Er macht damit ungewollt deutlich, dass eine rein betriebswirtschaftliche Sicht eben nicht ausreicht, gesamtwirtschaftlich relevante Fragen sinnvoll zu behandeln.

Foto: Christian Kiel

Gegen die Möglichkeit, eine generelle AZV zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchzusetzen, spricht auch die Struktur der Arbeitslosigkeit: Ungefähr die Hälfte der Arbeitslosen hat keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Dies liegt daran, dass die Höhe der Arbeitslosenquoten sehr stark von der Qualifikation abhängig ist: Je höher diese, desto niedriger ist der Anteil der arbeitslosen Erwerbspersonen. So war im Jahre 2005[13] laut IAB-Kurzbericht Nr. 18/2008 die Arbeitslosenquote bei den Personen ohne beruflichen Abschluss mit 26,0 Prozent über 6-mal so hoch wie bei den HochschulabsolventInnen (dort nur 4,1 Prozent), und eine verbesserte Arbeitsmarktlage wäre für sie besonders dringlich. Gerade diese im Durchschnitt niedrig bezahlten, wenig qualifizierten Arbeitskräfte trifft jedoch eine Kürzung ihrer Monatseinkommen besonders hart, sodass sie

12 Für einen detaillierten Überblick über theoretische und empirische Analysen der Lohnzurückhaltung siehe J.Kromphardt/St.Schneider, „Wer hat von der zurückhaltenden Lohnentwicklung profitiert?". WSI Mitteilungen, 61. Jahrgang, Heft 8/2008, S.431-438. Dort wird nachgewiesen, dass in großen offenen Volkswirtschaften wie in Deutschland die Vorteile der Lohnzurückhaltung für die Exportindustrie ihre Nachteile für die Binnennachfrage nicht kompensieren können. Hingewiesen sei auch auf Thomas von der Vring, Bilanz der Lohnzurückhaltung 2000-2007 im volkswirtschaftlichen Kreislauf Deutschlands. WSI-Mitteilungen Nr. 6/2009, S. 319-323).

13 Nach 2005 können diese Quoten laut IAB-Auskunft nicht mehr berechnet werden.

sich in der jetzigen Situation stagnierender realer Stundenlöhne schwerlich für einen Kampf zwecks AZV gewinnen lassen werden. Auf der anderen Seite sind von den Hochqualifizierten nur (relativ) wenige von Arbeitslosigkeit bedroht, sodass sie sehr solidarisch sein müssen, um eine AZV zwecks Verringerung der Arbeitslosigkeit zu unterstützen.

Formen gezielter Arbeitszeitverkürzung

Der Verzicht auf eine generelle AZV bedeutet jedoch nicht, dass nicht versucht werden sollte, gezielt die Arbeitszeit dort zu verkürzen, wo eine Chance dazu besteht. Die eingangs genannten Regelungen von Kurzarbeit und Jahresarbeitszeitkonten sind gute Instrumente, wobei letztere, die den Ausgleich von Überstunden durch spätere Freizeit ermöglichen, noch ausbaufähig sind. Andere Wege könnten darüber hinaus begangen werden:

a) Angebot von mehr sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplätzen (also nicht Minijobs aller Art): Viele Erwerbstätige wären froh, wenn sie etwas weniger als die volle Wochenarbeitszeit arbeiten müssten, z.B. in Form einer Viertage-Woche. Durch geschickte rollierende Systeme ließe sich diese in vielen Fällen organisieren, ohne dass die Betriebslaufzeiten deswegen verringert werden müssten.

b) Kampagnen der qualifizierten Arbeitskräfte für die Einhaltung der tariflich vereinbarten Arbeitszeit. Viele insbesondere gut qualifizierte Angestellte arbeiten derzeit wesentlich länger, als es den Tarifverträgen entspricht, und sie werden häufig für ihre Überstunden nicht einmal bezahlt. Die Arbeitsmarktlage ist für solche ArbeitnehmerInnen nicht so schlecht, dass sie sich nicht stärker gegen diese Zumutungen ihrer Arbeitgeber zur Wehr setzen könnten. Wenn diese dann zusätzliche Personen einstellen, so hätte dies, selbst wenn keine Personen ihrer Qualifikation mehr arbeitsuchend auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind, den positiven Effekt, dass sich Arbeitskräfte, die sich jetzt auf einem Arbeitsplatz befinden, der Anforderungen unterhalb ihrer Qualifikation stellt, um die zusätzlichen Arbeitsplätze bewerben könnten. Dadurch würden weniger häufig Arbeitskräfte mittlerer Qualifikation von besser (eigentlich über-)qualifizierten Personen verdrängt, was dann auch diesen (mit höherer Arbeitslosenquote) zugute käme. Das Ausmaß solcher Verdrängung ist nicht gering. Weißhuhn/Große Rövekamp[14] zitieren eine Studie, wonach 2002 in Deutschland ungefähr jede/r zehnte ArbeitnehmerIn mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss und sogar ca. 15 Prozent der ArbeitnehmerInnen mittlerer Qualifikation (d.h. mit abgeschlossener Berufsausbildung, aber ohne akademischen Abschluss) nicht ausbildungsadäquat beschäftigt wurden.

c) Vereinbarung verringerter Wochenarbeitszeiten für ältere ArbeitnehmerInnen, allerdings deutlich geringer subventioniert als die jetzt auslaufende Regelung der Altersteilzeit. Solche Regelungen werden umso wichtiger, je mehr sich das abschlagsfreie Renteneintrittsalter dem Wert von 67 Jahren annähert.

d) (Vorübergehende) AZV in Betrieben, in denen die Produktion wegen mangelnder Nachfrage zurückgefahren werden muss, sodass – abgesehen von staatlich geförderter Kurzarbeit – nur die Alternative besteht, entweder die Arbeitszeit für einen Teil der Belegschaft auf Null zu setzen, d.h. sie zu entlassen, oder alle Betriebsangehörige kürzer arbeiten zu lassen (eine derartige Lösung wurde 1992-93 bei der Volkswagen-AG einvernehmlich vereinbart).

14 G. Weißhuhn/ J. Große Rövekamp, Bildung und Lebenslagen in Deutschland – Auswertung und Analysen für den zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Berlin 2004.

Foto: © Dennis Haucke

Ist Arbeitszeitverkürzung mittel- und langfristig nötig?

Die Förderung und Propagierung von AZV ist eine defensive Strategie, die davon ausgeht, dass es weiterhin schwierig bleiben wird, Investitionen in der Höhe zu generieren, die dem Volumen an Ersparnissen entspricht, das sich bei Vollbeschäftigung ergäbe (ganz abgesehen von der Belastung, die ein entsprechendes Produktions- und Konsumniveau für Umwelt und Ressourcen bedeutet). Diese Schwierigkeit wird umso größer, je weniger der private Konsum aufgrund der mit der zunehmend ungleichen Einkommensverteilung steigenden Sparquote mit der wachsenden Produktion Schritt halten kann.

Keynes hat diesen Aspekt für sehr dramatisch angesehen und daher schon im Jahre 1943 in einer kurzen, internen Notiz für die Nachkriegszeit nach Abschluss der Wiederaufbauphase die Gefahr eines dauerhaften Nachfragemangels vorhergesehen. Er meinte, danach werde es nicht mehr gelingen, ohne Rückgriff auf „verschwenderische und unnötige" Projekte Investitionen in Höhe der Ersparnisse bei Vollbeschäftigung zu erzielen. Dann werde es nötig sein „to encourage wise consumption and discourage saving, and to absorb some part of the unwanted surplus by increased leisure, more holidays (which are a wonderful good way of getting rid of money) and shorter hours".[15]

15 John Maynard Keynes (1943), "The Long-term Problem of Full Employment". The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. 27. London&Basingstoke (Macmillan) 1980, S.323-325.

Ausblick

Die Sorge, es werde immer schwieriger, zu einem hohen Beschäftigungsgrad oder gar zu Vollbeschäftigung (wie sie in West-Deutschland 1970-1972 bestanden hatte) zurückzukehren, wird weithin geteilt. Die zeigt u.a. die kritische Reaktion auf das von Frank Steinmeier für die Bundestagswahl am 27. September 2009 Anfang August formulierte Ziel, durch verschiedene Maßnahmen (zur Hälfte durch ökologischen Umbau der Industrie) bis 2020 vier Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen und dadurch trotz Arbeitsplatzverlusten an anderen Stellen in die Nähe der Vollbeschäftigung zu gelangen. Dennoch sperren sich in den Tarifverhandlungen die Arbeitgeber aus einzelwirtschaftlichem Eigeninteresse zumeist nicht nur gegen generelle, sondern auch gegen gezielte AZV, sofern sie auf Dauer angelegt ist. Trotz aller empirischen Studien und trotz der hier dargelegten theoretischen Überlegungen werden sie darin in der politischen und wirtschaftspolitischen Diskussion überwiegend unterstützt. Nicht wenige TeilnehmerInnen an der Debatte fordern stattdessen Steuersenkungen, obwohl diese die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen noch weiter verstärken und damit die Beschäftigungsprobleme verschärfen. ■

Dr. Jürgen Kromphardt ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftstheorie an der TU Berlin. Von 1999-2004 war er Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Seit 2004 ist er Vorsitzender und Gründungsmitglied der Keynes Gesellschaft e.V.

Beschäftigungsaufbau durch soziale Dienstleistungen

von Martin Beckmann

Einleitung

In modernen Volkswirtschaften hat sich in den letzten Jahrzehnten ein wirtschaftlicher Strukturwandel vollzogen. Während noch in den 50er und 60er Jahren in Deutschland eine Mehrheit in der Industrie erwerbstätig war, arbeiten seit Mitte der 1970er Jahre mehr als 50 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Mittlerweile liegt der Beschäftigtenanteil in ihm bei über 70 Prozent und auch sein Beitrag zur Wertschöpfung befindet sich auf einem vergleichbaren Niveau.

Beim Dienstleistungssektor handelt es sich um einen sehr heterogenen Sektor, der so unterschiedliche Bereiche wie u.a. Finanzdienstleistungen, Gesundheitswesen, Logistik oder Einzelhandel umfasst. Nach ihrer gesellschaftlichen Funktion können distributive (z.B. Handel), konsumorientierte (z.B. Tourismus), soziale (z.B. Gesundheitswesen) und unternehmensnahe Dienstleistungen (z.B. IKT-Dienste) voneinander unterschieden werden (Bosch/Wagner 2002: 54).

So unterschiedlich wie die Bereiche, so unterschiedlich sind auch die Qualifikationsprofile der Beschäftigten sowie ihre Arbeits- und Entlohnungsbedingungen: Viele gut verdienende Angestellte etwa in der Finanzwirtschaft oder bei Beratungsgesellschaften stehen einem ausgedehnten Niedriglohnsektor und atypischen Beschäftigungsverhältnissen etwa in Handel, Call-Centern oder Wachgewerbe gegenüber. In Deutschland wurde in den letzten Jahren häufig der Ausbau von Dienstleistungsbeschäftigung mit der angeblichen Notwendigkeit von Niedriglohnbeschäftigung und flexibilisierten Arbeitsverhältnissen gleichgesetzt. Der Erfolg dieser Politik ist unübersehbar: In Deutschland lag der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten 2007 bei 21,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten (Kalina/Weinkopf 2009: 1). Damit verfügt Deutschland über einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa.

Der Prekarisierung von Dienstleistungsbeschäftigung muss gewerkschaftliche Dienstleistungspolitik entgegentreten und Wege aufzeigen, wie gute Arbeit und gute Leistungsqualität miteinander zu kombinieren sind. Kern gewerkschaftlicher Dienstleistungspolitik ist es, den Dienstleistungssektor qualitativ weiterzuentwickeln, um damit die Grundlage für gute Arbeit zu schaffen. Der Beitrag gibt folglich zunächst einen Überblick über quantitative Entwicklungspotenziale und beschreibt anschließend die qualitativen Aspekte der Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Ausgehend von einer kurzen Analyse der derzeitigen Arbeitsbedingungen im Dienstleistungssektor werden anschließend notwendige staatliche Interventionen beschrieben, um Quantität und Qualität gleichermaßen zu steigern.

Entwicklungspotenziale bei sozialen Dienstleistungen

Besonderes Augenmerk sollte dabei auf den Ausbau sozialer Dienst-leistungen in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege gelegt werden. Wenn in Deutschland im europäischen Vergleich von einer Dienstleistungslücke gesprochen werden kann, dann zeigt sie sich insbesondere dort, wie am Dienstleistungsarbeitsvolumen pro Kopf der Erwerbsbevölkerung verdeutlicht werden kann. Vom Gesamtvolumen der geleisteten Dienstleistungsarbeit befindet sich Deutschland im europäischen Mittelfeld, während zu den Spitzenreitern die skandinavischen Länder Dänemark und Schweden sowie Großbritannien zählen. Während bei Großbritannien die große Bedeutung der Finanzdienstleistungen zu dieser Position beiträgt, sind es bei den skandinavischen Ländern die sozialen Dienstleistungen.

In Deutschland werden bei sozialen Dienstleistungen pro Kopf der Erwerbsbevölkerung ca. 30 Prozent weniger Arbeitsstunden geleistet als in Dänemark oder Schweden (Lehndorff 2008: 6).

Der Ausbau von Beschäftigung in pädagogischen, Gesundheits- und Pflegeberufen geschieht in den nordischen Ländern vornehmlich über eine Expansion des öffentlichen Dienstes. Pro 1000 Einwohner arbeiten in Skandinavien 2-3mal so viele Menschen im öffentlichen Sektor wie in der Bundesrepublik (Heintze 2009: 271f).

Innerhalb der Dienstleistungsbranche sind die sozialen Dienstleistungen der Bereich mit dem höchsten Potenzial für Beschäftigungswachstum. Die Entwicklung von Beschäftigung bei sozialen Dienstleistungen unterliegt in Deutschland aber verschiedenen Hemmnissen.

Hier ist **erstens** die Struktur des deutschen Wohlfahrtsstaats zu nennen, der kaum in soziale Infrastruktur investiert. Stattdessen haben gemeinhin an Erwerbstätigkeit geknüpfte Transferzahlungen Vorrang oder es werden gar gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sozialstaatliche Leistungen gegenüber familiären Hilfeleistungen als nachgeordnet behandelt.

Mit diesem auf das Modell eines männlichen Ernährers ausgerichteten Wohlfahrtsstaats und ergänzt durch steuerliche Regelungen wurde **zweitens** die Frauenerwerbstätigkeit beschränkt. Die Ausdehnung der Frauenerwerbstätigkeit aber ist in doppelter Hinsicht ein Schlüssel zum Ausbau sozialer Dienstleistungen. Durch (Voll-)Erwerbstätigkeit von Frauen wächst die Nachfrage nach professioneller Kinderbetreuung oder Altenpflege sowohl wegen der fehlenden zeitlichen Ressourcen als auch aufgrund höherer Haushaltseinkommen.

Drittens hat der Rückzug des Staates im Zeichen von Privatisierungs- und Haushaltskonsolidierungspolitik den Aufbau von Beschäftigung gehemmt. So ist etwa der Bildungssektor in Deutschland seit Jahren chronisch

www.marxistische-blaetter.de

Einzelheft:
112 Seiten, 8,50 €
Jahresabo: 45,00 €
Ermäßigt: 30,00 €

Ältere Hefte schicken wir gerne auch kostenlos zu

DER BESTE DEUTSCHE STAAT?

Berliner Jubelgesänge! **Robert Steigerwald** | Unser Beitrag in der „Erinnerungsschlacht" um die DDR **Ekkehard Lieberam und Roland Wötzel** Zum Streit um die DDR **Erich Hahn** | Der Umgang mit dem antifaschistischen Widerstand **Ulrich Schneider** | Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft" – vom Mythos zur Krise **Helmut Hammerbauer** | Wie die G-20 den Kapitalismus reformierten **Lucas Zeise** Imperialismus und Klima-Politik – Zwischen Klima-Kriegen und „Green New Deal" **Hans-Peter Brenner** | Der Rassenkampf ums Abendland geht in eine neue Runde – Islamkritik, Judenkritik und die Überlegenheit der christlichen Zivilisation **Holger Wendt**

Bestellung bei Neue Impulse Versand
Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen
Tel.: 0201–24 86 48 2 | Fax: 0201–24 86 48 4
E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

NEUE IMPULSE VERLAG

unterfinanziert. Nach OECD-Angaben hat die Bundesrepublik 2005 5,1 Prozent ihres BIP für Bildungsausgaben verwandt und lag damit um 1 Prozent unterhalb des OECD-Durchschnitts (OECD 2008). Auch im EU-Vergleich wird das Zurückbleiben Deutschlands deutlich: Bei den öffentlichen Bildungsausgaben lag Deutschland 2004 auf dem viertletzten Platz unter den EU-27-Ländern (Bofinger 2008: 353).

Diese Hemmnisse verhindern den schnelleren Ausbau sozialer Dienstleistungen. Doch trotz der im Vergleich zu Skandinavien ungünstigen Bedingungen ist in den letzten Jahren auch in Deutschland die Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen gewachsen. Dies liegt **erstens** an einer auch in Deutschland steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Zweitens vollziehen sich innerhalb des deutschen Wohlfahrtsstaats Verschiebungen. Die Bedeutung des Ausbaus einer professionellen Kinderbetreuung wird prinzipiell parteiübergreifend anerkannt. Mit dem Kinderförderungsgesetz besteht ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Der dafür notwendige massive Ausbau des Betreuungsangebots schafft Bedarf für 70.000 zusätzliche Erzieher und Erzieherinnen.

Drittens entsteht mit dem demografischen Wandel eine wachsende Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegediensten. Die Gesundheitswirtschaft, zu der neben Arztpraxen, Krankenhäuser und Altenheimen auch zuliefernde Branchen wie Medizintechnik oder Pharmaindustrie, sowie benachbarte Wirtschaftsbereiche (Ernährungs- und Fitness/Wellnesswirtschaft) gehören, ist in den letzten Jahren expandiert. Allein in den letzten zwei Jahrzehnten sind hier ca. 1 Million neue Arbeitsplätze entstanden.

Mittlerweile arbeiten 4,5 Millionen Menschen in ihr. Eine weiter wachsende Nachfrage nach Gesunderhaltung, Heilung und Pflege kann in den nächsten 15-20 Jahren zur Entstehung von bis zu 1 Million weiteren Arbeitsplätzen führen (Friedrich-Ebert-Stiftung/ver.di 2009: 5). Unter den Bedingungen der in der Krise einbrechenden Beschäftigtenzahlen in der Exportindustrie bietet Beschäftigung im Dienstleistungssektor eine wichtige Alternative. Mit ca. 100.000 zu besetzenden Stellen waren nach Erhebung des IAB im vierten Quartal 2008 in sozialen Berufen 37 Prozent mehr Stellen zu besetzen als im Vorjahreszeitraum (IAB 2009: 3).

Arbeitsbedingungen in den sozialen Diensten

Die Beschäftigungspotenziale sozialer Dienstleistungen sind enorm. Allerdings besteht neben den Hemmnissen bei ihrem Ausbau das Problem, dass die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in ihnen häufig prekär sind. Personenbezogene soziale Dienstleistungen sind sehr arbeitsintensiv und nur begrenzt rationalisierbar. Damit bleiben diese Dienstleistungen relativ teuer. Unter den Bedingungen marktorientierter Steuerung erfolgt der Wettbewerb zwischen den Anbietern auf dem Rücken der Beschäftigten. Möglichst geringe Arbeitskosten machen die Inanspruchnahme der Dienstleistungen bezahlbar. Deshalb sind insbesondere bei dieser Form der Dienstleistungsbeschäftigung Niedriglohnbeschäftigung und prekäre Arbeitsverhältnisse weit verbreitet.

Eine Gewerkschaftspolitik, die auf den Ausbau sozialer Dienstleistungen setzt, die von guter Arbeit geprägt sind, muss sich für tarifliche und gesetzliche Regelungen einsetzen, die für eine Entprekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen in sozialen Dienstleistungsberufen sorgen. Von der Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 Euro pro Stunde, der schnell auf 9 Euro ansteigen müsste, würden gerade Beschäftigte sozialer Berufe profitieren. Mit dem für die Sozial- und Erziehungsdienste in einer intensiv geführten Tarifrunde erreichten Ergebnis ist ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zu einer besseren gesellschaftlichen Anerkennung sozialer Berufe

Foto: www.photocase.de, © El_Greco

erreicht worden. Neben der tarifvertraglichen Absicherung des Gesundheitsschutzes konnte auch die Einkommenssituation der Beschäftigten verbessert werden. Eine neueingestellte Erzieherin erhielt bislang 2.130 Euro brutto, jetzt bekommt sie 2.240 Euro, das heißt 110 Euro mehr. Eine Erzieherin mit 18 Jahren Berufserfahrung erhält nun 2.864 Euro, dies sind 390 Euro mehr, als sie früher nach 20 Jahren erhielt. Ein Sozialarbeiter im Allgemeinen Sozialen Dienst verdiente bisher als Berufsanfänger 2.237 Euro, künftig sind es 2.500 Euro (ver.di 2009a).

Für den Bereich der Altenpflege soll die im April 2009 beschlossene Aufnahme der Branche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz die Grundlage für eine höhere Entlohnung bilden, indem ein Branchenmindestlohn festgelegt wird. Über die Höhe des Mindestlohns verhandeln in der Kommission zur Erarbeitung von Arbeitsbedingungen Gewerkschaften und Arbeitgebervertreter. Eine Einigung steht bisher aus, da insbesondere der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) und der aus ihm heraus gegründete Arbeitgeberverband Pflege versuchen, die Mindestlohnhöhe mit Verweis auf angebliche Arbeitsplatzverluste zu drücken.

Zukunftsinvestitionsprogramm für den Ausbau sozialer Dienstleistungen nutzen

Tarifliche Regelungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in sozialen Dienstleistungen sind zwar wichtig, aber nicht ausreichend. Darüberhinaus ist der Staat als Regulationsinstanz gefragt. Dies betrifft nicht nur die Frage nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Er muss auch die Rahmenbedingungen für verbesserte Aus- und Weiterbildungsbedingungen herstellen. Im Bereich der Ausbildung von Altenpflegekräften etwa muss die Landesfinanzierung der Altenpflegeschulen ausgebaut werden, um vom anachronistischen Prinzip der Zahlung von Schulgeld durch die Auszubildenden wegzukommen.

Der Staat ist zur Förderung sozialer Dienstleistungen aber nicht nur als Regulationsinstanz auf dem Arbeitsmarkt gefragt. Er muss im Sinne eines aktiven Sozialstaats, der neben den sozialen Sicherungssystemen auch öffentliche Dienstleistungen anbietet, vermehrt investieren und Beschäftigung im öffentlichen Dienst in Bereichen wie Bildung, Kinderbetreuung und dem Gesundheitswesen ausbauen. Die Gewerkschaft ver.di fordert im Rahmen eines Konjunkturpakets III ein Zukunftsinvestitionsprogramm, das jährlich zunächst bis 2011 75 Mrd. Euro für öffentliche Investitionen in Sachausgaben und Personal zur Verfügung stellt. Danach sollen jährlich 50 Milliarden Euro dauerhaft für Arbeit, Bildung und Umwelt investiert werden. Damit können 2 Millionen tariflich geschützte Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden (ver.di 2009b).

Ein wesentlicher Baustein des Zukunftsinvestitionsprogramms sind Investitionen in Bildung, von der Kinderbetreuung über Schulen bis zu den Hochschulen und Universitäten. Vermehrte private und öffentliche Investitionen in Aus- und Weiterbildung bilden neben erhöhten Ausgaben für Forschung und Entwicklung die Grundlage für einen volkswirtschaftlichen Entwicklungspfad, der von wissensintensiver Produktion von Gütern und der Bereitstellung hochwertiger Dienstleistungen geprägt ist. Grundlage eines solchen Pfades und wesentliche Träger von Innovationen sind gut qualifizierte und entlohnte Beschäftigte. Von staatlicher Seite müssen daher die im EU- und

PapyRossa Verlag

Wolfgang Gehrcke u.a.: Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt - 270 S.; EUR 16,90

Eine überfällige Debatte über Antizionismus, Antisemitismus und Imperialismus, über linke Kritik an israelischer Politik, Existenzrecht für Israel wie Palästina und friedliche Perspektiven für den ganzen Nahen Osten.

Richard Gebhardt / Dominik Clemens: Volksgemeinschaft statt Kapitalismus?
Die soziale Demagogie der Neonazis - 187 S.; EUR 12,90

Gegen Agenda 2010 und neoliberale Globalisierung kopieren Neonazis zunehmend linke Slogans. Das Buch beleuchtet den völkischen Pseudo-Antikapitalismus mit seiner sozialen Demagogie und diskutiert Gegenstrategien.

T.: (02 21) 44 85 45; mail@papyrossa.de;
www.papyrossa.de

OECD-Durchschnitt weit unterdurchschnittlichen deutschen Bildungsausgaben angehoben werden.

Im Konjunkturpaket II wurden von Seiten des Bundes rund 6,5 Mrd. Euro für Investitionen in Kindergärten, Schulinfrastruktur, Hochschulen und Forschung bereit gestellt. Diese Mittel werden durch Mittel der Länder aufgestockt. ver.di fordert über diese Investitionsmittel hinaus zusätzliche Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen. Diese sollen insgesamt rund 30 Mrd. Euro in diesem Jahr erreichen und in dieser Höhe dauerhaft zur Verfügung stehen. Unser Ziel ist es, für alle Kinder bis zum Schulbeginn einen Rechtsanspruch auf einen kostenlosen Platz in der Kinderbetreuung zu sichern und dafür das notwendige Personal einzustellen und seiner Qualifikation gemäß zu bezahlen. Außerdem sind alle Schulen zu Ganztagsschulen auszubauen und dafür ausreichend Personal und Sachmittel bereit zu stellen. Angesichts des schnellen Anstiegs der Studentenzahlen sind die Hochschulen chronisch unterfinanziert. Die Zahl der Studienplätze muss verdoppelt werden. Neben Investitionen in Gebäude und der Bereitstellung von Sachkosten muss insbesondere Lehrpersonal eingestellt werden. Die vor allem mit der Lehre betrauten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des sogenannten Mittelbaus brauchen sichere Beschäftigungsverhältnisse.

Neben Investitionen ins Bildungswesen sind auch Investitionen im Gesundheitswesen, insbesondere in Krankenhäuser und die Altenpflege zu stärken. Angesichts der Deckelung der Ausgaben schieben die Krankenhäuser einen massiven Investitionsstau vor sich her. Ver.di fordert für die Krankenhäuser ein weiteres Konjunkturprogramm zum wirksamen Abbau dieses Investitionsstaus. Die Mittel dafür sind von Bund und Ländern gemeinsam aufzubringen. Noch 2009 könnten die Krankenhäuser 8 Mrd. Euro sinnvoll investieren. Die Mittel sind auf der Ebene der Länder bereitzustellen, die bereits jetzt im Rahmen der Krankenhaus-

planung die Häuser mit ausreichenden Investitionsmitteln auszustatten haben. Die von Bund und Ländern bereit gestellten Mittel dienen der kurzfristigen Milderung des Investitionsstaus. Sie sind kein Ersatz für die dauerhafte Verbesserung der Krankenhausinvestitionen in den Ländern.

Das Konjunkturprogramm darf kein Strohfeuer bleiben. Der unterschiedliche Nachholbedarf in den Bundesländern bei der Bereitstellung der Fördermittel für Krankenhäuser muss behoben werden. Der von Experten bezifferte Bedarf an Investitionen von derzeit 5 Mrd. Euro jährlich (entspricht einer Investitionsquote von 8,6 Prozent des Umsatzes der Krankenhäuser) muss - unabhängig vom Konjunkturprogramm - in den nächsten Jahren kontinuierlich zur Verfügung gestellt werden. Dadurch werden die Mittel der Krankenhausfinanzierung in Höhe von 1 Mrd. Euro, die bisher für Investitionen abgezweigt wurden, wieder ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt werden. Dann steht wieder mehr Geld für Personal zur Verfügung.

Zusätzlich müssen dauerhafte Investitionen in den Bereich der Altenpflege erfolgen. Die Modernisierung der Einrichtungen und mehr Personal sind angesichts des demografischen Wandels unumgänglich. Allein über die systematische Professionalisierung der Pflege könnten 3 Millionen Arbeitsplätze entstehen (Friedrich-Ebert-Stiftung 2009: 33).

Ausblick

Auch in Deutschland mit seiner weiterhin vergleichsweise starken Industrie hat sich die Wirtschaftstruktur zu Gunsten des Dienstleistungssektors verschoben. Trotzdem besteht doch eine große Dienstleistungslücke, die vornehmlich auf fehlender Beschäftigung in den sozialen Dienstleistungen zurückzuführen ist.

Ob Deutschland sich ein Beispiel an Ländern wie Schweden oder Dänemark nimmt und die bestehende Lücke im Bereich der sozialen Dienstleistungen schließt, ist abhängig von politischen Entscheidungen. Erforderlich ist dafür eine Abkehr von der Politik der Entstaatlichung, die von Liberalisierung und Privatisierung geprägt ist und dem Staat über Steuerreformen zugunsten von Unternehmen und den Beziehern hoher Einkommen und Vermögen systematisch Ressourcen entzogen hat. Ein Anstieg der Beschäftigung im Bildungs- und Gesundheitswesen in Deutschland erfordert einen Ausbau des Staatssektors und eine Steigerung der öffentlichen Beschäftigung. Voraussetzung dafür wäre wiederum eine sozial ausgewogene Steuerpolitik, die große Unternehmen, Vermögende und Bezieher hoher Einkommen endlich wieder in angemessener Höhe besteuert. Schließlich müssen Lohnsteigerungen, die den verteilungspolitisch neutralen Spielraum aus Inflations- und Produktivitätsentwicklung ausschöpfen, erzielt und eine gerechtere Einkommensverteilung erreicht werden. Die auf dieser Basis zunehmende Massenkaufkraft bildet die Grundlage für eine erhöhte Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen. ■

Dr. Martin Beckmann ist Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin.

Literatur

- Bofinger, Peter (2008): Das Jahrzehnt der Entstaatlichung. In: WSI-Mitteilungen, H. 7, S. 351-357
- Bosch, Gerhard/Wagner, Alexandra (2002): Dienstleistungsbeschäftigung in Europa Ein Ländervergleich. In: Bosch, Gerhard u.a. (Hrsg.), Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkungen auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität, Frankfurt/New York, S. 41-62
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2009): Deutschland 2020. Aus der Krise in eine soziale Zukunft, Bonn
- Friedrich -Ebert-Stiftung/ver.di (2009): Mehr Gesundheit wagen! Gesundheits- und Pflegedienste innovativ gestalten, Bonn.
- Heintze, Cornelia (2009): Der öffentliche Sektor im skandinavischen Modell; in: WSI-Mitteilungen, H. 5, 268-274
- IAB (2009): Einbruch in der Industrie soziale Berufe legen zu. In: IAB-Kurzbericht, 11/2009.
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2009): Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen - zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen, IAQ-Report, Nr. 5
- Lehndorff, Steffen (2008): Motor der Entwicklung oder fünftes Rad am Wagen? Soziale Dienstleistungen als gesellschaftliche Investitionen, www. memo.uni-bremen.de/docs/m3308.pdf.
- OECD (2008): Deutschland verliert bei der Ausbildung von Hochqualifizierten international weiter an Boden, Pressemitteilung vom 9.September.
- ver.di (2009a): Sozial- und Erziehungsdienst-Tarifeinigung, Pressemitteilung vom 27. Juli.
- ver.di (2009b): Sozialökologisch umsteuern - solidarisch finanzieren. Vorschläge der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für ein drittes Konjunkturpaket, Berlin.

„Bringing (Anti-)Capitalism back in!" Neue Landnahme und ökosozialer New Deal

von Klaus Dörre

„Bringing Capitalism back in", überschreibt der Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck (2009) das Schlusskapitel seines neuen Buchs. Das ist schon deshalb interessant, weil die Zeile vom einstigen Vordenker einer Politik stammt, die die Herausforderungen wirtschaftlicher Internationalisierung im Rahmen einer angebotskorporatistischen Strategie („Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit") zu meistern gedachte. Für Streeck sind es denn auch politische Blockierungen einer moderaten, korporativ gesteuerten Modernisierung, die schließlich eine ungleich härtere, finanzmarktgetriebene Anpassung des koordinierten Kapitalismus an die neue weltwirtschaftliche Konstellation erzwungen haben. Aber war es wirklich der „sozialstaatliche Konservatismus" maßgeblicher Akteure, der die deutsche Variante eines „dritten Weges" (Giddens 1998) jenseits von Neoliberalismus und wohlfahrtsstaatlichem Etatismus scheitern ließ? Zweifel sind angebracht. „Bringing Capitalism back in!" heißt auch, die Grenzen des Wettbewerbskorporatismus analytisch klar zu benennen. Ein neues Reformprojekt lässt sich in der finanzkapitalistischen Ära nicht auf Sozialpartnerschaftsvorstellungen gründen, die der Zeit des „sozialbürokratischen Kapitalismus" entstammen. Ein ökosozialer New Deal, wie er nun als Ausweg aus der Krise diskutiert wird, hat zumindest als emanzipatorisches Projekt nur eine Chance, wenn er Unterstützung durch eine breit angelegte, partizipatorische und vor allem antikapitalistische Politik erhält.

„Bringing Capitalism back in" bedeutet zunächst, genauer zu klären, was unter Kapitalismus heute zu verstehen ist. Laut zeitgenössischer Marktorthodoxie ist Kapitalismus weitgehend mit Marktwirtschaft und Konkurrenz identisch. Der entfaltete Wettbewerbskapitalismus gilt als Voraussetzung für individuelle und politische Freiheit. In diesem idealen Kapitalismus ist das Gewinnstreben zentrales Motiv des Wirtschaftshandelns. Alles, was dieses Motiv schwächt, muss folgerichtig zu Verzerrungen des Wettbewerbs und damit zu gesellschaftlichen Deformationen führen. Das Ideal eines Unternehmers mit sozialer Verantwortung stellt eine besonders problematische Verzerrung dar: „Es gibt wenig Entwicklungstendenzen, die so gründlich das Fundament unserer freien Gesellschaft untergraben können, wie die Annahme einer anderen sozialen Verantwortung durch Unternehmer, als die, für die Aktionäre ihrer Gesellschaften so viel Gewinn wie möglich zu erwirtschaften", heißt es z. B. bei Milton Friedman (1982: 165), einem Vordenker des ökonomischen Marktfundamentalismus.

Kapitalismus benötigt Konkurrenz – zugleich Planungssicherheit und Kooperation

Diese Konstruktion eines frei am Markt agierenden Unternehmers, der, indem er den Eigennutz maximiert, zugleich den Wohlstand aller Gesellschaftsmitglieder befördert, ist nach wie vor das Kernstück neoliberaler Doktrin. Zwar beanspruchen die diversen neo- und ordoliberalen Schulen für sich, aus dem Scheitern des Laissez-faire gelernt zu haben, weshalb sie gleichsam als „Sorge um den Markt" begrenzte Staatseingriffe akzeptieren. Doch die „große Leistung des Marktes" besteht nach ihrer Auffassung vor allem darin, die Anzahl der Probleme zu reduzieren, die „mithilfe politischer Maßnahmen entschieden werden müssen" (Ebd.: 38). Wohl wird dem Staat eine Wächterrolle über die Spielregeln des Marktes zugesprochen, letztlich ist es aber doch wieder die Ökonomie, die über die Effizienz und

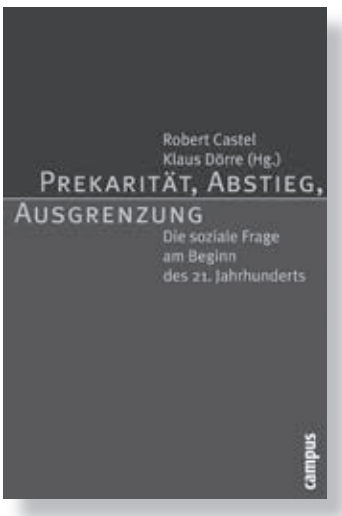
Marktkompatibilität der Politik entscheidet. Ein Grundproblem manch linker Kritiken am „Turbokapitalismus“ mit seinen „entfesselten Märkten“ ist indessen, dass sie die Kompatibilität des Marktfundamentalismus mit einem durchaus autoritären Staatsverständnis ausblenden. Der Kapitalismus, auch der aktuelle, ist keine reine Marktgesellschaft, kein reiner Wettbewerbskapitalismus und er kann es auch niemals werden. Die Dynamik und Überlebensfähigkeit des Kapitalismus wurzelt gerade darin, dass er in krisenhaften, teilweise katastrophischen Prozessen bislang immer wieder in der Lage war, Selbststabilisatoren jenseits von Markt und Konkurrenz hervorzubringen, die sein Überleben sicherstellen. Schon deshalb lässt sich Kapitalismus nicht auf Märkte und Wettbewerb reduzieren. Ohne marktvermittelte Konkurrenz kann Kapitalismus nicht funktionieren. Um sich im Wettbewerb betätigen zu können, sind bei individuellen wie kollektiven Akteuren jedoch Verhaltensweisen vonnöten, die auf Kooperation, mitunter gar auf Solidarität beruhen und damit in gewisser Weise das Gegenteil marktvermittelter Konkurrenz voraussetzen.

Diese Aussage gilt, wie Pierre Bourdieu (2000) gezeigt hat, selbst für das unternehmerische Denken und Handeln. Was der Marktfundamentalismus gleichsam als überhistorische, naturwüchsig gegebene Eigenschaften des homo oeconomicus betrachtet – die Ausbildung einer von bloßen Bedarfen abgelösten rational-kalkulierenden Denkweise – kann überhaupt erst aufgrund spezifischer historischer Gegebenheiten entstehen. Nur auf der Basis wenigstens eines Minimums an Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit ist die Entwicklung eines in die Zukunft gerichteten Bewusstseins möglich. Und erst dieses Zukunftsbewusstsein, das individuelle Planungsfähigkeit voraussetzt, lässt rational-kalkulierendes Verhalten real werden. Selbst der Friedmannsche Unternehmer, der strukturell mit Unsicherheiten konfrontiert wird, benötigt daher ein Minimum an Planungssicherheit. In seinem ureigensten

Robert Castel (Hg.), Klaus Dörre (Hg.)

Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung

Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts



Die soziale Frage ist in die politische Öffentlichkeit zurückgekehrt. Begriffe wie Prekarität, Ausgrenzung und Exklusion sind in aller Munde. Was aber wird genau mit diesen Begriffen bezeichnet? Lassen sich die sozialen Spaltungen, die meist von der Arbeitswelt ausgehen, damit angemessen analysieren? International bekannte Autoren wie unter anderen Robert Castel, Serge Paugam und Loïc Wacquant betrachten mit den »Aussteigern«, »Prekariern« und »Ausgegrenzten« unterschiedliche Gruppen und deren soziale Lage. Der Band stellt Anschlüsse an die internationale Debatte um die neue soziale Frage her und verdeutlicht, dass Prekarisierung in den einzelnen europäischen Ländern höchst Unterschiedliches bedeuten kann.

424 Seiten
ISBN 978-3-59338732-1
€ 29,90
erschienen im April 2009 / Campus Verlag, Frankf. Main
www.campus.de

(Gewinn-)Interesse muss er danach streben, die Willkür der Marktkonkurrenz wenigstens zeitweilig zu begrenzen.

Just an dieser Zwangsläufigkeit setzen institutionalistische und – etwas modifiziert – auch regulationstheoretische Kapitalismustheorien an. Ihr zentrales Argument lautet, dass Marktvergesellschaftung nur dann funktioniert, wenn eine stabile Institutionenordnung dafür sorgt, dass die Handlungsstrategien maßgeblicher Akteure auf die Erfordernisse der Kapitalakkumulation abgestimmt werden (z. B. Aglietta 2000, Hall/Soskice 2001). Ein Grundproblem dieser Ansätze besteht allerdings darin, dass sie trotz aller Divergenzen dazu tendieren, die systemische Rationalität des Kapitalismus und die Handlungsrationalität seiner wichtigsten Akteure und damit auch die Möglichkeit korporativer „Elitendeals" zu überschätzen. Eben dieses Problem reflektieren Theorien, die kapitalistische Entwicklung als Landnahmen begreifen. An dieser Stelle ist es nicht möglich, die unterschiedlichen Varianten des Landnahme-Konzepts auch nur skizzenhaft zu erläutern und sie in ihren politischen Implikationen zu diskutieren (vgl. dazu Dörre 2009 a, b). Daher seien an dieser Stelle lediglich vier wichtige Basisannahmen des Konzepts benannt.

Innen-Außen-Dialektik: Okkupation nichtkapitalistischer Produktionsweisen

Zunächst wird davon ausgegangen, dass sich der Kapitalismus letztendlich nicht aus sich selbst heraus reproduzieren kann, weshalb er sich (1) im Rahmen einer komplexen *Innen-Außen-Dialektik* entwickelt. Demnach besitzt die kapitalistische Entwicklung stets ein Doppelgesicht. Eine an Effizienz- und Profitmotiven orientierte Rationalität setzt sich in den Produktionsstätten des Mehrwerts, in den Fabriken, der durchkapitalisierten Landwirtschaft und auf den Warenmärkten durch. Hier reproduziert sich der Kapitalismus weitgehend auf seinen eigenen Grundlagen. Die andere Entwicklung bricht sich in Austauschbeziehungen zwischen der Kapitalakkumulation einerseits sowie nichtkapitalistischen Produktionsweisen und Territorien anderseits Bahn. Die kapitalistische Ökonomie bleibt strukturell auf die Okkupation dieses Außen angewiesen, da im „inneren Verkehr" (Luxemburg 1975: 325) nur begrenzte Wertteile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts realisiert werden können. Dieses Problem gewinnt, so jedenfalls Rosa Luxemburg, mit der absoluten und, im Verhältnis zum erzeugten Mehrwert, relativen Steigerung der Wertmasse an Schärfe. Die daraus erwachsenden Spannungen erklären für Luxemburg die widerspruchsvolle Erscheinung, dass „die alten kapitalistischen Länder füreinander immer größeren Absatzmarkt darstellen, füreinander immer unentbehrlicher werden und zugleich einander immer eifersüchtiger als Konkurrenten in Beziehungen mit nichtkapitalistischen Ländern bekämpfen" (ebd.: 316). Für Hannah Arendt, ergibt sich daraus, dass „‚die kapitalistische Produktion' von Anbeginn in ihren Bewegungsformen und -gesetzen auf die gesamte Erde als Schatzkammer der Produktionskräfte berechnet gewesen war und dass die Bewegung der Akkumulation, mit deren Stillstand das ganze System unweigerlich zusammenbrechen musste, dauernd neuer Territorien bedurfte, die noch nicht kapitalistisch erschlossen waren und daher den Kapitalisierungsprozess mit Rohstoffen, Waren- und Arbeitsmärkten versorgen konnten" (Arendt 2006: 333).

Herstellung eines Außen: Die unendliche Landnahme des Kapitalismus

Der Geograph David Harvey hat diesen Gedanken einer Innen-Außen-Dialektik (2) zu einer Theorie kapitalistischer Entwicklung erweitert. Nach Harvey kann der Kapitalismus „entweder ein bereits bestehendes ‚Außen' nutzen (nichtkapitalistische Gesellschaften oder ein bestimmtes Gebiet innerhalb des Kapitalismus [...], das noch nicht proletarisiert worden ist, KD) oder ein solches aktiv herstellen" (Harvey 2005: 140). *Aktive Herstellung eines „Außen"*

bedeutet, dass die Kette der Landnahmen prinzipiell unendlich ist. Mit anderen Worten: Der „Sündenfall", den Marx nur für die Phase primitiver Akkumulation gelten lassen wollte, d. h. „eine Sprengung rein ökonomischer Gesetzmäßigkeit durch politisches Handeln" (Arendt 2006: 335), kann und muss sich auf erweiterter Stufenleiter beständig wiederholen. Die Dynamik des Kapitalismus beruht geradezu auf der Fähigkeit zur Produktion und Zerstörung von Raum. Mit Investitionen in Maschinen, Fabriken, Arbeitskräfte und Infrastruktur geht das Kapital räumliche Bindungen ein, die es nicht lösen kann, ohne Kosten und Reibungen zu verursachen. Dabei fällt Investitionen, die der ökonomischen Erschließung von Räumen dienen – z. B. Finanzmittel für Verkehrsverbindungen und Trassen, zur Erschließung von Rohstoffen oder auch Investitionen in Aus- und Weiterbildung, Arbeits- und Gesundheitsschutz – eine besondere Funktion zu. Solche Investitionen amortisieren sich nur über längere Zeiträume, d. h. sie werden dem primären Kapitalkreislauf (unmittelbarer Konsum) zeitweilig entzogen und in den sekundären (Kapital für die Produktionsmittel, Bildung von Mitteln für den Konsum wie z. B. Wohnungen) oder den tertiären Kreislauf (z. B. Ausgaben für Forschung, Entwicklung, Soziales) umgeleitet. Dabei ist keineswegs sicher, dass sich solche Investitionen überhaupt rentieren. Deshalb springt mitunter der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist" ein, wenn es darum geht, entsprechende Langzeitinvestitionen vorzunehmen.

Foto: www.fotolia.com, © mdfiles

Disziplinierung der freigesetzten Bevölkerung

Die Generalisierung der Landnahmethese impliziert zugleich, dass sich periodisch ein Vorgang wiederholt, den Marx in seiner Analyse der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals (3) als – teilweise gewaltsame – *Disziplinierung* der freigesetzten Bevölkerung für die neue kapitalistische Produktionsweise beschrieben hat. So wurden Gesetze, die ihren Ursprung in der Feudalzeit hatten, immer wieder genutzt, um einen allgemeinen Arbeitszwang zu etablieren und den Lohn politisch zu regulieren. Das „zum Vagabunden gemachte Landvolk" wurde in einer politisch hergestellten Form von Prekarität „durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert" (Marx, MEW 23, S. 765). Der Staat sorgte als Geburtshelfer der kapitalistischen Produktionsweise mit dafür, dass Marktbildung unter den Bedingungen struktureller Machtasymmetrie erfolgte. Insofern war Marktbildung in der Jahrhunderte umfassenden Periode ursprünglicher Akkumulation ein machtdurchtränkter, auch politisch initiierter und daher niemals rein ökonomischer Prozess. Die Mobilisierung und Disziplinierung der freigesetzten Bevölkerung für die kapitalistische Produktionsweise erfolgt nicht allein, ja nicht einmal primär über ökonomische Anreize, sondern wesentlich über staatlich-politische Zwangsmechanismen. Anders als Marx annahm, gilt diese Erkenntnis aber keineswegs

Foto: www.fotolia.com, © Martina Berg

allein für den Übergang von Feudalismus zum Kapitalismus; sie lässt sich auch auf innerkapitalistische Transformationen anwenden.

Die Art der Landnahme: Zyklen der Marktöffnung und Marktschließung

Damit sind wir bei einer weiteren, letzten Bestimmung, die (4) den *Modus Operandi* kapitalistischer Landnahmen betrifft. Grundsätzlich sind Landnahmen keine linearen Prozesse; sie beruhen auch auf Zufällen, auf kontingenten Entscheidungen, sie erzeugen Reibungen und Widersprüche, sie lösen Gegenbewegungen aus, motivieren zu Protest und Widerstand. Dennoch umfasst jeder Modus operandi kapitalistischer Landnahmen eine Dominante, die sich in langen Zyklen der Marktöffnung und der Marktschließung niederschlägt. Prinzipiell lassen sich zwei Grundformen der Landnahme unterscheiden. Die erste beruht auf De-Kommodifizierung, auf der relativen Abkoppelung der Lohnarbeit von Marktrisiken. So konstituieren Investitionen in die Infrastruktur, in Bildung und Ausbildung wirtschaftliche Entwicklungszyklen, die das Problem der Überakkumulation durch langfristige Kapitalbindung zumindest entschärfen. Solche Perioden eignen sich hervorragend, um Marktvergesellschaftung einzuschränken, indem potentielle Anlagefelder wie Post, Telekommunikation, Schienenverkehr oder die Bildung in Schulen und Hochschulen der privaten Verwertung entzogen und qua Staatsintervention in öffentliche Güter verwandelt werden. Auf diese Weise entsteht für die molekularen einzelkapitalistischen Operationen ein „Außen", das für die private Akkumulation unzugänglich ist, aber zur Verbesserung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit genutzt werden kann. Die fordistische Landnahme, wie sie Burkart Lutz (1984) in Ansätzen beschrieben hat, beruht auf einer solchen Ent-Kommodifizierung. Landnahme bedeutete nach 1945 nicht nur das Aufsaugen eines traditionalen, ländlich-kleinbetrieblich strukturierten Sektors, sondern zugleich die Etablierung organisierter Arbeitsmärkte innerhalb der Unternehmen, die Ausweitung des öffentlichen Dienstes, den Ausbau sozialer Sicherungssysteme und die Überwindung zumindest eines sichtbaren Reservearmeemechanismus im nationalen Rahmen.

Akkumulation durch Enteignung: Re- und Entkommodifizierung von Arbeitskraft

In dem Maße wie die Einhegung der Marktvergesellschaftung, die auch auf der Institutionalisierung von Arbeitermacht beruht, als Hindernis der Kapitalverwertung erscheint, wächst indessen das Interesse ökonomisch-politischer Eliten an einer zweiten Grundform der Landnahme, die auf Re- (Herstellung der Warenform, Anschluss an Markrisiken) oder Ent-Kommodifizierung (Ausschluss vom Markt) beruht. David Harvey bezeichnet einen Teil dieser Strategien, zu denen die Finanzialisierung (Börsengänge, Fusionen, Übernahmen von Unternehmen etc.) ebenso gehört wie die Umwandlung von Staatsunternehmen oder die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, als „Akkumulation durch Enteignung". Ihre Wirkung besteht darin, dass sich überschüssiges Kapital der freige-

setzten Vermögenswerte zu niedrigen Kosten oder gar kostenfrei bemächtigen kann (Harvey 2005: 147 f.). Wo dies zu Deindustrialisierung, zu wirtschaftlichem Niedergang, Massenarbeitslosigkeit und Armut führt, entsteht wiederum ein „Außen" – verwüstete, verlassene Regionen und brachliegende Arbeitskräfte –, das sich in einer späteren Entwicklungsphase zum Objekt langfristiger Reparaturinvestitionen mausern kann. Die „Akkumulation durch Enteignung" ist nach Harvey ein funktionales Äquivalent für die Gewaltakte der ursprünglichen Akkumulation und die imperialistischen Landnahmen, wie sie Luxemburg und Arendt analysiert haben.

Der Modus operandi kapitalistischer Landnahmen beruht somit auf höchst unterschiedlichen Formen der Staatsintervention. Die „Sprengung" ökonomischer Gesetzmäßigkeiten kann, etwa im Falle der Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen, der Produktion von Kollektivgütern oder des Ausbaus kollektiver Sicherungssysteme, mittels De-Kommodifizierung (Abkoppelung von Marktrisiken) sowie längerfristigen Fixierungen von Kapital im sekundären oder tertiären Kreislauf erfolgen. Jene Strategien, die Harvey als „Akkumulation durch Enteignung" bezeichnet, nutzen indessen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und die Deregulierung von Arbeitsmärkten als Hebel für eine Re- oder Ent-Kommodifizierung von Arbeitskraft.

Kapitalistische Entwicklung folgt somit nicht allein den Geboten ökonomisch-technischer Effizienz und rational-kalkulierendem Denkens, sie beruht immer auch auf Zerstörung, Irrationalität, Spekulation und „betrügerischen Praktiken". (Harvey 2005: 147). Stellt man dies in Rechnung, muss man die Steuerungsfähigkeit kapitalistischer Ökonomien ebenso wie die Lernfähigkeit kollektiver Akteure skeptisch beurteilen. Zwar können kapitalistische Markwirtschaften ohne Regulationsdispositive, also ohne marktbegrenzende Institutionen und Verhaltensweisen, längerfristig nicht existieren, es stellt sich jedoch immer wieder die Tendenz ein, den marktbegrenzenden Rahmen samt der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Kompromissbildungen in Frage zu stellen.

Marktbegrenzende Institutionen als Objekt der Landnahme: Aufkündigung des fordistischen Kompromisses

Eben dies ist die Stoßrichtung jener finanzkapitalistischen Restrukturierung, die seit den 1980er Jahren mehr oder minder alle entwickelten Kapitalismen erfasst hat. Im Zentrum stehen Versuche, marktbegrenzende Institutionen und Machtressourcen zum Objekt neuer Landnahmen zu machen. Die Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses „von oben", wie sie in den meisten entwickelten Kapitalismen seit den 1980er Jahren erfolgt ist, hat den Modus intermediärer Konfliktregulation auch in Deutschland wohl dauerhaft beschädigt. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind zwei Ursachenbündel. Erstens hat die flexible Akkumulation mit ihren diversen Transfermechanismen (Dominanz des Anlagenkapitals, Entstehung eines Markts für Unternehmenskontrolle, Shareholder-Value-Steuerung, interne Finanzialisierung, permanenter Standortwettbewerb) eine Planwirtschaft im Dienste von Höchstrenditen und Maximalprofiten entstehen lassen. Rendite und Gewinn erscheinen nicht mehr als Resultat wirtschaftlicher Leistungen, sondern als deren Voraussetzung, in Gestalt verbindlicher Kennziffern werden entsprechende Zielsetzungen auf alle dezentralen Unternehmenseinheiten herunter gebrochen. Das Marktrisiko haben vor allem die Beschäftigten zu tragen. Aller Wehklagen über den vermeintlich „überregulierten" deutschen Arbeitsmarkt zum Trotz hat sich – häufig innerhalb der überkommenen institutionellen Hüllen, also trotz formal fortbestehender Tarifautonomie, Mitbestimmung, Kündigungsschutz etc. – ein dramatischer Wandel des Produktionsmodells vollzogen. Entstanden ist eine flexible Produktionsweise, die auf einer starken Polarisierung des Arbeitsmarktes basiert und wachsende soziale Spaltungen produziert. ►

Wiederbelebung des Reservearmee-Mechanismus

Im Grunde bedeutet dies, dass den Flexibilitätsanforderungen der Unternehmen allenfalls im hochqualifizierten Sektor primär mittels ökonomischer Anreize (hohe Löhne, sichere Beschäftigung) und qualitativ guter Arbeit entsprochen wird. Unterhalb davon ist es die Wiederbelebung des Reservearmeemechanismus, verbunden mit staatlichem Druck und sozialer Disziplinierung, die nicht nur Prekarier, sondern auch viele der Festangestellten zur Selbstintegration in flexible Produktionsformen zwingt. Damit ist bereits das zweite Ursachenbündel der neuen Landnahme angesprochen. Staatliche Politik hat den Re-Kommodifizierungsdruck, der von der ökonomischen Dimension finanzkapitalistischer Landnahme ausgeht, nicht abgefedert, sondern zusätzlich verstärkt. Genau besehen hat schon die rot-grüne Bundesregierung dieses Projekt keineswegs sonderlich moderat betrieben. Auf mindestens zwei Feldern hat sie, gleichsam als politischer Wegbereiter flexibler Akkumulation, Weichenstellungen vorgenommen, die bei einer konservativen Regierung möglicherweise auf weitaus größeren Widerstands gestoßen wäre: gemeint sind die die Pionierarbeiten bei der Deregulierung der Finanz- und der Arbeitsmärkte.

Auf beiden Feldern sind zentrale Hebel des Modus operandi finanzkapitalistischer Landnahme berührt. Die Maßnahmen zur Deregulierung der Finanzbeziehungen haben entscheidend dazu beigetragen, einen Markt für Unternehmenskontrolle zu schaffen und die Eigentümerstrukturen der Unternehmen durch Integration institutioneller Anleger gravierend

Der Durchblick im Dschungel der Sicherheitspolitik

„... eine Gesamtschau auf den sicherheitspolitischen Aktivismus der letzten Jahre, die beklemmend ist." *(dpa)*

„Ein wertvoller, ja beinahe unentbehrlicher Beitrag zur Diskussion um Sicherheit und Freiheit." *(Dr. Jürgen Kühling, Bundesverfassungsrichter a.D.)*

Gustav Heinemann-Initiative & Humanistische Union (Hrsg.):
Graubuch Innere Sicherheit. Die schleichende Demontage des Rechtsstaates nach dem 11. September 2001. Norderstedt/Berlin 2009, Books on Demand, 240 S., 14 €. ISBN-13: 978 3 83709 003 1.

Zu beziehen über den Buchhandel oder Online unter:
www.humanistische-union.de/shop/buecher/.

Aus dem Inhalt: Antiterrordatei, Befugnisse der Geheimdienste, Aus- und Einreiseverbote, Bankdatentransfer, Biometrische Daten, Datenbanken, Demonstrationsverbote, Europäische Zusammenarbeit, Geldwäsche, IMSI-Catcher, Kontenabfragen, Luftsicherheit, Passagierdatentransfer, Rasterfahndung, Sicherheitsüberprüfungen, Steueridentifikationsnummer, Terrorismusbekämpfungsgesetze, Terrorlisten, Telekommunikationsüberwachung, Vereinsverbote, Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, Zuwanderung.

Humanistische Union e.V. • Greifswalder Straße 4 • 10405 Berlin
E-Mail: info@humanistische-union.de • www.humanistische-union.de

zu verändern. Dass sich auch in Deutschland eine „Dienstleitungsklasse des Finanzmarktkapitalismus“ (Windolf) herausbilden konnte, die ein manifestes Interesse an der Verstetigung finanzkapitalistischer Strukturen entwickelt, lässt sich auch auf diese politischen Maßnahmen zurückführen. Die Ausweitung der finanzkapitalistischen Risikozone geht auf ihrer Kehrseite mit einer weit reichenden Prekarisierung der Arbeit einher. Hier erfüllt das neue Arbeitsmarktregime, das mit den „Hartz-Reformen“ entstanden ist, eine ähnliche Funktion wie die postfeudalen Zwangsgesetzte (Marx) und die workhouses (Foucault) in der Ära des Frühkapitalismus. Indem sie prekäre Arbeit aufwerten und den Arbeitszwang erhöhen, erzeugen sie einen disziplinierenden Druck, der (potentielle) Beschäftigte für die Erwerbsarbeit in einer flexiblen und zugleich stark polarisierten Arbeitswelt aktivieren soll.

Die Finanzkrise als Teil kapitalistischer Landnahme

Die – noch lange nicht überwundene – globale Finanz- und Überakkumulationskrise wird dem Reservearmeemechanismus zusätzliche Wucht verleihen. Finanzkrisen gehören organisch zum Modus operandi der neuen Landnahme. Auch das viel gelobte deutsche Krisenmanagement wirkt unmittelbar auf die Eigentumsverhältnisse ein. Vermögenstitel werden entwertet, um anschließend zu Schleuderpreisen und unter veränderten Besitzverhältnissen in den Kapitalkreislauf zurückgeführt zu werden. Nach David Harvey lässt sich diese Variante einer „Akkumulation durch Enteignung“ über bestimmte Zeiträume effektiv lenken und rationalisieren. Finanzkrisen bewirken demnach seit jeher „den Übergang von Eigentum und Macht auf diejenigen, die ihre eigenen Vermögenswerte schützen können“. Und das vom Internationalen Währungsfonds mitverantwortete Krisenmanagement von etwa 108 kleineren und größeren Erschütterungen erscheint im Nachhinein als weltweit größter „Vermögenstransfer der letzten 50 Jahre von heimischen auf ausländische Eigentümer“ (Harvey 2005: 145). Neu an der gegenwärtigen Situation ist allerdings, dass die Krise die kapitalistischen Hauptländer erfasst und im Gegenzug einen „keynesianischen Moment“ ausgelöst hat, von dem noch unklar ist, ob er ausreicht, um die schlimmsten systemischen Funktionsstörungen aufzufangen.

Zunahme nicht normierter Konflikte

Wahrscheinlich ist indessen, das die Folgen der Krise eine Welle sozialer Konflikte und Proteste auslösen werden. Dabei handelt es sich allerdings nicht um eine Wiederkehr des industriellen Klassenkonflikts in seiner bekannten historischen Gestalt. Der soziale Konflikt splittert auf. Zum Niedergang organisierter Arbeitsbeziehungen in manchen Sektoren und Ländern gesellen sich neue Arbeiterbewegungen in anderen Staaten, Regionen und Branchen. Entscheidend ist jedoch, dass sich kollektive (Arbeits-)Interessen auch in den entwickelten Staaten häufig nicht mehr innerhalb normierter Konflikte artikulieren. In abgehängten Quartieren und Regionen findet inzwischen häufig ein „bargaing by riots“ statt, das, trotz der unbestreitbaren Relevanz ethnischer oder geschlechtsspezifischer Konstruktionen, weitgehend auf spontanem oder organisiertem Klassenhandeln beruht (Wacquant 2009). Die Aufstände in den französischen oder britischen Vorstädten waren zu einem Gutteil klassenspezifische Brotkonflikte. Ebenso wie die neu erwachte Militanz gut gebildeter griechischer Jugendlicher oder französischer Arbeiter, die aus Protest gegen Entlassung „Bossnapping“ betreiben, illustriert dies, dass die überkommenen Formen intermediärer Konfliktregulation auch in den kapitalistischen Zentren für große gesellschaftliche Gruppen nicht mehr funktionieren. Je stärker die institutionellen Formen von Arbeitermacht unter Druck geraten, desto größer scheint die Bereitschaft von schwach repräsentierten Gruppen, Wut, Enttäuschung und Frustration in nicht-normierten Konflikten auszutragen. ▶

Dass es in Deutschland noch vergleichsweise ruhig ist, darf ebenso wenig über diese Veränderungen hinwegtäuschen wie das wiedererwachte Interesse eines Teils der politischen Eliten an den Gewerkschaften. Gerade in der Krise hat das Überwälzen von Marktrisiken auf die flexibel und prekär Beschäftigten nahezu reibungslos funktioniert. Während Stammbelegschaften und ihre Interessenvertretungen in stillem Einvernehmen mit den Unternehmensleitungen ihr „Sozialeigentum" (Beschäftigungssicherheit) verteidigen, sind LeiharbeiterInnen, Befristete, Werkvertragler usw. die ersten, die in der Krise gehen müssen. Einiges spricht dafür, dass sich diese Entwicklung nach Überschreiten des Tiefpunkts der Krise noch verstärken wird. Stammbeschäftigte, die in den kommenden Monaten entlassen werden, haben jedenfalls gute Chancen, ihre Wiedereinstellung als LeiharbeiterInnen oder anderweitig Prekarisierte erleben zu dürfen.

Ökosozialer New Deal als Zukunftsperspektive

Für die Linke ist diese Entwicklung fatal, weil die Prekarisierung tendenziell auch die Bereitschaft zu dauerhafter politischer Partizipation, zu Prostest und Widerstand schwächt. Für die Sozialdemokratie kommt eine zusätzliche Belastung hinzu. Ihr Versuch, eine moderate, wettbewerbskorporatistische Politik, zu verfolgen, hat zu einer – teils gewollten, teils nicht intendierten – Annäherung an ein marktzentriertes Kapitalismusmodell geführt, das nun seinerseits besonders heftig von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gebeutelt wird. Was als Preis für eine unvermeidbare Anpassung an die neuen Zwänge der globalen Wirtschaft kommuniziert wurde (Streeck 1997), hat im Ergebnis eine zerrüttete Wirtschaft mit unkalkulierbaren Risiken, Rekordverschuldung und ungeliebter Staatsintervention hinterlassen. Mehr noch: Die Politik der „neuen Mitte" und der Agenda 2010 hat eine soziale Polarisierungstendenz forciert, die den sozialen Status von Gruppen bedroht, die lange Zeit zur Stammwählerschaft der Sozialdemokraten gehörten (Nachtwey 2009). Diese Gruppen werden auch die Hauptlast der Krisenfolgen, die mit Beschäftigungseinbußen, ökonomischer Stagnation, Haushaltskürzungen und schärferen Verteilungskämpfen einhergehenden sozialen Risiken zu tragen haben. Dies vor Augen, stellt sich nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die gesamt Linke die Frage nach einem glaubwürdigen Zukunftsprojekt. Wie könnte eine zeitgemäße Antwort auf den Finanzmarktkapitalismus und seine Krise aussehen? Zugespitzt formuliert müsste es darum gehen, die aktuelle Krise zum Ausgangspunkt zu nehmen, um den dominanten Modus kapitalistischer Landnahme zu wechseln. Im günstigsten Fall könnte ein ökologischer New Deal mit dem „Staat als Pionier" die Weichen für gigantische Investitionsprogramme (Nutzung der Solarenergie, Erhöhung der Nutzungseffizienz) stellen und so überschüssiges Kapital in den tertiären Kreislauf, in drängende Infrastrukturinvestitionen leiten. Entwickelte Länder müssten dafür Technologie und Wissen bereitstellen, während die aufholenden Ökonomien bessere Chancen hätten, eine ressourcenschonende, klimaverträgliche Wirtschaftsweise zu entwickeln. All´ dies wäre im Rahmen einer multilateralen Weltordnung mit starken regionalen Sicherheitsblöcken durchzusetzen, in der sich die USA friedlich mit dem Verlust ihrer einstmals hegemonialen Position abzufinden hätten.

Schaffung eines ökologischen Wachstumszyklus

An dieser Stelle können die Chancen eines ökologischen Wachstumszyklus nicht ausführlich erörtert werden. Immerhin plädieren kluge US-Ökonomen wie James K. Galbraith (2008: 47) für eine solche Strategie. Und sie fügen hinzu, was die eher technokratisch ausgerichteten Visionen deutscher Braintrusts gerne übersehen. Eine „lange Welle" ökologischen Wachstums muss den Druck von den schwächsten Gruppen der Gesellschaft nehmen; es muss in soziale Sicherungen, in öffentliche Güter und

Beschäftigungsprogramme investiert und damit an der gesellschaftlichen Korrektur jenes „Außen" angesetzt werden, das die finanzkapitalistische Landnahme produziert hat. Schon in der technokratischen Version einer ökologischen Industriepolitik enthält ein solches Projekt freilich zahlreiche Unbekannte. Niemand weiß z. B. genau, ob und in welchem Maße ein Umsteuern auf regenerative Energien Beschäftigung schafft. Offensichtlich ist indessen, dass die Innovationsdynamik bei der Energieerzeugung und -anwendung dramatisch beschleunigt werden muss, sollen Klimaziele wie die Reduktion des CO^2-Ausstoßes auch nur annähernd erreicht werden.

Die gesellschaftliche Ausrichtung notwendiger Innovationen birgt indessen Stoff für Großkonflikte in sich. Zwischen den großtechnologischen Problemlösungen, wie sie die Energiekonzerne und ihre Lobbys favorisieren (z. B. Solarkraftwerke mit großen Netzen in der Sahara) und der dezentralen Solarwirtschaft, wie sie ein Hermann Scheer vorschlägt (Scheer 2008: 53-62), liegen Welten. Die Linke sollte sich in diese Kontroversen einmischen, statt schon jetzt Eliten-Deals zu attackieren (Candeias 2009), von denen man bislang weder weiß, wie sie aussehen, noch ob sie überhaupt jemals zustande kommen. Ohnehin wird das Projekt eines ökosozialen New Deals nur eine Realisierungschance besitzen, wenn eine antagonistische Kraft entsteht, die post-demokratische Eliten wirklich herauszufordern vermag. Drei inhaltliche Mindestanforderungen an das Koordinatensystem einer solchen Kraft halte ich für zentral. Erstens muss ein gegenhegemonialer Entwurf das Vergesellschaftungspotenzial moderner Produktivkräfte ausschöpfen. Das bedeutet, von einem Entwicklungsstand auszugehen, der es erlaubt, dass „Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweig ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun [...], ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden" (Marx, MEW 3: 33). Nicht als naives Postulat einer generellen Aufhebung von Arbeitsteilung, wohl aber als flexibles Phasenmodell, das den Wechsel von Tätigkeiten innerhalb der Lebensspanne ermöglicht, halte ich eine solche Konzeption zumindest in den entwickelten Ländern schon heute für realisierbar. Ein institutionalisierter Aktivitätsstatus, der es ermöglicht, mit jeder über eine bestimmte Zeit ausgeübten Erwerbsarbeit eine Option auf eine andere finanzierte Tätigkeit zu erwerben, böte Zugang zu einem Flexibilisierungsmodus, der einen Zuwachs an Lebensqualität für möglichst viele mit sich bringen würde.

Egalitäre Verteilung von Vermögen und sozialer Chancen

Mehr Lebensqualität verheißt ein solches Konzept aber nur, wenn es zweitens mit einer egalitären Verteilung von Vermögen, Einkommen, Erwerbs-, Bildungs- und Partizipationschancen verbunden wird. Ohne Umverteilung und Einschränkung „negativer Freiheiten" (Polanyi 1978), die auf Kosten großer Mehrheiten in Anspruch genommen werden, bleibt die Ausweitung individueller Optionen der Lebensführung für viele eine bloße Fiktion. In einem gesellschaftlichen Klima, in welchem jede Umverteilungsforderung sogleich den Vorwurf des Sozialneids provoziert, sind besonders dicke Bretter zu bohren. Bei der Umverteilung geht es aber nicht allein um Geld und Besitz, sondern gerade auch um Arbeits- und Nichtarbeitszeiten. Kurze Vollzeit für alle (durchschnittlich längere Arbeitszeiten für Frauen, kürzere für Männer), ist ein auch geschlechterpolitisch unverzichtbares Zukunftsziel (Bosch u.a. 2009).

Möglichkeiten der Wirtschaftsdemokratie

Soll die Frage nach sinnvoller Produktion und nachhaltigem Konsum nicht nur gestellt, sondern auch mit Konsequenz beantwortet werden, wirft dies schlicht die Frage nach alternativen, rationaleren Formen des Wirt-

schaftens auf. Anders gesagt, es handelt sich um ein Problem nicht nur individueller Lebens- sondern gesellschaftlicher Produktionsplanung. Exakt das thematisiert der Begriff der *Wirtschaftsdemokratie*. An dieser Stelle kann es nicht darum gehen, ein praktikables wirtschaftsdemokratisches Modell zu präsentieren. Das Konzept der kapitalistischen Landnahmen impliziert, dass es unsinnig wäre, ältere sozialdemokratische (Fritz Naphtali) oder linkssozialistische (Viktor Agartz) Konzeptionen einfach zu beerben. Allerdings wirft die Krise des Finanzkapitalismus von sich aus die Frage nach neuen Formen von Wirtschaftsdemokratie auf. In den diversen „Managementphilosophien" ist es inzwischen ein Gemeinplatz, dass Rationalisierungs- und Innovationsprozesse auf das informelle Wissen von Beschäftigten angewiesen sind. Was auf der Unternehmensebene eingeklagt, wenngleich selten mit Konsequenz praktiziert wird, kann in der Gesellschaft, bei den Auseinandersetzungen um das „Was" und „Wozu" von Produktion und Konsum aber wohl kaum falsch sein. Das zumal, etwa beim Management der Banken- oder der Autokrise, längst Planungsmechanismen greifen, die freilich jenseits demokratischer Öffentlichkeiten von den gleichen Expertokratien bedient werden, deren Definitionsmacht das Desaster auf den Weltfinanzmärkten mit verursacht hat.

Wirtschaftsdemokratische Ansätze müssten auf mindestens vier Ebenen etabliert werden: als direkte Partizipation von Beschäftigten am Arbeitsplatz und im Betrieb; als Kollektivwille innerhalb und im Umfeld großer Unternehmen, der explizit macht, dass es sich bei diesen Wirtschaftsorganisationen im Grunde um öffentliche Institutionen handelt; über regionale wie nationale Wirtschafts- und Strukturräte sowie als Demokratisierung wichtiger internationaler Institutionen. Letzteres hieße in ersten Schritten Europäisierung der Mitbestimmung, aber auch selbstkritischer Umgang mit korporatistischem Filz in den Interessenvertretungen und darüber hinaus die Beteiligung von Repräsentanten reproduktiver Interessen (Umwelt- und Konsumentenorganisationen, NGOs) an wichtigen Unternehmensentscheidungen. Die Ausweitung demokratischer Partizipation auf strategische Investitionsentscheidungen großer Unternehmen wäre gut in ein solches Programm zu integrieren. Demokratische Legitimation und Beteiligung von Beschäftigten könnten staatlich-öffentliche Interventionen zudem gegenüber einem autoritären Protektionismus profilieren, der sich den Bevölkerungen als systemerhaltende Problemlösungsstrategie anempfiehlt. Wirtschaftsdemokratie könnte so zum institutionellen Rahmen einer möglichen neuen Prosperitätskonstellation werden, die die Menschen in großer Zahl in die Lage versetzt, „ihr Leben so zu gestalten wie sie es wollen" (Lutz 2009: 48-51).

Kein Wandel ohne Träger einer erneuerten antikapitalistischen Sozialkritik

Mag sein, dass ein ökosozialer New Deal letztendlich nicht mehr sein wird, als eine erneute Modernisierung und befristete Überlebensgarantie für das kapitalistische System. Eine realistische Option wird er jedoch nur dann, wenn er Unterstützung durch gesellschaftliche Kräfte, durch die Träger einer erneuerten, antikapitalistischen Sozialkritik erhält, die das Legitimationssystem des Finanzmarktkapitalismus radikal destruieren. Genau daran mangelt es gegenwärtig. Die globale Krise hat die inneren Widersprüche der finanzkapitalistischen Landnahme eklatieren lassen. Solange es beim Eklat bleibt, ohne dass sich eine politische Alternative abzeichnet, wird die Krise den Modus operandi der Landnahme modifizieren, aber nicht außer Kraft setzen oder gar umkehren. Systemische Ursachen von Krisen und Ungerechtigkeiten aufzudecken, muss zum Anliegen einer radikalen, an der Wurzel ansetzenden, zeitgemäßen Kapitalismuskritik werden. Die „Mosaiklinke" (Urban 2009) des 21. Jahrhunderts wird wieder eine system- und kapitalismuskritische sein (am Beispiel der neuen Frauenbewegung: Fraser 2009) oder sie hat keine Existenzberechtigung. ■

Dr. Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich Schiller-Universität Jena und Mitherausgeber der spw.

Literatur

- Aglietta, Michel (1979): (2000), Ein neues Akkumulationsregime. Die Akkumulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg: VSA.
- Arendt, Hannah (2006), Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft [1951], 11. Aufl., München: Piper.
- Bosch, Gerhard/Lehndorff, Steffen/Rubery, Jil (2009), European employment models in flux, Houndmills/Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bourdieu, Pierre (2000): Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft, Konstanz: UVK.
- Dörre, Klaus (2009b): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus; Lessenich, Stephan; Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp: 21-86
- Dörre, Klaus (2009), »Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus«, in: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York: Campus, S. 35-64.
- Foucault, Michel (1996): Wahnsinn und Gesellschaft. Frankfurt a M: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/09: 43-57
- Friedman, Milton (1984), Kapitalismus und Freiheit [1962], Frankfurt am Main: Ullstein.
- Galbraith, James K. (2008), »Die Weltfinanzkrise – und was der neue US-Präsident tun sollte«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11, S. 41-57.
- Giddens, Anthony (1998): The Third Way. The Renewal of Social Democracy, Cambridge 1998
- Hall, Peter A./Soskice, David (2001) (Hg.), Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press.
- Harvey, David (2005), Der neue Imperialismus, Hamburg: VSA.
- Lutz, Burkart (1984), Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/New York: Campus.
- Lutz, Burkart (2009), »Sozialismus, warum denn nicht?«, in: Mitbestimmung, Jg. 55, Heft 1/2, S. 48-51.
- Luxemburg, Rosa (1975), »Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus« [1913], in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 5, Berlin: Dietz, S. 5-411.
- Marx, Karl(1973): Das Kapital, Band 1: Der Produktionsprozeß des Kapitals [1867] (MEW, Band 23), Berlin: Dietz.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1969), Die deutsche Ideologie [1846/1932] (MEW, Band 3), Berlin: Dietz.
- Nachtwey, Oliver (2009) Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party. VS-Verlag, Wiesbaden.
- Polanyi, Karl (1978), The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944], (Nachdr.), Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Scheer, Herrmann (2008), »Energie – neu denken«, in: Widerspruch, Nr. 54, S. 53-62.
- Streeck, Wolfgang (2009): Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy. Oxford: University Press.
- Streeck, Wolfgang (1997), »German Capitalism: Does it exist? Can it survive?«, in: Crouch, Colin/Streeck, Wolfgang (Hg.), Political Economy of Modern Capitalism, London: Sage, S. 33-54.
- Urban, Hans-Jürgen (2009), »Die Mosaik-Linke«, in: Blätter für Deutsche und internationale Politik, Jg. 54, Heft 5, S. 71-78.
- Wacquant, Loïc (2009), »Die Wiederkehr des Verdrängten – Unruhen, ›Rasse‹ und soziale Spaltung in drei fortgeschrittenen Gesellschaften«, in: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York: Campus, S. 85-112.

Neuerscheinung:

Die SPD-Linke leistet mit dem Sammelband einen Beitrag zur friedens- und sicherheitspolitischen Debatte. Die Artikel reichen von der wachsenden Bedeutung des Klimawandels als Konfliktursache über die Bedrohung durch Kleinwaffen bis hin zu Gefahren der Privatisierung von Armeen und militärischen Maßnahmen. Ferner diskutiert das Buch den politischen Einfluss des „Sicherheits“-Gedankens. In der Afghanistan-Debatte ist die gesamte Bandbreite der SPD-Positionen vertreten. Alle AutorInnen halten einen sofortigen Abzug aller ausländischen Militärkräfte für eine verkürzte Forderung. Letztlich komme es darauf an, wie eine demokratische und friedliche Entwicklungsperspektive für die Menschen in Afghanistan erreicht werden könne.

Weitere Informationen und Bestellung:
www.forum-dl21.de

Kinderspiel Kapitalismus: Auto

von Gesa Rünker

Foto: www.fotolia.com, © dron

„Ich habe es genau durchdacht“, sagt mein Mann, „Ende Oktober läuft der Leasingvertrag für`s Auto aus. Dann brauchen wir eigentlich keinen eigenen Wagen mehr.“

Die Aussage erschüttert mich - obwohl ich selber gar nicht fahre, denn mit guten Gründen erhalten blinde Menschen keinen Führerschein. Aber vielleicht trifft mich die Idee des Verzichts auf ein Auto, gerade weil ich nicht fahren kann. Denn ich würde gern. Schnell und schnittig, zwar rücksichtsvoll bremsend, wenn nötig – aber doch sportlich und rasant, ich hätte Spaß daran! „Du Öko-Sau“, sagen ökologisch orientierte KollegInnen zu mir, als ich einmal meine Idee vom persönlichen Autofahrgefühl in einer Redaktionskonferenz entwerfe.

„Es macht auch einfach keinen Spaß mehr“, sagt nun mein Mann, „es ist nur stressig! Ich fahre schon 160 und noch immer finden sich mindestens sechs Drängler. Wir könnten wieder häufiger Zug fahren, in den Urlaub zum Beispiel, da beginnt dann die Erholung schon mit der Anfahrt.“ Das stimmt. Mit dem Zug in den Urlaub, das war früher lustig, doch da gab es noch kein Notebook und kein Handy.

„Aber“, wende ich ein, „mit dem Auto sind wir doch spontaner, mobiler, zum Beispiel beim Getränkekauf und beim Weg zum Fußball.“ „Spontan waren wir sowieso nie, zum Bier kaufen kann man auch einen Karren nehmen, und ins Stadion fahren wir mit dem Zug – oder mit Car Sharing“, sagt mein Mann. „Mal sehen“, brumme ich „ganz überzeugt bin ich noch nicht“.

Der Sommer wird heiß, die Klimaforscher prognostizieren Schlimmeres für die kommenden 30 Jahre - und ich hasse Hitze.

Die Abwrack-, nein, Umweltprämie läuft aus, profitiert hat die Industrie, nicht die Umwelt.

Ökologisch orientierte Besserwisser belächeln Steinmeiers Deutschlandplan und beschimpfen die Sozis, wenn sie im Wahlkampf das Elektroauto neu entdecken. Ich hasse Besserwisserei, auch wenn sie ökologisch orientiert ist.

Und ich gehe in mich, begebe mich – politisch motiviert – auf den Weg der Vernunft und des Verzichts, bereite mich – persönlich motiviert – darauf vor, den ökologisch orientierten KollegInnen von unserem individuellen Autoverzicht zu erzählen: Wie mein Mann sich das überlegte, wie ich zunächst zögerte, den Verlust von Spontaneität und Mobilität befürchtete – und nun läuft es ganz selbstverständlich. Eine Familie mit zwei Kindern ohne ein eigenes Auto! Aber noch muss ich abwarten, bei weniger ökologisch orientierten KollegInnen proben, denn der Leasingvertrag läuft noch bis Ende Oktober.

Und dann geschieht etwas, womit keiner von uns rechnete: Das Auto geht kaputt. Ganz plötzlich. Im Sommer. Und im Wahlkampf. „Jetzt hab ich sie!“, denkt der Autohändler frohlockend - und er hat Recht. So schnell, von heute auf morgen, gelingt uns die Umstellung nicht.

„Ich habe es genau durchgerechnet“, sagt mein Mann, „wir nehmen einen 1,6er, wieder den guten, alten Octavia, die Finanzierung ist gesichert – auch ohne Abwrackprämie. Ich muss mich nur noch daran gewöhnen, wieder tiefer zu sitzen als vorher im Touran.“ Das schafft er, da sind wir beide sicher.Auch Verzicht muss gelernt sein. Vorerst verschieben wir ihn - und fahren fort. ■

Gesa Rünker arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

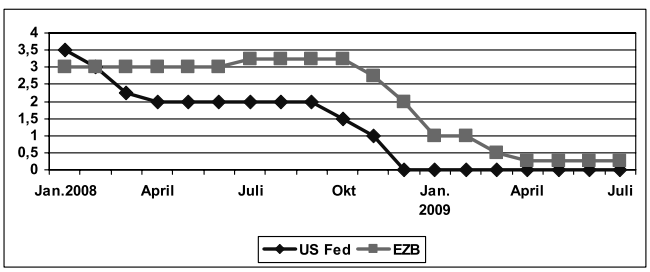
Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Inflationsängste und Deflationsgefahren

von Arne Heise

Die Weltwirtschaft ist im vergangenen Jahr in die erste wahrlich globale Krise seit den 1930er Jahren geraten. Weltweit sind die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes zusammengebrochen, in der EU und auch in Deutschland zeigt sich 2009 ein negatives Wachstum von bisher unbekanntem Ausmaß. Die Arbeitslosigkeit steigt, mit leichter zeitlicher Verzögerung, deutlich an – oder wird, wie in Deutschland, noch durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Kurzarbeit) abgefedert.

Um eine Depression wie in den 1930er Jahren zu verhindern, haben die Regierungen weltweit mehr (z.B. USA und China) oder weniger große Konjunkturprogramme und Unternehmens- und Bankenstützungsprogramme aufgelegt. Die Zentralbanken haben die Geldmarktzinsen drastisch, teilweise auf null, gesenkt (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1:
Geldmarktzinssätze in den USA und Euroland



Anmerkung: US Fed: Federal Funds rate der US Notenbank; EZB: Einlagefaszilität der Europäischen Zentral Bank. Quelle: EZB, US Fed

Ob diese Maßnahmen tatsächlich erreicht haben, dass sich der konjunkturelle Abschwung in den letzten Wochen scheinbar so sehr verlangsamt hat, dass bereits vom „Ende der Krise" gesprochen werden kann, wird sich ebenso erst später zeigen wie der wirkliche Verlauf dieses „Konjunkturzyklus". Wer aber darauf gewettet hat, dass die neoliberalen Interventionskritiker, die sich auf dem Höhepunkt der Krise merklich mit öffentlichen Kommentaren zurückgehalten hatten – was hätten sie auch glaubwürdig sagen können, war doch ein derartiger Einbruch der Finanz- und Realmärkte in ihrer Vorstellungswelt von der segensreichen Eigensteuerung der Märkte gar nicht vorgesehen – jetzt langsam den Kopf wieder herausstrecken und lauthals vor den Folgen der Interventionen warnen, hat vollkommen richtig gelegen.

Mein Kollege an der Uni Hamburg und Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes (HWWI), Thomas Straubhaar, schürt unverholen die Inflationsängste vieler Menschen[1], die irgendwie aus der deutschen Wirtschaftsgeschichte gelernt zu haben glauben, dass Inflation die unvermeidliche Folge großer Wirtschaftskrisen ist und letztlich ihre wirtschaftliche Basis gefährden wird. Tatsächlich folgte auf die Große Depression der 1930er Jahre eine verheerende Deflation, die viel zur Tiefe der damaligen Wirtschaftskrise beigetragen hat. Die im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verankerte Hyperinflation Anfang der 1920er Jahre war nicht Folge fehlerhafter wirtschaftspolitischer Interventionen, sondern das Ergebnis des 1. Weltkriegs.

Die Argumente der Inflationsbeschwörer – deren Ziel die psychologische Vorbereitung einer weiteren Runde neoliberaler Austeritätspolitik (restriktive Geld- und Finanzpolitk) in

1 Straubhaar, T; Das Wagnis Inflation; in: HWWI Standpunkt v. 21.Juli 2009

Abbildung 2: Entwicklung verschiedener Geldmengenaggregate (Veränderung im %)

Aggregat	2007	2008	01/2009	02/2009	03/2009	04/2009	05/2009
Zentralbankgeld	8,1	13,3	13,7	13,6	13,8	13,2	13,1
M1	4,0	3,3	5,1	6,2	5,9	8,4	7,9
M3	11,6	7,5	5,9	5,8	5,0	4,9	3,7

Quelle: EZB

der „Nach-Krisen-Zeit" ist – scheinen plausibel: Konjunkturprogramme, Zinssenkungen und Geldmarktinterventionen haben die Wirtschaft mit extrem viel Liquidität (Zentralbankgeld und kurzfristige Depositen, die zusammen als Geldmenge M1 bezeichnet werden; vgl. Abb. 2) versorgt, die mittelfristig – wenn die Konjunktur sich erholt hat – zu Inflation führen muss. Dieser als Quantitätstheorie bekannte Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau gehört zu den unverbrüchlichsten (und falschesten!) Dogmen der Ökonomik. Erste Anzeichen, so die weitere Argumentation, zeigten sich bereits auf den Vermögens- und Rohstoffmärkten.

Sollte allein der Zusammenhang von Liquiditätsausweitung und Inflation nicht überzeugend genug sein – immerhin könnte man auf die starke Einschränkung der Giralgeldschöpfung durch die Geschäftsbanken (als M3 bezeichnet und als das eigentlich relevante Geldmengenaggregat angesehen, vgl. Abb. 2) hinweisen und eine kompensierende Liquiditätspolitik der Notenbanken nach Überwindung der Krise unterstellen – so wird schnell auf die „aus dem Ruder laufenden" öffentlichen Schulden verwiesen. Diese würden durch die eigene Nachfragekraft die befürchtete Inflation auslösen. Und sollte hier jemand auf die Idee kommen, dies wüssten doch unabhängige Zentralbanken zu verhindern? Dann muss der politische Druck herhalten, der die Preisstabilitätsorientierung der Zentralbanken dahinschmelzen lassen wird – wenn nicht die Warnungen der Interventionskritiker den Rückhalt für eine restriktive Politik schaffen, der es den Zentralbanken ermöglichen könnte, sich des „Bail-out-Druckes" (Entschuldung durch Inflationierung) zu erwehren.

Tatsächlich besteht derzeit nur eine ernsthafte Gefahr – und zwar die Gefahr, dass die bereits eingetretene Disinflationierung, also der Rückgang der Inflationsraten weltweit, in eine echte Deflation, also ein Fallen der Preise auf breiter Front, umschlägt. Dabei muss es gar nicht so schlimm kommen wie in den 1930er Jahren, als eine völlig falsche Politik zumindest in Deutschland diese Deflationierung sogar noch vorangetrieben (und viele Schuldner bei steigender Reallast der Verschuldung in die Insolvenz getrieben) hat. Die stagnative Situation Japans fast während der gesamten 1990er Jahre erscheint als realistischeres Szenario: Geringe Wachstumsrate bei leichter Deflation, steigender Arbeitslosigkeit, zunehmender öffentlicher Verschuldung, anhaltender Bankenmisere und dauerhaftem Erwartungspessimismus.

Dass es bislang noch nicht zu einer solchen Entwicklung gekommen ist, liegt allein daran, dass sich die Nominallöhne als Preisstabilitätsanker und also die Lohnsysteme glücklicherweise als nicht so flexibel erwiesen haben, wie von den neoliberalen Marktfreunden immer gefordert. Der Anstieg der Arbeitslosgkeit hat zwar die Lohnstückkosten (die langfristig bedeutungsvollste Komponente der Kern-Inflationsentwicklung) bereits unter Druck gesetzt, aber noch konnten die ArbeitnehmerInnen (und deren Gewerkschaften) nominelle Zuwächse (bei leider gleichzeitig bereits sinkenden Reallöhnen) herausholen. Sollte die Arbeitslosigkeit bald deutlich steigen, wird es wichtig werden, die Gewerkschaften bei ihrer Lohnpolitik gegen eine deflationäre Entwicklung zu unterstützen. ■

Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Liberalisierung der Elektrizitätswirtschaft: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

von Heinz-J. Bontrup und Ralf-M. Marquardt

1. Paradigmenwechsel in der Elektrizitätswirtschaft: Hohe Ansprüche

Elektrizität zählt als Basisgut zur Daseinsvorsorge. Daher wurde die Stromversorgung lange Zeit als zu wichtig eingestuft, um sie den Marktkräften zu überlassen. Mit der technologischen Entwicklung hin zu kleineren leistungsfähigen Kraftwerken und der Verbreitung des Neoliberalismus wurden aber auch hierzulande vor über 10 Jahren die Elektrizitätsmärkte liberalisiert.

Dabei löste auf Betreiben der EU-Kommission die Novelle des deutschen Energiewirtschaftsgesetzes von 1998 die alte Fassung aus den 1930er Jahren ab. Hiermit wurden die staatlich kontrollierten Gebietsmonopole abgeschafft. Gleichzeitig wurde ein energiewirtschaftliches Zieldreieck angestrebt: Elektrizität sollte erstens möglichst effizient hergestellt und im Wettbewerb zu günstigen Preisen an die AbnehmerInnen verkauft werden, um auch auf diesem Wege die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Zweitens sollte die Versorgungssicherheit und drittens eine ökologische am Nachhaltigkeitsziel ausgerichtete Erzeugungsstruktur gewährleistet werden.

Innerhalb dieses Zieldreiecks sind allerdings Konflikte vorprogrammiert, so dass es einer Gewichtung der Ziele bedarf. Zunächst standen das Wirtschaftlichkeitsziel und die Frage der Versorgungssicherheit im Vordergrund. Später wurde – forciert durch die EU-Kommission – die ökologische Zielsetzung aufgewertet. In Deutschland fand dies insbesondere im „Integrierten Energie- und Klima-Paket“ seinen Niederschlag.

2. Marktvermachtung verhindert die Weitergabe geborgener Effizienzreserven

Im Rahmen einer umfangreichen Studie für die Hans-Böckler-Stiftung (vgl. Bontrup/Marquardt) haben wir mit Blick auf das Zieldreieck erhebliche Defizite festgestellt. Das betrifft zum ersten das Wirtschaftlichkeitsziel. Zwar wurden nach der Marktöffnung, wie intendiert, erhebliche Effizienzgewinne generiert. Die Arbeitsproduktivität legte zwischen 1998 und 2006 (dem zum Projekt-Abschluss aktuellsten Datum der öffentlichen Statistik) um rund 62 Prozent zu. Allerdings blieb ein nachhaltiger Wettbewerb bislang aus. Nach einer flüchtigen, nur bis 2001 andauernden Phase der Belebung, war es den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) gelungen, den Wettbewerb wieder auszuhebeln. Prägend waren in dieser Hinsicht die vier Marktführer (E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Europe). Über umfangreiche Fusionsaktivitäten haben diese „Big-4“ ihre Macht so weit gebündelt, dass sie rund 90 Prozent der deutschen Stromerzeugung kontrollieren. Zugleich sind sie an über 300 Stadtwerken beteiligt und übten so Einfluss auf deren Strategien sowie die Wahl ihrer Stromlieferanten aus. Darüber hinaus verfügen sie über die Stromnetze und konnten diese über die Durchleitungsgebühren lange Zeit im Konkurrenzkampf instrumentali-

Foto: Christian Kiel

sieren. Aufgrund von Engpässen an den Grenzkuppelstellen blieb zudem die europäische Konkurrenz außen vor. Unter den „Big-4" wiederum dominieren E.ON und RWE den Markt. Ihnen wurde vom BGH die Rolle „marktbeherrschender Dyopolisten" attestiert. Zugleich akzentuieren sie durch eine Internationalisierung die ohnehin schon gigantische Konzentration der Strommärkte in Europa. Hinzu kommt, dass in Kartellrechtsverfahren Indizien für den Machtmissbrauch ausgemacht wurden.

Vor diesem Hintergrund überrascht die nur unzureichende Weitergabe der geborgenen Effizienz in die Preisentwicklung nicht. Rechnet man administrierte Komponenten (wie Stromsteuern) aus den Preisen heraus, steht zwischen 1998 und 2007 einem Abschlag von 3 Prozent für Industriekunden bzw. von 4,5 Prozent für Haushaltskunden ein bis dahin fortgeschriebener Produktivitätszuwachs von mehr als 70 Prozent gegenüber. Zuletzt wurden nach handwerklichen Fehlern der Politik sogar kostenlos zugeteilte CO^2-Zertifikate eingepreist.

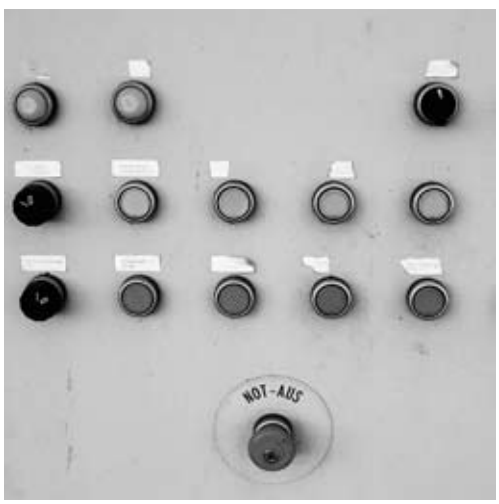


Foto: www.photocase.de, © aussig7

Zwar haben auch erhöhte Gestehungskosten für Brennstoffe die Preisentwicklung belastet, den eigentlichen Grund der mangelhaften Nachlässe zeigt aber die Verteilung der Wertschöpfung: Zwischen 1998 und 2006 legten die Gewinne der EVUs um 118 Prozent zu. Dieser Befund bestätigt sich übrigens in fast allen Größenklassen der EVUs. Eine derartige Gewinnexplosion und die von uns bei den „Big-4" nachgewiesenen, wettbewerbsfernen Eigenkapitalrenditen wären indessen nicht zustande gekommen, wenn nur höhere Kosten auf die Preise abgewälzt worden wären. Zentrale Ursache für die unbefriedigende Preisentwicklung war damit der Gewinnanspruch privater und öffentlicher Shareholder in Verbindung mit der Macht, diesen Anspruch auch gegenüber den Zulieferern, Beschäftigten und Kunden am Markt durchsetzen zu können.

3. Liberalisierung braucht Regulierung!

Dabei waren die Wettbewerbsdefizite von Seiten einer Politik mit einer unheilvollen Verbindung und Nähe zur Elektrizitätswirtschaft geradezu hausgemacht. In einem einzigartigen Sonderweg verzichtete Deutschland zunächst auf eine Regulierungsbehörde und setzte auf Verbändevereinbarungen. Die bewusst herbeigeführte Mischung aus sofortiger Liberalisierung bei gleichzeitiger Deregulierung bzw. staatlicher Zurückhaltung erwies sich – angesichts der Ausgangsstrukturen – erwartungsgemäß als überaus naiv: Wer bereits monopolisierte, bis dahin aber wenigstens staatlich regulierte Märkte öffnet und dann aus ideologischer Überzeugung den Staat aus der Regulierung zurückzieht und wer darüber hinaus auf ein vielfach zu nachgiebiges, um die Möglichkeit der nachträglichen Machtauflösung weitgehend beraubtes Wettbewerbsrecht vertrauen muss, darf sich am Ende nicht wundern, wenn der Wettbewerb als Selbstregulativ einer marktwirtschaftlichen Ordnung versagt. Liberalisierung braucht klare, staatlich definierte Spielregeln! Liberalisierung braucht demnach Regulierung!

Zwischenzeitlich ist diese Erkenntnis auch bei der nationalen und der europäischen Poli-

tik angekommen. In der vertikalen Integration von Wertschöpfungsprozessen innerhalb eines EVUs wurde eine schärfere Trennung vorgesehen. Ferner wurde die Schaffung einer Regulierungsbehörde ebenso verbindlich vorgeschrieben wie ein regulierter Netzzugang. Überdies wurde der Anbieterwechsel für Haushaltskunden erleichtert, der diskriminierungsfreie Anschluss neuer Kraftwerke ans Netz garantiert und beschleunigt sowie die Anwendung des Missbrauchstatbestandes auf die Energiewirtschaft durch eine allerdings befristete und vielfach als halbherzig empfundene Änderung des Wettbewerbsrechts verschärft.

Das nachträgliche Aufbrechen verkrusteter Strukturen gestaltet sich nun aber als überaus zäh. Dennoch gibt es einzelne Anzeichen für eine zukünftige Wettbewerbsbelebung: Gerade die Dyopolisten (E.ON und RWE) stoßen allerdings zunehmend an nationale Expansionsgrenzen der Kartellbehörden und orientieren sich infolgedessen verstärkt international. Zur Bildung eines Gegengewichtes gegen die deutschen „Big-4" kooperieren acht große EVUs in der sog. 8-KU-Gruppe, während kleinere Stadtwerke in der Trianel-Gruppe zusammenarbeiten. Die vier Marktführer trennen sich angesichts schwindenden strategischen Einflusses und auf Grund des kartellrechtlichen und politischen Drucks von Beteiligungen (insbesondere E.ON hat deshalb gerade die Beteiligungsgesellschaft Thüga an ein Stadtwerke-Konsortium für rund 3 Mrd. Euro verkauft). Die Netzentgelte wurden massiv gestutzt, weitere Kürzungen sind vorgezeichnet. Dies entlastet direkt den Strompreis, erleichtert über fairere Entgelte aber auch den Wettbewerb für netzfremde Anbieter. Außerdem hat die Wechselbereitschaft der Abnehmer zugenommen. Vor diesem Hintergrund werben seit 2008 alle „Big-4" mit Billigstromanbietern um neue KundInnen. Ungeachtet dieser Lichtblicke verbleiben aber die Machtverhältnisse bei der Erzeugung und damit im Ursprung der Wertschöpfungskette als zentrales Wettbewerbshindernis.

Foto: www.fotolia.com, © m.schuckart

4. Beschäftigten droht Zuspitzung von Verteilungskonflikten

Im unternehmensinternen Verteilungskampf haben bislang die Beschäftigten den Kürzeren gezogen. Bei einem Anstieg der Löhne und Gehälter von 9 Prozent zwischen 1998 und 2006 blieb ihnen der Produktivitätsanstieg weitgehend vorenthalten. Dabei wurden die Effizienzreserven zum Großteil durch einen Arbeitsplatzabbau mobilisiert, der zwar in der Regel ohne betriebsbedingte Kündigungen, oftmals aber in Form von Outsourcing zu schlechteren Bedingungen stattfand. Schon im Vorgriff auf die Liberalisierung ging seit 1992 fast jeder dritte Arbeitsplatz verloren. Immer weniger Beschäftigte mussten so immer mehr Werte generieren. Obwohl der Wettbewerb bisher auf der Strecke blieb, diente dem Management die Drohung damit als Instrument in der internen Auseinandersetzung mit den MitbestimmungsträgerInnen, die seit der Liberalisierung überwiegend über verschlechterte Arbeitsbedingungen und Unternehmenskulturen klagen. Sollte sich zukünftig der Konkurrenzkampf unter den EVUs beleben, wird sich der interne Konflikt zwischen Kapital und Arbeit angesichts der verfestigten Gewinnanspruchsmentalität bei gleichzeitig abnehmender Verteilungsmasse (Wertschöpfung) massiv zuspitzen.

5. Liberalisierung erschwert das Erreichen von Versorgungssicherheit

Bezogen auf die Versorgungssicherheit lassen sich zumindest Gefahren ausmachen.

Angesichts des gleitenden Ausstiegs aus der Atomkraft und der Veralterung des Kraftwerksbestandes sind bis 2020 Bruttoinvestitionen im Umfang von rund 70 Prozent der vorhandenen Leistungskapazitäten zu tätigen.

Nach der Liberalisierung haben sich die EVUs jedoch deutlich zurückgehalten. Von 1998 bis 2006 lagen die jahresdurchschnittlichen Investitionen um ein Drittel niedriger als zuvor. Dazu trug zwar auch ein Ausleben des zuvor schon eingeleiteten Investitionszyklus bei. Verantwortlich war aber ebenfalls ein neues Investitionsparadigma im Zuge der Liberalisierung. Durch eine Verschlankung des Kraftwerkparks sollte die Produktion rentabler werden. Überdies nutzten die Unternehmen nun ihre Gewinne verstärkt zur Ausschüttung an die Shareholder, zur nationalen Konzentration und zur Internationalisierung.

Perspektivisch sind bei den konventionellen Kraftwerken aber umfangreiche Investitionsvorhaben angekündigt und bei den erneuerbaren Energien ist auch angesichts der angehobenen Fördersätze eine deutliche Wachstumsdynamik zu erkennen. In Anbetracht dessen gehen die hierzu vorliegenden Gutachten weitgehend davon aus, dass die Gewährleistung der Versorgungssicherheit selbst bei einem Ausstieg aus der Kernenergie machbar ist.

Allerdings dürfen die Ausbau-Projektionen nicht als Selbstläufer angesehen werden. Dazu sind die investiven Rahmenbedingungen angesichts der neuen Shareholder-Sichtweise und der Besonderheiten des Wirtschaftszweiges (lange Vorlaufzeiten, kapitalintensive Objekte, lange und irreversible Bindungszeiten) zu fragil. Im Regime regulierter Gebietsmonopole stand noch die Versorgungssicherheit im Fokus. Durch den Gebietsschutz konnten die Kosten einer Investition unabhängig von ihrer Effizienz auf die Preise überwälzt werden, ohne die Abwanderung von KundInnen befürchten zu müssen.

Der Paradigmenwechsel von der Stromversorgung zum kommerziellen Stromgeschäft erschwert nun den Aufbau ausreichender Kapazitäten. Die Investitionsplanung, die von den EVUs am Shareholder-Value-Prinzip ausgerichtet wird, orientiert sich an der erwarteten, über den Markt zu erwirtschaftenden Rendite. Nur wenn sie über der Zielverzinsung liegt, wird investiert. Je größer das Risiko bei der Entscheidung ist, je unklarer ihre Auswirkungen zu kalkulieren sind (und das trifft insbesondere in der Strombranche zu), umso höher wird die in der geforderten Zielverzinsung enthaltene Risikoprämie ausfallen. Jedes Kraftwerk muss sich selbst tragen und geht nicht mehr im Rahmen einer Mischkalkulation auf. All das bedeutet nicht, dass die Planung unter den alten Vorzeichen allokationspolitisch zwangsläufig besser war. Einfacher und hinsichtlich der Versorgungssicherheit vorteilhafter war sie aber allemal.

Ein besonderes Problem ergibt sich bei der Bereitstellung der Spitzenlast, die u. U. zu selten beansprucht wird, um sich wirtschaftlich amortisieren zu können. Sie hat somit den Charakter eines öffentlichen Gutes, so dass hier eine immanente Unterversorgung droht. Ohne Wettbewerb und bei überschaubaren Marktstrukturen neigen die EVUs überdies dazu, die Erzeugungskapazitäten bewusst knapp zu halten. Denn dann gelingt es, dank knapper Kapazitäten den Preis für den aus im Betrieb befindlichen Anlagen erzeugten Strom künstlich hoch zu halten und damit den Gewinn zu steigern. Wenn der Wettbewerb hingegen einmal in Gang gekommen sein sollte, drohen – angesichts der inhärent fehlenden Abstimmung von Konkurrenten – ausgeprägte Investitionszyklen: Bei günstigen Preissignalen investieren alle und verderben sich zukünftig mit den Überkapazitäten die Preise, so dass solange ein Investitionsattentismus folgt, bis Unterkapazitäten die Preise wieder steigen lassen.

Hinzu kommt, dass die sonstigen Kalkulationsgrundlagen der Investitionsentscheidung überaus unsicher sind. Diese Unwägbarkeiten erhöhen über die Risikoprämie die geforderte Zielverzinsung, so dass sich einzelne Investitionsvorhaben nicht mehr rentieren. Planungshinder-

nisse ergeben sich insbesondere hinsichtlich der Weiterentwicklung neuer Erzeugungstechnologien (u.a. bei der CO^2-Abscheidung), der Unsicherheit über den Ausstieg aus der Kernkraft, der Widerstände seitens der Bürger und Lokalpolitik, der Brennstoff- und Wartungskosten sowie der zukünftigen CO^2-Zertifikatepreise.

6. Defizite drohen auch beim Aufbau einer ökologischen Erzeugungsstruktur

Darüber hinaus wird ja im Rahmen des Zieldreiecks nicht nur quantitativ Versorgungssicherheit, sondern auch qualitativ eine ökologisch ausgerichtete Erzeugung angestrebt. Gemessen an den Planungen des Bundesumweltministeriums zeichnet sich derzeit jedoch ein stark kohlelastiger Kapazitätsausbau ab, so dass es überaus fraglich ist, ob die anvisierten Einsparziele bei den CO^2-Emissionen bis 2020 überhaupt noch erreicht werden können. Bleibt es bei den Planungen, fehlt es offenbar trotz der Novelle des „Erneuerbare Energiengesetzes" und des „Gesetzes zur Kraft-Wärme-Koppelung" immer noch an hinreichenden Investitionsanreizen, um spezifische Nachteile ökologischer Erzeugungsanlagen zu überwinden.

Zusammenfassend hat die Liberalisierung und der damit verbundene Übergang zu einem neuen Investitionsparadigma den Kapazitätsaufbau mit Blick auf die Versorgungssicherheit und die Nachhaltigkeit deutlich erschwert. Der Markt wird auch hier den gesellschaftlichen Anforderungen an eine Elektrizitätsversorgung nicht gerecht. Es kommt wie bei der politisch gewollten wettbewerblichen Ausrichtung im Hinblick auf Preise, Gewinne und Beschäftigung zu suboptimalen Ergebnissen. ■

Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup ist Professor für Betriebswirtschaftslehre und Arbeitsökonomik an der FH Gelsenkirchen und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Dr. rer. pol. Ralf-M. Marquardt ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Quantitative Methoden an der FH Gelsenkirchen

Literatur:

■ Bontrup, Heinz-J./Marquardt, Ralf-M. (2009). Neue Unternehmensstrategien und Mitbestimmungskulturen angesichts liberalisierter Rahmenbedingungen in der Elektrizitätswirtschaft, erscheint demnächst als Buch.

Aus dem Programm des VS Verlages

2., verb. Aufl. 2008.
298 S. Br. EUR 14,90
ISBN 978-3-531-15809-9

2008. 320 S. Br.
EUR 24,90
ISBN 978-3-531-16085-6

Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag.
Änderungen vorbehalten. Stand: 9 | 2009.

VS VERLAG

VS Verlag für Sozialwissenschaften
Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Tel: 0611.7878-245
Fax: 0611.7878-420
www.vs-verlag.de

Rezension: Ulrich Brand / Nicola Sekler (Hrsg.) Postneoliberalism – A beginning debate

von Cordula Drautz und Thilo Scholle

Über die Krise(n) des Kapitalismus wird spätestens seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 weltweit bis in die Feuilletons konservativer Zeitungen hinein diskutiert. Gerade in linken Diskursen spielt dabei die Frage, ob wir ZeugInnen des Endes des „neoliberalen Zeitalters" werden, eine große Rolle.

Für die von der schwedischen Dag Hammarskjöld Stiftung in englischer Sprache herausgegebene Zeitschrift „development dialogue" haben Ulrich Brand und Nikola Sekler versucht, erste Ergebnisse der Diskussion im Rahmen eines Themenheftes zu ordnen. Die AutorInnen teilen dabei die Sicht vieler in der Weltsozialsforumsbewegung Aktiven, dass eine andere Welt möglich ist. Ob, und wenn ja in welcher Weise bereits von einem „postneoliberalen Zeitalter" gesprochen werden kann, ist zentrale Thematik der versammelten Beiträge.

Foto: © Dag Hammarskjöld Foundation

In ihrer Einleitung wenden sich der Herausgeber und die Herausgeberin zunächst gegen eine analytische Schieflage in manchen Darstellungen der „Krise des Neoliberalismus": Als Beleg für das Ende des neoliberalen Zeitalters werde dort, so Sekler und Brand, schlicht auf eine Krise des Vertrauens in die Marktkräfte sowie steigende Forderungen nach staatlicher Regulierung verwiesen, und so eine zu einfache Dichotomie „Markt vs. Staat" aufgebaut. Aus dem Blick verloren würde dabei, dass auch der Neoliberalismus eine spezifische Form staatlichen Handelns ist, die sich u.a. durch repressivere Praktiken im Sozialbereich, auf dem Arbeitsmarkt, sowie durch den Abbau von staatlichen Beschränkungen bei der Bewegungsfreiheit für Kapital definieren lasse.

Diese Feststellung ermöglicht überhaupt erst, den Neoliberalismus nicht stellvertretend für allgemeine Funktionsweisen von kapitalistischen Wirtschaftsordnungen zu verstehen, sondern seine spezifischen Merkmale herauszuarbeiten. Brand und Sekler definieren drei für sie entscheidende Dimensionen des Neoliberalismus: Den Neoliberalismus als Theorie und intellektuelle Bewegung, Neoliberalismus als Strategie zur Zerstörung des fordistischen Kompromisses und Neoliberalismus als soziale Praxis.

Die 14 Beiträge des Heftes versammeln AutorInnen aus verschiedenen Weltregionen. Ob wir tatsächlich schon von einem Ende der neoliberalen Hegemonie, von einem „Postneoliberalismus" sprechen können, bleibt nach der Lektüre dann aber offen. Einig sind sich die AutorInnen darin, dass zumindest die aktuelle Ausprägung des kapitalistischen Systems in eine Krise geraten ist.

Nicola Sekler versucht in ihrem eigenen Beitrag, „Postneoliberalismus" nicht als Beschreibung für eine neue globale Gesellschaftsformation zu verwenden, sondern es gewissermaßen als Suchbefehl für „gegen-

hegemoniale Praktiken“ zu nutzen. Auf diese Weise beschreibt sie die Arbeit in von ihren Beschäftigten besetzten Fabriken sowie von kommunalen Basisinitiativen in Argentinien, die jede auf ihre Art mit den Praktiken des Neoliberalismus brechen würden.

Ulrich Brand stellt in seinem Beitrag sowohl eine Krise der Legitimität des Neoliberalismus in der Gesellschaft, wie auch eine Funktionskrise des Neoliberalismus fest. Beim Blick auf die aktuelle Verfassung des Neoliberalismus geht Brand dann sowohl von Kontinuitäten wie auch von Diskontinuitäten aus.

Patrick Bond schlägt in seinem Beitrag „Realistic postneoliberalism“ den Weg zurück zum Nationalstaat als zentralem politischen Handlungsfeld ein. Der Neoliberalismus auf globaler Ebene sei keineswegs besiegt, wie sich aus den konkreten, nach wie vor auf Austerität und Inflationskontrolle gerichteten Anweisungen des IWF an Länder wie Südafrika, aber auch aus der Zusammensetzung der Gruppe der wirtschaftspolitischen Berater Barack Obamas nachvollziehen lasse.

Bond plädiert dafür, die nationalstaatliche Ebene wieder als Forum für politische und soziale Kämpfe zu nutzen, um über eine Änderung nationalstaatlicher Politiken auch wieder die globale Ebene beeinflussen zu können.

Deutlich wird in den Artikeln auch eine Schwachstelle des „alternativen“ Globalisierungsdiskurses, wie er sich in diesem Heft ausdrückt: Politische Institutionen spielen als Kräfte- und politisches Kampffeld kaum eine Rolle, und wenn, dann eher mit der Feststellung, dass diese Institutionen nach wie vor neoliberal dominiert sein würden. Als konkrete Beispiele für „postneoliberale“ politische Praktiken werden dann fast nur Beispiele von Basisinitiativen in gesellschaftlichen Nischen benannt.

Geht man von den eingangs von Brand und Sekler benannten drei Dimensionen des Neoliberalismus – „Neoliberalismus als Theorie und intellektuelle Bewegung“, „Neoliberalismus als Strategie zur Zerstörung des fordistischen Kompromisses“, „Neoliberalismus als soziale Praxis“ – aus, ist dies etwas wenig.

Genauso wie für den Neoliberalismus wird auch eine postneoliberale Hegemonie wohl erst dann zu schaffen sein, wenn sie:

1. als theoretische und intellektuelle Bewegung Dynamik erhalten hat,
2. sich gezielt auf die Zerstörung von neoliberalen Politiken ausrichtet, und
3. als soziale Praxis auch Eingang in das Alltagsbewusstsein der Menschen findet.

Antworten auf diese Fragen, wie diese Voraussetzungen geschaffen werden können, bieten die Beiträge im Buch nur begrenzt. Trotzdem lassen sich interessante Ansatzpunkte für die weitere politische Diskussion gewinnen. Übrig bleibt u.a. die (wohl realistische) Erkenntnis, dass der Neoliberalismus als politisch-ökonomische Formation momentan vielleicht stärkerem Druck von Innen und Außen ausgesetzt ist, als noch vor ein paar Jahren, von „Postneoliberalismus“ aber eher im Sinne einer politikwissenschaftlichen Analysekategorie, und weniger im Sinne einer sich entwickelnden neuen Gesellschaftsformation gesprochen werden kann.

„Postneoliberalismus“ als Gesellschaftsformation bleibt demzufolge ein Projekt „Under Construction“, bei dem nachhaltige ökonomische Transformation nicht durch einen völligen Zusammenbruch des Systems, sondern nur als komplexer Prozess einer langsamen Transformation gedacht werden kann. ■

Cordula Drautz, Politikwissenschaftlerin, lebt in Berlin und ist Mitglied der spw-Redaktion.
Thilo Scholle, Rechtsreferendar am Landgericht Dortmund, ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen

Literatur

■ Dag Hammarskjöld Foundation, development dialogue no. 51/ january 2009, 212 Seiten, Download oder Bezug unter www.dhf.uu.se

Deutsche Wirklichkeit verändern. Jusos unterwegs

von Franziska Drohsel

Die Integrationskraft der 70er Jahre scheint aufgebraucht, die Unterordnung der Politik unter das Primat der direkten ökonomischen Effizienz hat sowohl das gesellschaftliche Klima zerstört als auch eine längst für tot erklärte Klasse wieder auferstehen lassen.

Ob Unterschicht oder Prekariat, immer mehr Menschen werden gesellschaftlich aussortiert. Bereits Präpubertierende bekommen heute die unmissverständliche Ansage, dass für sie kein Platz da sein wird. Gesellschaftliches Versagen wird subjektiviert und auf den Einzelnen übertragen.

Jene bekommen dann zu hören, dass sie faul seien und Sozialschmarotzer. Sie würden sich zu schlecht ernähren, hätten einen Hang zum exzessiven Alkohol- und Drogenkonsum und würden die falschen Fernsehsendungen sehen. Sie seien undiszipliniert und perspektivlos. Die Thematisierung der angeblichen Verwahrlosung der Unterschicht dient der Verabsolutierung des Leistungswillens, als würde soziales Miteinander auf Basis nutzenoptimierender Individuen funktionieren. Die Ausgegrenzten dienen als Beispiel für das, was man nicht sein will und soll. Sie gelten der hegemonialen Normalität als negative Abgrenzung.

Ausgrenzung hat viele Gesichter. Wir Jusos sind in diesem Sommer an Orte gefahren, an denen politische Organisationen nicht oft anzutreffen sind. Anstatt gymnasiale Oberstufen und Campus-Veranstaltungen haben wir soziale Brennpunkte aufgesucht, um mit den Menschen dort ins Gespräch zu kommen. Wir wollten in den Austausch mit Jugendlichen treten, ihre Sicht auf gesellschaftliche Probleme erfahren und dafür eintreten, dass sich nur mit politischem Engagement in dieser Gesellschaft etwas verändern wird. Es ging bei unserem Projekt darum, den Blick auf katastrophale gesellschaftliche Zustände wie Alltagsrassismus oder soziale Ungleichheit zu richten. Dabei haben wir auch immer wieder die gesellschaftlichen Hintergründe angesprochen, die zu sozialer Ausgrenzung führen. Das sind die fehlende Chancengleichheit in unserem Bildungssystem und die mangelnde Perspektive auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Das sind aber auch Alltagsrassismus und eine Diskriminierung durch unser geltendes Rechtssystem.

Foto: Jusos

Zum Beispiel haben wir in Kreuzberg die Naunyritze besucht, in Dortmund die Jugendfreizeitstätte Stollenberg und den AWO Hiphop Bunker. Es war spannend, im Gespräch mit den Jugendlichen etwas über ihre Erfahrungen zu hören: Fast alle haben Situationen erlebt, in denen sich junge Leute zwischen zwei Staatsbürgerschaften entscheiden mussten und dies als großes Problem angesehen haben.

Deprimierend war zu sehen, wie groß die Enttäuschung gegenüber der etablierten Politik ist und dass es kaum als möglich angesehen wird, mit politischem Engagement etwas zu verändern. Von „den Politikern" gebe es kaum Bereitschaft, sich mit der Situation der Jugendlichen auseinanderzusetzen, kaum dass sie sich vor Ort sehen lassen würden. Ähnliches erlebe ich in Dortmund beim AWO Hiphop Bunker und in der Jugendfreizeitstätte in Berlin.

In Trier haben wir uns mit dem Ausreisezentrum auseinandergesetzt und in Hannover waren wir im Abschiebegewahrsam Langenha-

gen und im Gespräch mit der Beratungsstelle „Kobra“, einem Zufluchtsort für Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution. Durch ihre häufig illegale Einreise erpressbar geworden, leben viele dieser Frauen in ständiger Angst, sind isoliert, erfahren Gewalt über einen langen Zeitraum oder werden von ihren Tätern bedroht. Beweisführung und Gerichtsverfahren gegen die Täter sind oft sehr schwierig. Die deutsche Gesetzgebung reagiert in völlig unzureichendem Maße auf die Lebensrealität dieser Frauen: Unter anderem gibt es kein unbefristetes Aufenthaltsrecht für Opfer von Menschenhandel, für Organisationen wie Kobra gibt es kein Zeugnisverweigerungsrecht und es wird keine ausreichende finanzielle Unterstützung für eine umfassende medizinische Versorgung oder eine Therapie zur Verfügung gestellt.

In Erfurt haben wir mit einem Sofa verschiedene Plätze in der ganzen Stadt besucht, uns auf dieses Sofa gesetzt und politisch diskutiert. Anfangs war das irritierend, aber als bei der letzten Diskussion am Abend die örtlichen Punker zu uns kommen und wir am Ende noch über eine Stunde diskutieren, wird mir mal wieder klar, wie mühselig es ist, den Kontakt aufzubauen, aber es bringt was. Die Gespräche am Ufer des Flusses, die wir jetzt haben, hätten wir im Sitzungsraum nicht gehabt und wer weiß, was sich daraus entwickelt.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, nicht nur die richtigen Fragen und klare Forderungen zu stellen, sondern auch mit politischem Druck für ihre politischen Anliegen zu kämpfen. Deshalb ist es an der Zeit, dass wir nach draußen gehen, an die Orte, an denen politische Organisationen sonst nicht so oft anzutreffen sind und dabei erfahren, wie die verdammten Realitäten in dieser Gesellschaft sind und dafür einzutreten, dass wir nur gemeinsam und mit Organisierung diese Gesellschaft nach links verändern können. Dazu haben wir Jusos uns in diesem Sommer auf den Weg gemacht. ■

Franziska Drohsel ist Bundesvorsitzende der Jusos in der SPD

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

ab dem Jahr 2010 wird die spw mit sechs statt sieben Ausgaben erscheinen. Zugleich wird die spw dann mit 64 statt 60 Seiten umfangreicher als bisher herausgegeben. Wir sichern damit die notwendige finanzielle Basis. Zudem können wir den Schwerpunkt ausführlicher gestalten oder im Magazinteil weitere gute Beiträge berücksichtigen. Wir investieren darüber hinaus in den Relaunch der spw-Homepage, die ab Oktober freigeschaltet wird. Damit treten wir attraktiver auf und können mit Instrumenten wie dem Online-Abo unseren AbonnentInnen einen professionalisierten Online-Service bieten.

Mit besten Grüßen
Die Geschäftführung des spw-Verlages

Wanderausstellung

„Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“

Bis 1945 riskierten Millionen Soldaten aus den Kolonien ihr Leben, um die Welt vom europäischen Faschismus und japanischen Großmachtwahn zu befreien. Männer und Frauen, die freiwillig oder zwangsrekrutiert für die kriegführenden Kolonialmächte Militär- und Arbeitsdienste leisteten. Weite Teile der Dritten Welt blieben nach Kriegsende verwüstet zurück. Bei der Befreiung der philippinischen Hauptstadt Manila von den japanischen Besatzern starben mehr Zivilisten als in Berlin oder Dresden. Die von dem Verein Africa Avenir International e.V., der Gruppe Recherche „recherche international“ und dem Journalisten Karl Rössel vom Rheinischen Journalistenbüro entwickelte Ausstellung erinnert daran und möchte die hierzulande weit verbreitete eurozentrische Perspektive aufbrechen. Sie basiert auf Recherchen in 30 Ländern.

► **Zeitraum und Ort:** 1. bis 30.09 2009, jeweils 11-19 Uhr (bei Veranstaltungen länger). UferHallen Berlin, Uferstraße 8-11, 13357 Berlin.

5 Fragen an... Jessika Wischmeier

Jessika Wischmeier

Foto: privat

Jessika Wischmeier, Jahrgang 1965, studierte Pädagogik, Psychologie und Soziologie und begann ihre berufliche Laufbahn mit pädagogischer Jugendarbeit. Sie war 1999 bis 2001 Bundesgeschäftsführerin der Jusos und anschließend Referentin der Parteischule beim SPD-Parteivorstand. 2002 bis 2007 war sie Geschäftsführerin des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie, die letzten zwei Jahre kommissarische Leiterin der Abteilung Politik/Koordination/Zielgruppen beim SPD-Parteivorstand. Seit 2007 leitet Jessika Wischmeier das persönliche Büro des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Neben ihren Schwerpunkten Forschungs- und Technologiepolitik hat sie sich mit einem Dialog zwischen Jugend und Sozialdemokratie beschäftigt. Sie war an den Wahlkämpfen 2002 und 2005 als Kampa-Mitglied beteiligt.

spw: In der spw 6/96 hast Du einen Beitrag zum jugendpolitischen Bundesparteitag der SPD im November 96 geschrieben. Die Jusos haben damals gefordert: „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt!“ Was ist aus Deiner Sicht aus den Forderungen der Jusos von damals geworden?

Jessika Wischmeier: Mit der Positionierung der Jusos zum jugendpolitischen Parteitag konnten wir damals zwei Ziele erreichen. Zum einen ist es gelungen, zu einer ergebnisorientierten und erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend zu kommen. Zum anderen ist das Thema Ausbildungssituation Jugendlicher in das öffentliche Bewusstsein gelangt. Auch wenn es nicht gelungen ist, die Umlagefinanzierung als Gesetz durchzusetzen, so konnte doch erheblicher Druck auf die Unternehmen aufgebaut werden, Ausbildungsplätze zu schaffen.

spw: In dem Artikel hast Du beklagt, dass die Parteilinke in den damaligen Auseinandersetzungen kaum als eigenständige Kraft erschien. Hat sich seitdem daran etwas geändert?

Jessika Wischmeier: Ich vermisse programmatische Impulse, sehe aber auch die Herausforderung, in der sich die aktuellen Akteure befinden. Auf der einen Seite die Begleitung und Unterstützung der Regierungspolitik, auf der anderen Seite die Notwendigkeit mit eigenen programmatischen Beiträgen Profil zu zeigen, das ist schon ein Kunststück. Dennoch, bin ich der festen Überzeugung, dass die SPD die parteiinterne Auseinandersetzung über die beste Lösung dringend braucht.

spw: Du hast damals (1996!) die mangelnde Glaubwürdigkeit der Partei beklagt, ein Hauptvorwurf der Jusos an die SPD heute. Was muss passieren, damit die Partei wieder glaubwürdig wird?

Jessika Wischmeier: Glaubwürdigkeit und die Fähigkeit zur Politikentwicklung und -vermittlung stehen für mich in einem engen Zusammenhang. Und hier sehe ich eigentlich zurzeit unser größtes Problem. Die permanente öffentliche Begleitung innerparteilicher Meinungsbildungsprozesse macht es heute sehr schwer, diese demokratisch zu gestalten. Wenn wir auf der einen Seite die Auseinandersetzung um die beste Lösung wollen, auf der anderen Seite diese aber nicht mehr führen können, weil jede Diskussion öffentlich als politische Machtfrage gehandelt wird, verlieren wir die Fähigkeit zur programmatischen Weit-

entwicklung und zur Politikvermittlung und damit auch die Glaubwürdigkeit. Ich meine, dass wir uns der Aufgabe, wie diese Prozesse in der Zukunft transparent zu gestalten sind, nach der Wahl annehmen müssen.

spw: Du hast im Jahr 2000 als Bundesgeschäftsführerin der Jusos im Zusammenhang mit einem neuen Selbstverständnis und neuen Strategien der Jusos gesagt, es müsse eine „intelligente Antwort" gefunden werden, „wie die Jusos mit dem neuen Pragmatismus der Jugendlichen umgehen". Ist die Antwort gefunden, wie haben sich die Jusos seitdem organisationspolitisch weiter entwickelt?

Jessika Wischmeier: Nein, ich glaube, das ist noch nicht gelungen. Wir haben mit „Neue Zeiten denken" versucht, neue Angebote für diese Jugendlichen zu machen. Vieles ist aber in den Ansätzen stecken geblieben. Und die Rahmenbedingungen haben sich einfach stark verändert. Es war sicher früher einfacher mit „Haut und Haar" Politik bei den Jusos zu machen. Die Entwicklung an den Schulen und Hochschulen setzt Jugendliche aber unter hohen Druck, gute und zügige Abschlüsse zu machen, Zeit für ehrenamtliches Engagement ist dadurch einfach wesentlich knapper geworden. Auf diese neuen Zeitbudgets haben die Jusos, aber auch die SPD, noch keine Antwort gefunden.

spw: Ebenfalls 2000 hast Du mit dem damaligen Juso-Bundesvorsitzenden Mikfeld zusammen die Forderung aufgestellt, die SPD müsse sich zu einer Beteiligungspartei entwickeln und hast eine solche mögliche Entwicklung beschrieben. Was davon ist umgesetzt worden, was fehlt noch, stimmt das Ziel noch?

Jessika Wischmeier: Wir haben damals intensiv diskutiert, wie neue Beteiligungsmodelle aussehen können. Ich glaube, da gab es eine Reihe guter Vorschläge, ich bin immer noch von der Idee politischer Clubs sehr überzeugt. Viele Vorschläge blieben unbearbeitet, die Fragen unbeantwortet: Wir reden über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wie muss eine Partei arbeiten, die auch jungen Eltern, die berufstätig sind, Mitarbeit und Mitentscheidung ermöglicht? Wie kann ich als Expertin, Experte mein Wissen einbringen, ohne Abend für Abend im Ortsverein, der Abteilung präsent sein zu müssen? Sind wir als Partei offen genug für die junge Generation? Wir organisieren den Parteialltag, die Gremien - viel zu oft treffen sich aber die immer Gleichen und verlieren so die Fähigkeit, neue Impulse in die eigene Arbeit tatsächlich aufzunehmen. Gefangen im Tagesgeschäft fehlt so die Kraft, jenseits des Internets neue Formen der politische Partizipation ernsthaft zu erproben. ■

Das Interview führte Thomas Gutsche.

■ Jugendparteitag der SPD

Am 25. November 1996 führte die SPD in Köln einen eintägigen Parteitag zum Thema Jugend und Zukunft durch. Damit sollten zum einen Entscheidungen zu Fragen wie Bildung und Ausbildung getroffen werden. So beschloss der Parteitag u.a. die Ausbildungsumlage für Unternehmen, die nicht ausbilden. Zum anderen wurde die Erweiterung der politischern Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in- und außerhalb der Partei angestrebt. Der Parteitag bekräftigte die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre und entschied, mindestens 30 junge KandidatInnen unter 40 Jahren – die Hälfte davon unter 35 – zur Bundestagswahl 1998 in aussichtsreichen Wahlkreisen aufzustellen oder auf gute Listenplätze zu wählen. Die damalige Juso-Vorsitzende Andrea Nahles stellte fest, dass besonders die Jugendlichen der SPD ein ernsthaftes Engagement für eine sozial gerechte Zukunft nicht mehr abnehmen und forderte einen Einsatz gegen ungerechte Verteilung, die gerade zu Lasten von Kindern und Jugendlichen gehe.

[Thomas Gutsche]

spw

Meinungsstark!

Links!

In der Sozialdemokratie!

Prämienpaket 1:

Demografischer Wandel als Chance
C. Bogedan / T. Müller-Schoell / A. Ziegler (Hrsg.)
196 Seiten | 14,80 €

Der Markt, der Mensch, die Schule
Hans-Peter Waldrich
174 Seiten | 13,90 €

Prämienpaket 2:

Herrschaft im Wandel
Andreas Fisahn
410 Seiten | 22,90 €

Im Sternzeichen des Che Guevara
Romeo Rey
248 Seiten | 18,80 €

Prämienpaket 3:

Liberalisierung und Privatisierung in Europa
H.-J. Bierling / C. Deckwirth / S. Schmalz (Hrsg.)
356 Seiten | 29,90 €

Fast ganz unten
Stefan Selke
232 Seiten | 19,90 €

Abo per Fax: 030 / 4 69 22 37 oder spw-verlag@spw.de

☐ Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft:

- ☐ Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- ☐ Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

☐ Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

☐ Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____
Datum, Unterschrift _____

☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____
Bankleitzahl _____
Konto-Nr. _____
Datum, Unterschrift _____

☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Datum, Unterschrift _____

☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

E-Mail _____

spw erscheint mit sieben Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 420 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.